

ZUGENSWIFTTUM

Name:	ZS Nr.	Bd.	Vermerk:
B L A N K E N H O R N , Herbert Botschafter a.D.	2476	II	

katalogisiert Seite:

Sachkatalog:

Personen:

s.Bd.I

katalogisiert Seite:

Sachkatalog:

Personen:

katalogisiert:Seite:

Sachkatalog:

Personen:

katalogisiert Seite:

Sachkatalog:

Personen:

Blankenhorn
Präsident

Blankenhorn:

V 25-2476/2-2
Befragung Botschafter Blankenhorn am 18.6.75
in: Badenweiler, durch Oberst i.G. Fischer

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akt. 8295/92	Bis. 252476/2
Rep. 1	Kel. /Ran

Ich habe dieses Referat zum ersten Mal vor mir gehabt und gründlich gelesen. Ich muß sagen, daß viele Dinge sicher richtig wiedergegeben sind, daß aber eine grundsätzliche Sache den Tatsachen und der Wichtigkeit nicht entspricht. Die Unterscheidung zwischen innerer und äußerer Sicherheit, hat in den Gedanken des Bundeskanzlers nicht die Rolle gespielt, wie Herr Buchheim dargestellt hat. Für den Bundeskanzler, der ja sehr viel unsystematischer, wenn Sie so wollen, dachte und nicht in philosophischen und sonstigen Kategorien, sagen wir: ein Praktiker der Politik war, war äußere und innere Sicherheit eigentlich ein Ganzes, das ihn beschäftigte, war einmal die Verteidigung des Bundesgebiets, nämlich die Garantie der Sicherheit durch die Alliierten, zum anderen aber auch, wie sich das praktisch auswirkte, nämlich einmal in einer Verstärkung, einer essentlichen Verstärkung der alliierten Truppen, die dann Besatzungstruppen waren, aber in denen wir doch Sicherheitskomponente sahen, so daß die Verteidigung glaubwürdig war und das also nicht russische Übergriffe möglich waren, und das hat sich verbunden auch mit der sogenannten inneren Sicherheit, d.h. Sicherung gegen subversive Bestrebungen, Sicherung gegen Infiltrationen aller Art aus der Ostzone, Sicherung gegen, wenn Sie so wollen, Aufstrebende Bewegungen all diese Sachen bildeten aber in seinem Kopf eine Einheit. Und ich finde, wenn ich die Diskussion dieses Treffens Kirchzarten mir ansehen, so muß ich dem Grafen Kielmansegg recht geben, wenn er sagt, alles, was damit zusammenhing, nämlich mit dem Begriff der inneren Sicherheit, konnte unter Bezugsrecht getan werden, nicht aber, was mit äußerer Sicherheit zusammenhing, was er je nach Lage, je nach Notwendigkeit, wenn der Kanzler mit diesen Begriffen jonglierte und in dem Fall direkte innere Sicherheit letztlich auch äußere miteinte, und zwar gerade da, wo er es nicht sagen konnte, er wollte, es hing letzten Endes damit zusammen. Es war tatsächlich sehr gefährlich, von äußerer Sicherheit zu sprechen und von deutschen Maßnahmen zur Verstärkung der äußeren Sicherheit, das war eben

gegen Besatzungsrecht. Insofern muß man das richtig sehen. Es war für den Bundeskanzler - einmal war es in seinem Gedankenkonzept gar nicht nötig zu unterscheiden zwischen innerer und äußerer Sicherheit, und zum anderen war es nach außen gesehen auch nicht möglich - gefährlich, weil es eben den Kontrollratsbeschlüssen oder dem Besatzungsrecht widersprach. Also insofern ist das gefährlich, das so zu schematisieren.

Fischer:

Ich habe versucht, das auch so zu erklären: Es war nicht nur auf Grund der außenpolitischen Situation gar nicht möglich, zwischen äußerer und innerer Sicherheit zu unterscheiden, sondern auch, weil die damalige Ostzone für uns nicht Ausland war. Angriffe von Rußland waren immer nur über die Ostzone, oder mit Hilfe der Ostzone zu erwarten. Ich habe dies auch Prof. Buchheim zu bedenken gegeben, ob es durch die besondere deutsche Situation nicht unmöglich gemacht worden sei, streng zwischen äußerer und innerer Sicherheit zu unterscheiden? Ob man letzten Endes nicht alles mehr oder weniger als "Polizeiaktion" hätte deklarieren können...

Blankenhorn:

Für den Bundeskanzler wäre eine Aktion (?) der Volkspolizei nichts anderes als eine getarnte sowjetische Intervention gewesen. Wir versäumen immer, die Bundesrepublik in das Gesamtbild der europäischen Spannungen zu stellen. Das ist der entscheidende Punkt! Bei jeder geschichtlichen Darstellung dieser wirklich sehr wichtigen Probleme darf man nie das äußere Bild dieses geteilten Europas mit dem aggressiven sowjetisch-stalinistischen Kommunismus vergessen. Das ist dem Bundeskanzler sehr bewußt gewesen. Alles was geschah, war letzten Endes natürlich ein Teilstück dieser sowjetischen Ausdehnungspolitik. Aber vergessen Sie doch nicht, wir haben die CSR hinter uns gehabt, wir haben die Berlin-Blockade hinter uns gehabt, wir haben den Versuch Stalins gehabt, Berlin ganz in seine Hand zu bekommen. Man muß das Gesamtbild sehen, und in diesem Gesamtbild ist das, was wir hier betreiben und was hier also sogleich als ein Einzelstück dargestellt wird, nur ein Teil, nur ein geringes

Teil. Im Gedankengang des Bundeskanzlers war die Auseinandersetzung um diese Bundesrepublik im vollen Gange. Ich habe Ihnen einmal vorgelesen, oder erzählt, wie alliierte Offiziere sagten, wir werden wahrscheinlich das war viel früher, das war 1946/47 wir werden wahrscheinlich dieses Europa aufgeben müssen, wir sind gar nicht in der Lage, mit den Russen jetzt eine kriegerische Auseinandersetzung in Europa zu führen. Unsere Völker sind kriegsmüde, wir rüsten ab, wir gehen nach Hause. Das wurde uns doch immer wieder gesagt! Das war sehr bewußt in dem Kopf des Bundeskanzlers, so daß alles, was innere und äußere Sicherheit betraf, eine Einheit, Teil des Ganzen war. Wenn Sie später - und deshalb ist es so wichtig, bei der Verfolgung dieses Geschichtswerks, was wir vorhaben - die Debatten im Bundestag lesen, die Reden von Herrn Kiesinger, die darstellen, wie die russisch-leninistische Politik auf das Weiterführen der revolutionären Bewegungen nach Westeuropa gehen, das war nicht nur Theorie, das war Stalin-Macht! Stalin war noch an der Macht. Der Bundeskanzler, der nicht seinen Kopf in den Sand steckte und sehen mußte, daß jederzeit bei entsprechenden Konstellationen, sei es indirekt über ostzonale, stalinistische Kreise, die ja damals sehr aktiv waren, sei es direkt mit russischen Waffen, mit russischen Truppen jederzeit ein Übergriff nach Westen erfolgen konnte und das wird (?) natürlich auch das Vermeiden allen dessen was diesen russischen Angriff provozieren konnte. Alles was äußere Sicherheit war und äußerer Sicherheit durch deutsche Gegenmaßnahmen, auf welchem Gebiet immer, mußten in der Auffassung der Alliierten, aber für alle Alliierten, denken Sie an die Franzosen, denken Sie selbst auch an die Engländer, aber auch in der Auffassung des Bundeskanzlers mußten die vermieden werden unter keinen Umständen eine Provozierung der sowjetischen Aggression herbeizuführen. So muß man sich das vorstellen, man kann es nur einbetten in die Gesamtsituation der Zeit.

Ich kann immer wieder nur unterstreichen, die Ausführungen von Kielmansegg, die ganz ausgezeichnet sind, da ist die Stimmung, die Lage in etwa so wiedergegeben, wie ich sie in Erinnerung habe. Aber ich meine, heraus muß aus dem B

richt unter allen Umständen die Gegensätze zwischen Globke und mir

Auch die Frage, ob der Kanzler die Himmeroder Denkschrift gesehen hat - aber natürlich hat er sie gesehen, das ist total unsinnig, so etwas zu behaupten von Buchheim, weil kein Zeichen drauf ist, hätte er das nicht gelesen. Das stimmt einfach nicht, er hat sie gesehen! Denken Sie doch, er hat doch die Diskussion vermittelt, er mußte doch also über das Ergebnis sich unterrichten, er hat sich das doch angesehen, aber er hat es natürlich nicht irgendwie auch nur scheinbar wollen. Das ist der Punkt. Er wollte immer sagen können, ich habe sie nicht gesehen, ich weiß gar nicht, was die Herren da gemacht haben. So war der Kanzler! Sehr primitiv zu meinen, daß er wie ein Amtschef dasitzt und alles abzeichnet und sorgfältig registriert. Er sah tausend Sachen und wollte immer wieder in der Lage sein, den Betreffenden oder die Sachen desavouieren zu können, das ist doch der Punkt! Das war doch ein viel klügerer Mann, als Herr Buchheim ihm das zumutet!

Fischer: Da ist also der Passus: Differenzen Globke-Blankenhorn...

Blankenhorn: Das ist Kielmansegg: "Eines der ersten Dinge die mir auf-fielen, als ich meine Arbeit dort aufnahm, war die Spannung zwischen Globke und Blankenhorn, die sich bis in das Amt Blank nachher auswirkte. ..." Also die Seite 13 muß raus. Ich möchte das nicht, ich stand mit Globke sehr gut. Er ist keineswegs die geheime Kraft, die hinter dem Kanzler gewirkt hat und intrigiert hat, die Figur eines Geheimmissionares oder Emissärs, gar nicht. Er war ein sehr loyaler Mann mit einer enormen Arbeitskraft und Sorgfalt, vertrauenswürdig bis dort hinaus. Ich habe mit ihm die besten Beziehungen gehabt in all diesen langen Jahren. Diese Form (?) war von einem sachlichen Gegensatz. Ich meine, es ist für mich keineswegs so gewesen, daß ich mich mit Herrn Globke darum geprügelt habe, um Zuständigkeiten. Wir hatten so gewaltige Aufgaben, daß uns nie, mir jedenfalls, und auch ihm, nie die Idee kam, hier müßte ein Zuständigkeitsbereich dem anderen abgenommen werden, aber doch niemals! Dazu war die Zusammenarbeit viel zu loyal und zu aufrecht.

Fischer: Ich möchte allerdings ergänzen, daß auch bei Graf Schwerin der Eindruck entstanden sein muß, zwischen Ihnen und Herrn Staatssekretär Globke hätten Spannungen bestanden, oder vielleicht ist "Spannungen" zu stark ausgedrückt, besser: vielleicht sei die Zusammenarbeit mitunter Belastungen ausgesetzt gewesen. Bei den Soldaten, die ja doch wahrscheinlich an die Arbeit in solchen Ämtern mit anderen Vorstellungen und Voraussetzungen herangegangen sind, mögen sich bestimmte erste Eindrücke in dieser Art auch ganz anders festgesetzt haben.

Blankenhorn: Ich möchte es nicht gerne in die Geschichte der Bundeswehr aufgenommen haben. Ich möchte nicht, daß sich das festsetzt. Wenn es überhaupt so etwas gegeben haben sollte, ich kann mich daran nicht erinnern, daß muß ich Ihnen ganz offen sagen, und ich würde es nicht verheimlichen, denn das gehört schon der Geschichte an, aber ich möchte nicht, daß der Eindruck entsteht, daß unter den Mitarbeitern des Bundeskanzlers da eine Rivalität bestanden hat. Es ist nicht der Fall gewesen.

Fischer: Das ließe sich ^{technisch} sicher ohne Schwierigkeiten machen.

Blankenhorn: Aber ich meine, sonst ist der Beitrag von Kielmansegg vollkommen richtig. Er hätte es z.B. schon schärfer formulieren können, was ich ja jetzt versucht habe in meiner mündlichen Stellungnahme.

Fischer: Als zweites wollten Sie jetzt auf die Unterlagen für die nächste Kommissionsitzung zu sprechen kommen.

Blankenhorn: Das Protokoll habe ich noch^{mal} sorgfältig gelesen. Ich habe da gar keine Bedenken, so wie ich es auch noch heute empfinde, die Sache ist ja im wesentlichen abgeschlossen, -

Was mich dann besonders beschäftigt hat, das ist die Konzeption, die Punkte, die alos nun erörtert werden sollen, und da hätte ich natürlich eine ganze Reihe von Fragen: "Unter welchen Voraussetzungen, Bedingungen und Zwängen wurde der Verteidigungsbeitrag für das westliche Bündnis im Rahmen internationaler und nationaler Inter-

dependenzen konzipiert und durchgeführt? Inwieweit flossen ideologische und ökonomische, innenpolitische und von der Öffentlichkeit getragene Erwartungen und Vorstellungen als Bestimmungselemente in Konzeption und späteren Aufbau der Streitkräfte ..." usw. Nach meinem Gefühl hätte man diese Frage einfacher formulieren sollen, aber ich frage mich, für welchen Zeitraum gilt das, wann ist das, ist das die ganze Zeit bis zur Bildung der Bundeswehr?

Fischer:

Ja, das ist die ganze Zeit bis 1955, bis zum Beginn des Aufbaus der Bundeswehr, denn unser Auftrag lautet ja: Entstehungsgeschichte der Bundeswehr, umfaßt also die ganze Planungsphase bis 1955. Was wir hier in wenigen Sätzen auf zwei Seiten als Entwurf einer Konzeption zu formulieren versucht haben, soll uns zugleich die Möglichkeit geben, die Vorentwicklungen bis 1950 - den ersten Band - zu erfassen, aber eben auch für die weiteren Entwicklungen eine tragfähige Grundlage zu haben. Dabei standen wir vor der Schwierigkeit, daß für die Geschehnisse ab 1951, wenn in einigen Jahren die Arbeiten zu einer Darstellung in Angriff genommen werden, möglicherweise neue Quellen zur Verfügung stehen werden, und daß wir zwar für den gesamten Zeitraum eine Konzeption zu formulieren versuchen mußten, aber die Bearbeiter, die nach uns kommen nicht festlegen können. Wir müssen die Konzeption als weit genug halten, damit für die Bearbeitung der EVG-Phasen und der WEU/NATO-Phase Modifizierungen auf Grund neuer Quellen bzw. aus Gründen, die durch neue Bearbeiter gegeben sind, möglich bleiben. Deshalb die etwas weitgefaßten Formulierungen.

Blankenhorn:

Jetzt verstehe ich diesen Satz. Mir war es nicht klar, es steht einfach zu viel in diesem Satz. Dies müßte man auflösen in mindestens 10 Sätze, um es ganz klar zu machen. Für jemanden, der nicht die Sachen selbst erarbeitet, ist es zu konzentriert. Aber das ist eine äußere Sache, die ja gar nicht den Inhalt betrifft.

Die zentrale Frage wirft folgenden Problembereich auf:

"1. Was ist die prima causa der westdeutschen Politik von 45 bis 55/56, die Frage einer deutschen Nation mit den

Ziel der Wiedervereinigung und/oder die Absicherung eines deutschen Teilgebiets im wesentlichen Bündnis, um die Gewinnung einer nationalen Identität des westdeutschen Teilstaats?" Das ist natürlich hochpolitisch, das ist eigentlich eine politische Geschichte der Zeit, und die oberflächliche Antwort, die ich jetzt gebe, muß man natürlich bis in allen Einzelheiten detaillieren. Die oberflächliche Antwort, die ich geben würde, ist: man kann die Dinge nicht voneinander trennen. Auch im Kopf Adenauers war es nicht so, daß er sagte, also hier haben wir diese westdeutsche Republik, und die wird jetzt aufgebaut und ausgebaut und kriegt eine schöne Armee, das ist also garantiert, das war eine Linie. Aber gleichzeitig, um überhaupt diese Linie durchsetzen zu können, muß die andere Linie gefüllt werden, nämlich die Frage der Wiedervereinigung. Die beiden Dinge sind im Kopf Adenauers immer wieder gemeinsam. ... Es gibt keine prima causa und secunda causa, sondern es gibt nur zwei causae, die zusammenlaufen, denn sonst hätte er das alles nicht durchgekriegt. Wenn Sie die Debatten lesen diese Debatten im Bundestag sind ja unerhört aufschlußreich, die müßte man eigentlich von einem Ihrer Historiker sorgfältigst was diese Frage Verteidigungsbeitrag, europäische Integration, atlantische Integration und Wiedervereinigung mit dem berühmten Artikel 7 betrifft - das müßte man also mal ganz sorgfältig analysieren lassen, nur die Debatten im Bundestag. Es gibt da zwei, drei. Ich würde jemanden daransetzen, es ist eine völlig wichtige Unterlage für die historischen Arbeiten, an denen wir sind. Aber das ist nicht hintereinander geordnet, das ist gleich geordnet. Er hätte im Bundestag bei der Sozialdemokratie, bei dem Volk... auch wäre er unglaubwürdig gewesen, auch in der Ostzone, wo die Leute ja doch warteten, daß bei uns was geschehe, daß wir an sie erinnerten, deshalb auch alles mit dem 17. Juni damals. Das war ja nicht nur eine pro forma Deklamation, sondern es war tatsächlich der Wunsch, ihnen zu helfen, soweit wir es damals konnten. Auch in dieser Zeit alle beiden Sachen gleichzeitig. Die Wiedervereinigung war undenkbar (?) und unlösbar mit den anderen Fragen verbunden. Ob im Kopf des alten Herrn und

in der täglichen Politik die Akzente dann manchmal schwächer, manchmal stärker lagen, ist eine ganz andere Frage. Ob gefühlsmäßig - das ist eine Sache, die geht in die Psychologie des alten Herrn hinein. Ob gefühlsmäßig die Wiedervereinigungsfrage so ungeheuer brennend für ihn war, wie vielleicht für einen Jakob Kaiser, oder für einen Arnold, oder für einen Schumacher, das ist wieder eine andere Frage. Natürlich waren da Abstufungen -, Nuancen, aber was die offizielle Politik der Bundesregierung anging, so muß ich sagen, daß diese beiden Dinge parallel liefen, immer parallel liefen. Immer diese Unterschiede, die da sind.

Fischer:

Diese Formulierung will auch darauf hinaus, daß wir uns mit den bisher vorliegenden Arbeiten zu Adenauers Außenpolitik auseinandersetzen müssen. Der Bearbeiter, Major Dr. Wiggershaus, hat in einem ersten Entwurf schon darauf hingewiesen, daß das Sicherheitsproblem in die Gesamtheit der Außen- und Innenpolitik eingeordnet werden muß. Auch bei der Formulierung der übrigen Themen des ersten Bandes ist dieser Gesichtspunkt berücksichtigt worden.

Blankenhorn:

Ich verstehe. Ich wollte nur, daß man gleich daran anknüpft. Alle anderen Probleme, die dann im einzelnen aufgeführt werden, nationaler Bereich, Verteidigungsaspekte, staatsrechtliche Aspekte. Verfassungsänderung, Vereinbarkeit, Wehrbeitrag und Grundgesetz und von ideologischer Prädisposition der politischen Handlungsträger, langfristige politische Konzeptionen Adenauers... Ich meine, das ist wichtig, man muß sich mit Herrn Noack auseinandersetzen, man muß sich mit der "ohne mich -Bewegung" auseinandersetzen, alle diese Sachen, mit der Neutralitätslinie von dem U-Boot-Pfarrer Niemöller, mit Heinemann letzten Endes auch.

Das sind wichtige Elemente der Geschichte dieser damalige Zeit, auf wehrgeschichtlichem Gebiet. Aber ich kann immer nur wieder sagen, die ganze Frage der Aufrüstung- und deshalb ist es auch so richtig, was Sie selbst gesagt haben - gehört also wirklich in das allgemeine Bild der Lage, und das müßte sehr sorgfältig gemacht werden.

Fischer:

Es ist beabsichtigt, bei der nächsten Kommissionssitzung die ersten kurzen Konzepte vorzulegen. Wir sind jetzt bei der Diskussion des dritten Themas, die anderen Themen werde ich in kurzen Zügen erläutern können. Im wesentlichen sind wir noch im Stadium der Materialerschließung. Deshalb ist auch jeder Hinweis den Sie uns hier geben wichtig und wir sind Ihnen dafür sehr dankbar.

Blankenhorn:

Ich will Ihnen sagen, ich habe jetzt erst eigentlich angefangen, denn ich habe inzwischen einen Teil der Memoiren, einen Teil meiner Erinnerungen geschrieben, die sich nur auf die UNESCO beziehen, die ich jetzt bald 6 Jahre betreue; dann überhaupt die Aufgabe der Diplomatie, das ist auch ein Teil der Memoiren. Ich beginne jetzt an den Tagebuchaufzeichnungen zu arbeiten und habe jetzt die ersten beiden Bände von ... angefangen. Ich habe angefangen ... September, Oktober, November, Dezember 1949, - da sind diese Fragen nicht im Vordergrund, sondern da steht die Demontage im Vordergrund, der wirtschaftliche Aufbau, der Beitritt zum Europarat, Beitritt zum Ruhrabkommen, zur Ruhrbehörde, alle diese Sachen, Petersberg-Abkommen, Sicherheitsamt, und dann ein Thema, was die ganze Zeit ganz stark beherrscht, und das ist eben die Genugtuung zu schaffen dem französischen Sicherheitsbegehren. Das war damals ganz im Vordergrund, um diese französische ... Haltung allmählich aufzulockern. Zusammen mit den Engländern haben wir damals diese Dinge ... das hat diese ganze Zeit wesentlich bestimmt. Wir haben weniger an die Sicherheit nach außen gedacht, als an die Sicherheit in Europa gegenüber Frankreich. Was können wir tun, um diese Franzosen zu beruhigen und sie vor allen Dingen zu einer Kooperation zu bringen das sind die Ansätze, die dann im Mai 1950 zur Montanunion (?) geführt haben. Ich meine diese Ansätze, die werden in diesen Tagebuchaufzeichnungen das ist nur für Sie persönlich, was ich jetzt sage. - Ich habe doch gefunden, daß meine Tagebuchaufzeichnungen so plastisch sind, so interessant sind in vieler Hinsicht, daß ich sie in die Memoiren übernehmen werde. Besser als

wenn man theoretische Darstellungen macht.

Zum Teil sind sie natürlich nicht stichpunktartig. Ich kann natürlich auch nicht da hinein phantasieren, jetzt nachträglich, weil sie diktiert worden sind spät nachts, wenn ich von der Arbeit zurückkam; aber sie sind so plastisch, sie geben auch zeitlich ein so interessantes Bild, daß ich sie übernehmen werde. Es wird natürlich nicht nur so sein, daß nur das drin sein wird, sondern da gibt es wieder Kapitel, wo ich dann weiter ausführen muß und darstellen muß, wie die Situation, wie die Menschen waren usw., was in den Aufzeichnungen nicht drin steht ... wie dann die Abhandlung unterbrochen wird, immer wieder durch Tagebuchaufzeichnungen, die die Sache plastisch darstellen. Ich glaube, das ist der richtige Weg. Aber in der ersten Zeit, war es eben Demontage, war es Erhöhung der Stahlquote, Aufbau der Wirtschaft, die ja völlig zerstört war, waren es Flüchtlingsprobleme, all diese Dinge, die Wiedererrichtung des zerstörten Hauses, Gartenzaunes, wenn Sie so wollen. Dann wird daß es auf außenpolitischem Gebiet die Sicherheit Frankreichs war, die den Kanzler sehr stark beschäftigte, um damit den Weg zu bahnen für eine Integration dieses Teilstaats, dieser Bundesrepublik in die europäische Organisation, d.h. Europarat usw.

Fischer:

Sie haben wiederholt hervorgeschoben, daß Adenauer bemüht war, dem französischen Sicherheitsbedürfnis Genüge zu tun. Ist 1949/50 auch schon daran gedacht worden, daß die deutsche Seite vielleicht dabei mitwirken könnte, einen Beitrag zu leisten zur Befriedigung des sowjetischen Sicherheitsbegehrens? Und eine zweite Frage im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der Wirtschaft: Ist Ihnen ein Vorgang bekannt, daß Adenauer die Zusicherung eines westdeutschen Verteidigungsbeitrages in einem privaten Brief an Mc Cloy u.a. auch davon abhängig gemacht hätte, daß die amerikanische Forderung nach Dekartellisierung der großen Industriefirmen nicht weiter verfolgt würde?

Blankenhorn:

Natürlich hat die Dekartellisierungsfrage eine große Rolle gespielt, sie gehört ja eng mit der Demontage zusammen. Die Dekartellisierungsfrage hat lange eine Rolle gespielt, bis

hinein in die Zeit des Deutschlandvertrags oder in all diese großen Abkommen. Aber ich kann mich nicht erinnern, ich glaube auch nicht an die Größen, den Verteidigungsbeitrag abhängig zu machen von Dekartellisierung das müßte ich noch mal prüfen.

Fischer:

Es ist ein interessanter Komplex, denn es würde vielleicht ein indirekter Hinweis darauf sein, ob im Zusammenhang mit der Frage einer Aufrüstung die Wirtschaft irgendwie am Gespräch beteiligt war.

Blankenhorn:

Da muß man sehr vorsichtig sein bei diesen Dingen. Sie wissen ja, daß all diese Versuche, um das französische Sicherheitsbegehren zu befriedigen, beim Bundeskanzler und seinen Beratern, vor allen Dingen auch Pferdenges, immer darauf hinausliefen, die französische Industrie an der Ruhrindustrie zu beteiligen. Das hatte zwei Gründe, einmal das französische Sicherheitsbedürfnis dadurch zu erhöhen, denn wenn die französische Industrie beteiligt war, war eine gewisse Garantie gegeben, daß die Ruhrproduktion sich nicht gegen Frankreich wenden konnte, zum anderen aber auch, damit auch Kredite hereinzuholen, um also auch wieder salonfähiger zu werden, nach allem was passiert ist, nach allem was passiert war. Nun war das Hauptargument der Opposition: was ist das für eine Schweinerei, der Bundeskanzler denkt nur an seine Industrie und verhackstückt die Industrie zugunsten seiner Politik, und das ganze ist nichts anderes als eine Rettung des deutschen Kapitalismus, der deutschen Großindustrie. Da gibt es also massive Angriffe von Schumacher. Und da muß man auch wieder sehr vorsichtig sein, wenn man da zu stark diese Der Kanzler hat das nicht ausschließlich so gesehen, Pferdenges hat das wirtschaftlich gesehen Rettung der deutschen Großindustrie. Der Kanzler war auch dafür, die deutsche Großindustrie zu retten, aber nicht ausschließlich. Er war ja kein Diener der Großindustrie. Man kann nicht sagen, der Bundeskanzler sei ein Diener der großen deutschen Großindustrie gewesen, er war der Großindustrie gegenüber sehr unabhängig und gelegentlich sehr kritisch. Also ich glaube nicht, daß ein solcher Brief an Mc Cloy besteht, ich will es aber

nicht definitiv abstreiten, ich müßte es auch selbst noch einmal prüfen. Bei meinen Unterlagen befindet sich etwas derartiges nicht. - Die erste Frage war aber eine andere...

Fischer:

... sowjetisches Sicherheitsbedürfnis...

Blankenhorn:

Zunächst einmal waren ja gegenüber Sowjetrußland gar keine Beziehungen da. Wir hatten ja mit denen nichts Gemeinsames, es war nichts. Wir hatten die Hohen Kommissare zu dieser Zeit, die Franzosen, Engländer und Amerikaner waren anwesend und mit uns im ständigen Gespräch. Aus diesen ständigen Gesprächen ... man muß bedenken, daß der Bundeskanzler Schritt für Schritt vorging. Er hatte einen sehr geordneten praktischen Verstand, wie man Dinge anpackte. Zunächst einmal mußte die Wirtschaft wieder in Ordnung gebracht werden, soweit man sie in Ordnung bringen konnte. Man muß diese Fesseln der Demontage und die Beschränkung der Stahlerzeugung und des Schiffbaus und alles andere mußte man loswerden. Dazu mußten natürlich gewisse Konzessionen gemacht werden. Eine der Konzessionen war der Beitritt zur Ruhrbehörde, eine Behörde, die der Bundeskanzler eher als positiv empfand. Die nationale Opposition, vertreten durch Herrn Schumacher, stand dann auf und sagte, das ist die Verknechtung der deutschen Industrie und so ähnlich. Da kam dann Schritt für Schritt erst mal das Bedürfnis, die Franzosen zu beruhigen und damit auch gleichzeitig nach Osten eine Entlastung zu schaffen. Ich meine, die Franzosen haben ja eher in Moskau gegen uns gewirkt. Sie haben das linke Rheinufer dort haben wollen. Die Russen haben sich dann quer gelegt, weil sie das nicht wollten. Um das zu vermeiden, daß über unseren Kopf hinweg, ... versuchte nun also der Bundeskanzler, durch eine Sicherheitspolitik, die also doch recht konkret war ... da gibt es Memoranden, die sehr deutlich diese Dinge zeigen. Die Stimmung in Frankreich zu ändern, das ging dann auch Da gibt es gar keine Zweifel, daß dieses deutsche Angebot zu helfen, die Spannung zwischen dem Westen und uns, also zwischen Frankreich und uns zu beseitigen, haben den Weg zum Schumann-Plan geebnet . -

Nun zum zweiten Punkt: In welchem Ausmaß also war Deutschland Objekt eines Befehlzusammenhangs und wann begann es Teil eines Verhandlungszusammenhangs zu werden: internationale Aspekte, Entscheidungsprozesse, Entscheidungszentren, Grundsatzentscheidungen bis bereits 48; Einbeziehung Westdeutschlands in militärische Planungen im alliierten Bereich vor Beginn der Verhandlungen. Das sind alles Sachen, die untersucht werden müssen. Die divergierende Auffassung zwischen politischen und militärischen Entscheidungsträgern usw., politische Ziele der Kriegskoalition, kalter Krieg.

Also in welchem Ausmaß war Deutschland Objekt eines Befehlzusammenhangs und wann begann es Teil eines Verhandlungszusammenhangs zu werden? Das ist eine Frage, da kann man natürlich auch sehr viel darüber reden. Ich kann nicht finden, daß wir in dieser Zeit, ich spreche immer von nach 49, wie stark wir unter einem Befehlswang gestanden haben. Die Alliierte Hohe Kommission, natürlich hat sie kontrolliert, sie war ja verantwortlich für das, was bei uns passierte; aber den Befehl an die Bundesregierung, das und das und das zu tun, gab es eigentlich auf sehr vielen Gebieten nicht. Das Kapitel der Demontage... aber nicht auf außenpolitischem Gebiet. Es wurde uns empfohlen, das und jenes zu tun, aber es wurde uns nicht befohlen, in den Europarat einzutreten. Es wurde uns auch nicht befohlen, in die Ruhr-Behörde einzutreten. Wir hätten die Ruhr-Behörde ablehnen können.

Fischer:

Diese Frage zielt vor allen Dingen auf den Zustand bis etwa 1948. Ich hatte schon in der vorhergehenden Befragung gesagt, daß das Jahr 1948 heute als das "Schicksalsjahr" für die spätere Entwicklung der Bundesrepublik bezeichnet wird. Ihre Charakterisierung bezog sich, wenn ich es richtig sehe vielleicht schon auf die Jahre ab 1949...?

Blankenhorn:

Ab Bundesrepublik, vorher nicht!

Fischer:

Wir müssen uns wohl auch mit der Frage auseinandersetzen, ob schon 1948, eventuell noch früher, vorbereitende Entscheidungen für den sicherheitspolitischen Bereich gefallen sind.

Blankenhorn:

Im Parlamentarischen Rat?

Fischer:

Sie haben in Ihrem Beitrag zur Geschichte der Familie Blankenhorn "den" sehr interessanten Hinweis gegeben, daß die drei westlichen Besatzungsmächte sich bemüht haben, die Bildung einer Regierung der großen Koalition aus SPD und CDU durchzusetzen. Daran knüpfen sich eine ganze Reihe von Fragen: inwieweit die Alliierten überhaupt Wünsche für die spätere Gestaltung der Bundesrepublik geäußert haben, wie "massiv" diese Wünsche waren und wie weit man ihnen nachgekommen ist. In diesem Zusammenhang - Übergang vom "Befehl" - zum Verhandlungszusammenhang stellt sich uns automatisch die Frage, ob das auch für die vorbereiteten Maßnahmen im Sicherheitsbereich relevant ist.

Blankenhorn:

Also, in diesem Zusammenhang wären natürlich einmal Protokolle oder Aufzeichnungen über die Verhandlungen der christlich-demokratischen Parteien und deren Führer in der Zeit ab 46 heranzuziehen. Diese Verhandlungen haben jährlich zweimal-soviel ich weiß - stattgefunden im Hause eines Herrn ..., der ein Mitarbeiter von Bidault war..... lebt in Frankreich, ich könnte ihn mal wieder aufsuchen, wenn ich in Frankreich bin, ich bin Ende Juli in Frankreich und könnte mit ihm über die Sache sprechen. Aber diese Unterlagen haben ich leider nicht. An einen Teil dieser Besprechungen habe ich in Gegenwart vom Bundeskanzler teilgenommen, damaligen Oberbürgermeisters Adenauer, nicht Bundeskanzler, es waren ja keine offiziellen, es waren Treffen höchstvertraulicher Art, wo man sich über die Gestaltung Europas, auch über deutschen Verteidigungsbeitrag mit den Franzosen unterhielt, und wo Adenauer gelegentlich empört zurückkam, weil die Franzosen eine so unnachgiebige und starre Haltung einnahmen. Das waren aber nur christlich-demokratische Parteien, das waren also die Christiana Italiana, das war MRP, das war die CDU und das waren Herren aus Luxemburg, aus Den Haag und aus Belgien. Und diese Protokolle, wir müssen mal sehen, ob wir da noch was

Fischer:

Sind sie bei der "Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus" vorhanden?

Blankenhorn:

Glaube ich nicht. Da gibt es die Vereinigung christdemokratischer Parteien, die hat ein Büro in Paris gehabt lange Jahre, ob das noch besteht, weiß ich nicht, weil ja diese Parteien doch auseinanderfielen. Die MRP ist ja heute nicht mehr so recht vorhanden. Da müßte man mal nachsehen. Ich erinnere mich an diese Besprechungen, ich war nicht bei allen dabei, bei manchen habe ich selbst Herrn Adenauer vertreten, weil er nicht konnte, und das war einfach jedesmal eine Art von Darstellung, Gesamtdarstellung, Gedankenaustausch über die Lage, eine Analyse der Lage und der sich daraus ergebenden Folgen Dringlichkeiten der Politik, der verschiedenen Parteien. Und da war natürlich das deutsche Problem, und Rußland und all das drin.

Um noch mal auf diese Sachen mit den Russen zu kommen. Ich glaube nicht, daß damals im Kopf des Kanzlers irgendwelche Ideen bestanden, das russische Sicherheitsbedürfnis zu befriedigen, da man eben eine so unendliche Sorge hatte, daß eben doch letzten Endes . . . , wir waren ja nicht nur im Kalten Krieg . . . der russischen Expansion, und da war Prag 1948, Berlin 1949 aber ich meine, das war doch im Fortschreiten der russischen Politik nach Westen, und wir wußten nicht wo sie Halt machen würden, niemand wußte das.

Fischer:

Es ist wohl eine Frage, die sich erst rückschauenden Betrachtungen stellt. Nach 30 Jahren wird deutlicher, daß der Russe, der damals noch keine Atombombe hatte, dessen Langstreckenbomber im Vergleich zu den amerikanischen bei weitem nicht so weit entwickelt waren, der sich also in diesen entscheidenden Vernichtungswaffen gegenüber der westlichen Führungsmacht ohne Zweifel im Nachteil sah, sich möglicherweise auch deswegen derart expansiv verhalten hat, weil er eben soviel Glaube wie möglich zwischen sich und die westliche Führungsmacht schieben wollte. Die heutige Forschung glaubt dieses Verhalten der UdSSR in diesen ersten Jahren nach dem Kriege auch damit erklären zu können, daß die Russen damals vor dem Westen, der rüstungsmäßig zumindest in den nuklear-strategischen Bereichen überlegen wa

001

Angst gehabt habe. Haben das die damals führenden Politiker im Westen schon gesehen?

Blankenhorn:

Wahrscheinlich nicht, nein! Ganz sicher nicht. Im Gegenteil, wir hatten das Gefühl, abgesehen von den offiziellen russischen Expansionsmaßnahmen, daß das subversive Vorgehen, das wir doch auch fühlten und davon wußten, 5. Kolonne überall in Westeuropa daß die doch sehr gefährlich waren, und daß man nicht mit einem Stillstand rechnen konnte. Im übrigen sind wir heute in derselben Situation. Wir haben mit dem italienischen Beispiel sehe Sie doch, wo sind wir denn? -

Ich meine mit diesem Blick auf die heutige Lage: es ist ja alles ein Ganzes, man kann es ja nicht abteilen in Abschnitte und dann geht es ganz neu los. Es ist ein Ganzes. Die russische Führung, die heute im Kreml zusammensitzt, um die Situation Europas zu analysieren.... sie sagen sich, diese Elemente sind doch vorhanden, das fällt ihnen doch wie ein reifer Apfel in den Schoß: Italien ist raus, Spanien ist raus, Portugal ist raus, Frankreich könnte reifen, wenn wir vorsichtig sind und nicht so sehr drücken. England ist ja in einer verheerenden Situation, könnte nicht schöner sein, bleibt das bißchen Bundesrepublik, die auch wirtschaftlich anfängt unsicher zu werden...

Fischer:

... solche Überlegungen der sowjetischen Führung könnten nach den gestrigen italienischen Wahlen neuen Auftrieb bekommen...

Blankenhorn:

... wir kennen doch diese Leute, die sind von einer ungeheuren Präzision. Jede kleinste Entwicklung stellen sie in die neue Berechnung ein, und das ist doch nicht so, als ob sie ihr Expansionskonzept aufgegeben hätten. Die KSZE ist doch nur ein Zwischenstreifen.

Daß wir unsere Rüstungsanstrengungen vernachlässigen, daß der Westen weiter in Uneinigkeit kommt ... wir brauchen doch das nicht mehr, wir haben doch das Status quo-Abkommen garantiert ... was heißt denn das, wie geht denn das weiter, und eines Tages fällt das Ganze. Ich bin sehr, nicht für heute oder morgen, aber für

Übermorgen, d.h. für das Ende dieses Jahrhundert, bin ich äußerst pessimistisch. Ich bedauere unsere Kinder!

Und gleichzeitig diese gewaltige Stärkung ihrer Rüstung. Man muß das doch alles sehen. Wogegen richtet sich dann diese Rüstung? Sie richtet sich doch nicht gegen China. Vor den Chinesen haben die Russen viel weniger Angst, als wir alle glauben. Natürlich ist das eine Belastung, aber das ist doch nicht so, daß sie deshalb nun Nein sie bereiten sich vor auf einen Moment, wo der politische Druck der Überlegenen Rüstung genügt, um die westeuropäische oder westliche Festung fallen zu lassen. Und wenn man drückt, dann kriegt alles Angst und stürzt auf die Knie. Das ist doch der Punkt. Diese Dinge waren dem alten Adenauer sehr bewußt. Der alte Adenauer war deshalb ein großer Mann, weil er diese Entwicklung, die bis heute reicht, gesehen hat; deshalb auch immer seine pessimistische Einstellung. Adenauer war nicht schlechter als heute(?) Er sah diese Dinge, er sah die Uneinigkeit dieser westlichen Welt, er war verzweifelt über den neuerwachenden Nationalismus, der ja nur den Russen in die Hände arbeiten konnte.

Fischer:

Hier würde ich gern mit zwei Fragen anknüpfen, die sich mit dem Einfluß der Besatzungsmächte, der späteren Hohen Kommission, auf die Aufrüstungsmaßnahmen beschäftigen. Es gibt dieses Schlagwort, die Bundesrepublik sei praktisch "ein Kind der NATO". Es fällt ja auch zeitlich etwa zusammen: Im April 49 wird die NATO gegründet, wenige Wochen später wird die Bundesrepublik aus der Taufe gehoben. Wenn man so argumentiert, dann scheint es eine logische Überlegung zu sein, daß die Aufrüstung der Bundesrepublik erst recht "ein Kind der NATO" gewesen ist.

Blankenhorn:

Meine erste Reaktion ist natürlich total negativ. Die Bundesrepublik ist nicht ein Kind der NATO. Daß eine gewisse Gleichzeitigkeit der Entwicklungen da vorliegt, hat nichts miteinander zu tun. Es ist nicht so, daß die Alliierten beschlossen haben, die Bundesrepublik zu errichten, weil sie die NATO machten, oder weil sie die europäische Verteidigung aufgebaut haben, das hat nichts miteinander zu tun. Außerdem muß ja auch hier das Vakuum durch einen Staat ge-

füllt werden. Das Vakuum war das zerstörte Deutsche Reich. Es mußte ja irgendwie diesen Menschen, immerhin 50 Millionen, doch wieder auch eine Form gegeben werden. Also in sofern hat das nichts miteinander zu tun. Ich glaube, das ist ein bißchen bössartige Formulierung, wenn man sagt, die Bundesrepublik ist nichts anderes, als ein Kind der NATO. Das ist zu billig und zu offensichtliche anti-deutsche Propaganda.

Fischer:

Gibt es Einflüsse der Besatzungsmächte auf bestimmte Formulierungen in unserem Grundgesetz?

Blankenhorn:

O ja, eine ganze Reihe, sehr viele! Ich müßte mir noch einmal alles ansehen. Aber ich meine, der Föderalismus, der starke übertriebene Föderalismus bei uns, ist eine Konzession an die Franzosen, es ist gar kein Zweifel daran. Die Franzosen haben einen sehr starken Einfluß auf die Arbeit im Parlamentarischen Rat genommen, in mancher Hinsicht gestützt auch durch die Amerikaner und die Engländer weil man eben eine zentrale deutsche Gewalt nicht haben wollte, drum der Bundespräsident nicht gewählt werden durfte durchs Volk. Zum Teil deckte es sich mit unseren eigenen Vorstellungen, zum Teil wurde es aber sehr stark gefördert, so auch die ganze Finanzgesetzgebung, Finanzgebaren Bund - Länder. Es gibt einen Katalog von ..., es gibt eine Note, nach der wir den Alliierten, den Westalliierten, das Grundgesetz im Entwurf vorlegen mußten. Es ist ja genehmigt von den Alliierten... sie also ihre Bedenken, ihre Wünsche und ihre Änderungen ganz klar formulierten, die alle darauf zielten: auf eine Schwächung der Zentralgeschichte und eine Stärkung der Länder.

Fischer:

Gab es da Unterschiede zwischen den Besatzungsmächten?

Blankenhorn:

Es gab sicher Unterschiede. Es gab Unterschiede zwischen den Franzosen und den anderen in sehr sachlichen Dingen, zwischen Franzosen und Engländern, Franzosen und Amerikanern und Engländern. Es waren die verschiedensten Tendenzen durchaus spürbar. Aber eine Arbeit des Parlamentarischen Rats... die Besatzungsmächte erheblichen Anteil genommen, was natürlich nicht sehr geschickt war; aber er hat es versucht nach außen möglichst zu unterdrücken, um das Grundgesetz nicht als ein Werk der Alliierten erscheinen zu lassen.

Der Parlamentarische Rat hat die wesentlichen Dinge selbst formuliert und selbst geschaffen, aber ganz bestimmte Dinge sind Werk der Alliierten gewesen, nämlich hinsichtlich der Schwäche der Zentralgewalt, da gibt es gar keinen Zweifel. Und da hat die Sozialdemokratische Partei ein gewisses Verdienst, das ist gar kein Zweifel, auch nicht für mich, vielleicht entgegen der CDU/CSU, daß sie weniger bereit war, solche Tendenzen zu akzeptieren, das ist kein Zweifel, da hat Herr Schumacher ein Verdienst.

Fischer:

Speziell zum Sicherheitsbereich: Wenn man daran denkt, daß die Japanische Verfassung, die eineinhalb Jahre früher in Kraft trat, ausdrücklich auf die Wehrhoheit verzichtet hatte. Das Grundgesetz verzichtete nicht auf die Wehrhoheit nahm sie aber auch nicht in Anspruch. Hat es speziell zu Formulierungen, die den Sicherheitsbereich betrafen, Hinweise und Einflüsse der Besatzungsmächte gegeben?

Blankenhorn:

Ich erinnere mich nicht im Moment, ich müßte es aber noch einmal prüfen. Man müßte vielleicht die Akten des Parlamentarischen Rats, die Verhandlungen des Parlamentarischen Rats daraufhin ansehen, was man zu der Frage der Verteidigung und solchen Dingen in diesem Rat gesagt hat. Ich glaube nicht, daß es sehr viel war, weil das sehr ausgeklammert war, es war eigentlich ausgeklammert von vornherein. Es gehörte viel Mut dazu, dieses heiße Eisen anzunehmen.

Fischer:

Ministerialdirektor Wirmer, damals Mitglied des parlamentarischen Rats, sagte, daß in der Endphase der Beratungen Mitglieder des Rats durch eine Äußerung von Adenauer überrascht worden seien, die sinngemäß etwa lautete: Selbstverständlich können wir hier in dieses Grundgesetz noch nichts über Sicherheit, Aufrüstung, Armee oder wie auch immer hineinschreiben, aber es sei für ihn, Adenauer, gar keine Frage, daß in vier oder fünf Jahren diese Bundesrepublik, die auf Grund dieses Grundgesetzes entstehen würde, auch wieder bewaffnete Kräfte haben würde. Könnten Sie sich an eine ähnliche Äußerung erinnern?

Blankenhorn:

Ich erinnere mich nicht konkret an solche Äußerungen, aber ich nehme an, daß sie mit Sicherheit gemacht worden sind. Ich erinnere mich nicht konkret an Formulierungen,

ich habe auch von dieser Zeit keine Aufzeichnungen; aber ich kann mir selber vorstellen, daß der alte Herr das gesagt hat.

Fischer:

Es würde also Ihren allgemeinen Eindruck bestätigen, daß Adenauer schon 1948/49 mit dem Problem Sicherheit konfrontiert gewesen ist. Er hat zu dieser Zeit ja auch die ersten Gespräche mit den Generalen Manteuffel und Speidel geführt.

Blankenhorn:

Ja sicher, aber immer im Zusammenhang mit der Weltlage, die ebenso düster war, vergessen wir das nicht, nicht an sich, sondern immer im Zusammenhang mit der Gefährdung der Bundesrepublik.

Fischer:

Können Sie sich entsinnen, ob zu dieser Zeit auch schon Überlegungen über die mögliche Beziehung der Bundesrepublik in eine europäische Verteidigungsgemeinschaft angestellt worden sind.

Blankenhorn:

Der europäische Zusammenschluß, das war die Haager Konferenz, lag 1949. Da mußte man sich die Reden ansehen. Die Reden... andere soviel ich weiß, ob Adenauer gesprochen hat, weiß ich nicht, aber ganz sicher hat Spaak gesprochen, glaube ich. Jedenfalls war das eine Einladung, die ging - glaube ich - von Churchill aus, an alle mehr oder weniger prominenten, europäischen Staatsmänner, sich in Den Haag zu treffen, und da wurde ein großes Bekenntnis zu einer europäischen Gemeinschaft abgegeben. Das lag vor der Züricher Rede Churchills, und war auch vor der Straßburger Rede Churchills. Es sind ja drei wichtige Dinge, die für die europäischen Dinge von großer Bedeutung sind. Einmal diese Haager Konferenz, die wir uns noch mal ansehen müßten, zweitens, die Rede Churchills, wo er vom "Eisernen Vorhang" spricht und von der Gefahr des Ostens in Amerika, die Fulton-Rede 5.3.1946, drittens die Züricher Rede 19.9.1946 und viertens die Europa-Rede mit der gemeinsamen Verteidigung 11.8.1950. Davon müßten wir die Daten haben, müßten den Inhalt dieser Sachen noch mal ansehen. Ich bin sehr dankbar, daß Sie mich dazu anregen. Das sind natürlich Meilensteine auf dem Gebiete des europäischen Zusammenschlusses, der letzten Endes auch die Unterlage für die Verteidigung war. Ich weiß nicht, wie weit in den

ersten drei Dingen die Verteidigungsfrage angesprochen wird. Die Züricher Rede ist ja unerhört wichtig für das deutsch-französische Verhältnis. Dann ist die Fulton-Rede wichtig, das Verhältnis Westeuropas oder der westlichen Welt zu Rußland und zum ersten Mal die große Gefahr mit einer Deutlichkeit dargestellt, die nichts zu wünschen übrigließ, und dann eben die Straßburger Rede, - wann war die Straßburger Rede? - m.E. war die auch 48, oder war die erst 49? - [1950]-
- [Unterbrechung infolge Bandwechsel]-

Fischer:

... welche Wege gingen die Angehörigen die Besatzungsmächte bei ihren Einflußnahmen? Bevorzugte man z.B. mehr "inoffizielle" Gespräche? Überhaupt Gespräche - sicher keine schriftlichen Mitteilungen Anweisungen?

Blankenhorn:

Aber natürlich, es war ein ständiges Gespräch mit den Verbindungsoffizieren der drei Westmächte. Die waren in Bonn, die saßen da und führten täglich Gespräche mit den einzelnen Abgeordneten des Parlamentarischen Rats usw. Also die Fühlung war sehr intensiv, die Leute wußten erst mal sehr genau über die Beantwortungen Beschei, sie sahen das Ergebnis, die Westalliierten Regierungen berieten darüber - und es hing ja auch sehr eng zusammen mit Besatzungsstatut und ähnlichen Fragen - und haben dann ihre Wünsche in einer sehr deutlichen Weise schriftlich geäußert, zumal es ja damals gar keine Papiere darüber gab(?).

Fischer:

Können Sie sich - erinnern, ob z.B. die Amerikaner die Organisation Gehlen, die ihm zu dieser Zeit ausschließlich unterstand, benutzt haben könnten, um speziell zum Sicherheitsbereich bestimmte Vorstellungen an die deutsche Seite heranzutragen?

Blankenhorn:

Die Organisation Gehlen tritt in meinem Gesichtskreis erst in den ersten Monaten der Bundesrepublik, da erscheint Herr Gehlen dann mehrfach.

Fischer:

Sind Ihnen in dieser Hinsicht andere Berührungspunkte bekannt? Vielleicht spezielle Vorstellungen der Besatzungsmächte, zum Sicherheitsbereich?

Blankenhörn:

Es ist so, daß natürlich der alte Herr unentwegt Vertrauensleute der anderen Seite empfing, über die er mit niemanden sprach. Damals war mein Verhältnis zu ihm natürlich auch nicht so schrecklich eng. Ich saß in Köln, er saß in Rhöndorf, und da erschienen amerikanische Vertrauensleute und französische und da kamen alle möglichen Leute. Da war ein reges Kommen undGehen rein inoffizieller Art von Leuten, die offiziell nie in Erscheinung traten.

Fischer:

Hier könnte man an den Brief an Mc Cloy anknüpfen und sich fragen, ob Presse, Wirtschaft usw. in diesen offiziellen ständigen Gesprächen eine besondere Rolle gespielt haben; vielleicht auch schon mit Einschlag sicherheitspolitischer Überlegungen. Ich glaube, im Zusammenhang mit der späteren Tätigkeit des Bundesminister Wildermuth ist bekanntgeworden, daß ein führender Vertreter des Bundesverbandes der deutschen Industrie sich schon zu dieser Zeit Sicherheitsfragen gewidmet hat.

Blankenhorn:

Ich glaube nicht, daß das sehr weit gediehen ist, allgemein vielleicht, aber ich glaube nicht, daß man sagen kann ... nein.

Fischer:

So daß also zu dieser Zeit auch noch keine Überlegungen angestellt worden sind auf deutscher Seite, ich meine jetzt innere und äußere Sicherheit bewußt als ein Ganzes wie man ein spezielles politisches Instrumentarium schaffen könnte, wo man es einordnen, mit welchen Kompetenzen man es ausstatten könnte? Auch im Gespräch mit den Alliierten gab es solche Fragen zu dieser Zeit noch nicht?

Blankenhorn:

Ich erinnere mich nicht daran. All diese Sachen waren ja auf den alten Herrn abgestellt, oder auf Schumacher, wenn Sie so wollen, auf die Parteiführer. Damals war er ja nichts anderes als Mitglied des Parlamentarischen Rats, und vorher war er doch nichts als Parteiführer. Die Parteiführer waren natürlich im ständigen Kontakt, zum einen mit den Verbindungsoffizieren, zum anderen natürlich auch mit Persönlichkeiten aus Amerika, Frankreich und England, die herüberreisten und sich ein Bild verschaffen wollten, wie es nun weiterging. Da war es lange Zeit doch so, daß Schumacher die erste Geige spielte,

und Adenauer die zweite. Die Engländer mochten ihn nicht sehr gerne wegen seiner Kritik an der englischen Besatzung, der scharfen Reden, die er damals geführt hat. Schumacher war auch nicht so schrecklich beliebt bei den Franzosen, die er furchtbar heftig kritisierte. Das waren die beiden Exponenten, wobei aber natürlich Schumacher überwog, weil man glaubte, daß die Sozialdemokratie eine größere Garantie für eine demokratische Entwicklung in Deutschland bieten würde, und daher war man erstaunt, als bei den Wahlen die CDU so hervorragend abschnitt und die Regierung bilden konnte. Da wurde dann alles nur mögliche versucht, um noch zu einer großen Koalition zu kommen. Frankreich war sehr für die große Koalition, Francis Ponce hat alles gemacht, um eine große Koalition möglichst unter Führung einer Persönlichkeit, die nicht Herr Adenauer war, zustande zu bringen.

Fischer:

Wenn man die Situation unter diesen Personal- bzw. Persönlichkeitsaspekten sieht: Ein Teil, und oft die führenden Persönlichkeiten der Parteien, war speziell der Sozialdemokratie, waren in England in der Emigration gewesen, brachten also von dort her sicher bestimmte Verbindungen mit. Ein anderer Teil war im neutralen Ausland gewesen. Haben nach Ihrer Erinnerung diese Bindungen, Verbindungen bei der Entwicklung der Bundesrepublik eine Rolle gespielt?

Blankenhorn:

Kein Zweifel!

Fischer:

Könnten Sie das eindeutig mit "Ja" beantworten?

Blankenhorn:

Ich würde es eindeutig mit "ja" beantworten, daß diese Verbindungen natürlich eine sehr große Rolle gespielt haben, daß diese persönlichen Kenntnisse und die persönliche Kritik, die solche Persönlichkeiten dann im Ausland hatten, sehr wichtig waren; denn die anderen hatten ja nichts. Entweder waren sie alle PG's gewesen, deshalb verdächtigt, und zu den anderen waren sie unbeschrieben und so, während ... die waren die Vertrauensleute, Willi Brandt oder Ollenhauer, und wie sie alle heißen, da gab es gar keinen Zweifel.

Fischer:

Daran knüpft sich zwangsläufig die Frage, ob für einen so speziellen Bereich, wie es der sicherheitspolitische Bereich nun einmal ist die Alliierten nicht spezielle deutsche Gesprächspartner gehabt haben, über die sie vielleicht auch auf bestimmte Entscheidungen einzuwirken versucht haben?

Blankenhorn:

Zunächst einmal war natürlich das Verhältnis zu Rußland ein entscheidendes Problem bei den Parteiführungen und man mußte sich mal erkundigen, aber das Ostbüro der SPD ist damals gegründet worden, sehr früh gegründet worden. Dieses Ostbüro der SPD hatte natürlich eine klare Marschlinie von Herrn Schumacher bekommen, gewisse Dinge zu beobachten und daraus auch Schlüsse zu ziehen. Die CDU hatte ein solches Ostbüro nicht. Ich erinnere mich auch nicht, daß wir irgendwelche Persönlichkeiten besonders mit diesen Dingen beauftragt hatten. Allerdings hatten wir natürlich in der Berliner CDU eine ganze Reihe von Leuten, die mit großer Sorgfalt sich mit dem Ostproblem befaßten, wie Lemmer und solche Leute. Aber das Ostbüro der SPD wurde damals gegründet, ich erinnere mich, das war ein ganz wichtiger Vorgang. Das hatte sicherlich keine sicherheitspolitischen Aufgaben, aber immerhin, es hatte doch klarzusehen, was geschieht eigentlich dort auf den verschiedensten Gebieten. Insofern war es also auch ein Exponent der Sicherheit.

Fischer:

In der Ostzone waren mit den Gruppen Ulbrich (Berlin) und Ackermann (Dresden) Vertrauensleute sofort eingesetzt worden. Es stellt sich die Frage: Haben die westlichen Alliierten etwas Ähnliches versucht, feinfühlicher, differenzierter, gibt es da irgendwie ähnliche Erscheinungen?

Blankenhorn:

O ja, wenn Sie so wollen, ist der Zonenbeirat in der britischen Zone eine ..., das ist ja ein Instrument!

Fischer:

Professor Czernpiel glaubt sagen zu können, wir hätten es mit einer Entwicklung zu tun, die von der Hegemonie zur Kooperation geführt hat, soweit es die allgemeine Politik angeht. In der Sicherheitspolitik könne die enge Bindung der Bundesrepublik angesichts die sehr starken Gefälle von Washington nach Bonn auch 1975 noch als ein hegemoniales Verhältnis bezeichnet werden.

Blankenhorn:

Ich habe den Ausdruck hegemonial nicht so schrecklich gern, das geht mir zu weit. Hegemonial bedeutet, daß der eine führt und der andere gehorcht. Das ist nicht der Fall, aber was wohl der Fall ist, daß wir eine Menge Souveränitätsrechte aufgegeben haben, zugunsten der höheren Ordnung, nämlich des atlantischen Bündnisses auf militärischem Gebiet. Wir haben nicht die volle Verfügungsfähigkeiten, nationale Verfügungsfähigkeit über unsere Streitkräfte, die haben wir nicht, die haben wir aufgegeben, insofern haben wir Souveränitätsrechte an diese Institution abgegeben, und so ist es auch in der europäischen Gemeinschaft. In Brüssel haben wir gewisse Souveränitätsrechte aufgegeben, d.h. wir haben sie auf eine höhere Ebene verlagert, zugunsten einer Gemeinschaft. Das ist aber kein "Befehl", wir würden heute den Befehl eines amerikanischen Oberkommandierenden doch nicht einfach so hinnehmen, das ist undenkbar. Man muß uns überzeugen, daß der Befehl notwendig ist, oder daß die Entscheidung, die nun gemeinsam gefaßt wird, wo alle 15 Partnerstaaten ja zustimmen müssen ... Es ist ja doch nicht so, daß man einfach gegen das Mehrheitsprinzip ... gilt ja nicht in der NATO. Wir haben in der NATO Einstimmigkeitsprinzip.

Fischer:

Es gibt aber doch eine gewisse Gewichtung der teilnehmenden Partner, das ist z.B. ganz deutlich, geworden bei dem Projekt der MLF. Die kleinen Mächte haben sofort gesagt: kein Interesse, vielleicht auch, weil bzw. nachdem sie gesehen haben, daß die USA und die Bundesrepublik ein stärkeres Gewicht in den Beratungen haben könnten. So gibt es innerhalb der NATO doch sicher unterschiedliche Einflüsse, und das Gewicht der USA als der führenden Macht ist sicher von Anfang an immer sehr stark gewesen, wenngleich im Lauf der Zeit gewisse Verschiebungen aufgetreten sind.

Blankenhorn:

Das Verhältnis der einzelnen Mitgliedstaaten der NATO untereinander und zu den Vereinigten Staaten ist natürlich auch eine Betrachtung wert. Das war ständig im Gange, sicher! Sie haben ja auch die französische Situation, die sicher dann gelöst ... Aber man kann beim besten Willen nicht sagen, daß die Amerikaner jedenfalls nach der ersten Anfangsphase, die immer abgeschlossen war (?), uns irgendwie mit ihren Befehlen, Anordnungen kam. Ich war drei Jahre NATO-Botschafter und ich kann immer nur sagen, wir haben?? mit den Leuten besprochen, und wir wurden durchaus als vollberechtigte Mitglieder dieses Bündnisses behandelt, und wenn wir eben nicht einverstanden waren, war?? dabei. Dann mußte man eben noch erneut überzeugt werden. Sie haben sicher versucht, uns neu zu überzeugen, aber wir wurden doch nicht in irgendeine Sache hineingezwungen. Das war nie der Fall. Im Gegenteil, Herr Adenauer hat die amerikanische Politik heimmungslos kritisiert, danken Sie doch nur an seine Kritik am Redford-Plan und ähnliche Sachen! Welche der Regierungen im Ostblock würde es wagen, die russische Militärlpolitik so zu attackieren, wie wir das gemacht haben. Ich möchte da wirklich meinen, daß auf der amerikanischen Seite sehr viel Rücksicht war. Natürlich waren wir unzufrieden mit den Amerikanern, und wir haben das auch sehr deutlich gesagt. Ich erinnere mich an die Unterhaltung mit Forster Dulles in Washington, wo ich mich darüber beklagte, daß die Konsultation so schlecht war - die Suez Geschichte - es war ja alles saumäßig gemacht, man hat da gar nicht gefragt. Wir haben immer auf eine Verbesserung der Konsultation gedrungen. Dieses Problem der Konsultation bleibt natürlich immer bestehen, wobei die amerikanische Führungsmacht - das möchte ich Ihnen konzедieren: also Hegemonialmacht nicht, aber Führungsmacht, natürlich ist es die Führungsmacht - daß die amerikanische Führungsmacht natürlich dann gelegentlich uns sagt, ja Kinder, wir können nicht warten, bis die Konsultation abgeschlossen ist, die ihnen ja allen klar ist, daß wir reagieren müssen, und deshalb werden wir manchmal schneller reagieren, als die Konsultationen erfolgen können, was wir dann auch akzeptiert haben.

Fischer:

Glauben Sie, daß auch von den deutschen Vorstellungen - ich erinnere an die Speidel-Denkschrift - in die Vorstellungen der Alliierten etwas eingeflossen ist, daß um ein konkretes Beispiel zu nennen, bestimmte Punkte die Speidel-Denkschrift dann im Plevan-Plan oder im Spofford-Plan - daß zum Beispiel Amerikaner die sehr niedrige Integrationsebene, wie sie die Franzosen vorgeschlagen hatten ablehnten - ihren Niederschlag gefunden haben?

Blankenhorn:

Keinen Zweifel! Man darf nicht vergessen, daß der Respekt vor der deutschen Armee, den deutschen Streitkräften, vor allen Dingen auch deren Führung, enorm groß war. Im Übrigen zeigt es sich auch sehr deutlich an der Geschichtsschreibung der damaligen Zeit, diesen Gruppen, die damals gebildet wurden, den Historical-Teams. Auch sonst, man kann immer wieder nur sagen, daß man mit größtem Interesse sich der Erfahrungen der deutschen führenden Herren zu bedienen versuchte und auch mit Erfolg bedient hat. Gerade alles, was die Kriegführung in Rußland angeht, hat die Leute unendlich interessiert, und sie haben daraus sehr viel Lehren gezogen so daß der Einfluß unserer militärischen Sachverständigen von Rang auf die Gestaltung, sei es der Europaarmee, sei des atlantischen Bündnisses, nicht erheblich war. Ich kenne jetzt keine Beispiele im einzelnen sagen, aber ich bin überzeugt, wenn wir der Sache nachgehen würden, würden wir sehr viele Punkte finden, wo der Verlauf der NATO-Jahre also von 1955 an, unserer Mitgliedschaft an, daß eben doch der Einfluß mit jedem Jahr wuchs. Ich denke an die Stellung von Heusinger im Militärkomitee, die war ja stärker als die Stellung der französischen, englischen und amerikanischen Generale in der Dreieinigkeit, Standing Group. Heusinger war Vorsitzender des Militärausschusses, Generalsstabschef, wo alle 15 drin waren. Aber die Standing Group das war die Sondersache, die dann immer mehr an Bedeutung verlor.

Fischer:

Dazu hätte ich noch eine ergänzende Frage: Es fällt auf, daß es vor allen Dingen die Amerikaner sind, die sich bewußt die deutschen Erfahrungen zu Nutzen gemacht haben. Wie war es da nach Ihrer Ansicht bei den Engländern und Franzosen?

Blankenhorn:

Ich vermag diese Frage nicht ohne weiteres zu beantworten, aber ich möchte nicht ausschließen, daß eine ganze Reihe von Kontakten auch von französischen Militärs und Sachverständigen stattgefunden haben. Das gilt auch für die Engländer, wenn auch lange nicht so prononciert wie die Amerikaner, die natürlich auch sehr viel unabhängiger waren ihrer öffentlichen Meinung gegenüber. Man konnte in Frankreich sehr schwer mit deutschen Generalen verhandeln, das hätte die öffentliche Meinung sehr kritisch aufgenommen. Das galt auch in etwa in der Form für England. Ich weiß nicht, welche Kontakte der General Robertson alle gehabt hat, aber ich möchte annehmen, daß er auch eine ganze Reihe von Kontakten mit militärischen Persönlichkeiten hatte. Dafür war er viel zu unabhängig. Was der französische General ... Ich meine de Gaulle hat ja auf diesem Gebiet nicht sehr fördernd gewirkt. Da waren echte anti-deutsche Ressentimentsfragen. Die Ressentiments gegen den General Speidel waren ja ganz besonders stark, so stark, daß er in einem privaten Gespräch mit mir forderte, daß der Bundeskanzler den General von Fontainebleau abberufen sollte. Das ist eine Sache für sich, war eigentlich mehr auf Grund seiner schriftstellerischen Eitelkeit. Da waren die Gründe, glaube ich, wegen der Sache in der Normandie und all diesen Sachen. Ich glaube nicht, daß die Franzosen, ich weiß es nicht, aber ich glaube nicht, daß das so stark gewesen ist, das Bedürfnis sich mit uns über diese Fragen auszutauschen.....

Institut für

Befragung Botschafter Blankenhorn am 18.06.75
in: Badenweiler, durch Oberst i.G. Fischer

Blankenhorn:

Ich habe dieses Referat (Buchheim) auf der Tagung des MGFA vom 8.-11.05.74) zum ersten Mal vor mir gehabt und gründlich gelesen. Ich muß sagen, daß viele Dinge sicher richtig wiedergegeben sind, daß aber eine grundsätzliche Sache den Tatsachen und der Wichtigkeit nicht entspricht. Die Unterscheidung zwischen innerer und äußerer Sicherheit, hat in den Gedanken des Bundeskanzlers nicht die Rolle gespielt, wie sie Herr Buchheim dargestellt hat. Für den Bundeskanzler, der ja sehr viel unsystematischer, wenn Sie so wollen, dachte und nicht in philosophischen und sonstigen Kategorien, sagen wir: ein Praktiker der Politik war, war äußere und innere Sicherheit eigentlich ein Ganzes, was ihn beschäftigte, war einmal die Verteidigung des Bundesgebietes, nämlich die Garantie der Sicherheit durch die Alliierten, eine Verstärkung, eine wesentliche Verstärkung der alliierten Truppen, die damals Besatzungstruppen waren. Diese Verteidigungskräfte mußten glaubwürdiger sein, so daß russische Übergriffe nicht möglich waren. Im Kopf des Kanzlers war dies enger verbunden mit der inneren Sicherheit, d.h. der Sicherung gegen subversive Bestrebungen, gegen Infiltrationen aller Art aus der Ostzone, gegen Aufstandsbewegungen.

Wenn ich die Diskussion in Kirchzarten betrachte, so hat Graf Kielmansegg recht, wenn er sagt, alles das, was mit diesem Problem zusammenhing, konnte nach Besatzungsrecht nur unter dem Begriff der inneren Sicherheit behandelt werden. Alles was sich auf die äußere Sicherheit bezog, war ein sehr heißes Eisen. Der Kanzler konnte von "deutschen" Maßnahmen zur Verstärkung der äußeren Sicherheit der Bundesregierung nicht sprechen ohne gegen das Besatzungsrecht zu verstossen.

Fischer:

Vielleicht kann man es so erklären: Es war nicht nur aufgrund der außenpolitischen Situation nicht möglich, zwischen äußerer und innerer Sicherheit zu unterscheiden, sondern auch, weil die damalige Ostzone für uns nicht Ausland war.

Fischer:

Angriffe von Rußland wren immer nur über die Ostzone, oder mit Hilfe der Ostzone zu erwarten. Durch diese besondere deutsche Situation war es also praktisch unmöglich, streng zwischen äußerer und innerer Sicherheit zu unterscheiden? Oh man letzten Endes nicht alles mehr oder weniger als "Polizeiaktion" hätte deklarieren können...

Blankenhorn:

Für den Bundeskanzler wäre eine militärische Aktion der Volkspolizei gegen die B.R. nichts anderes als eine getarnte Intervention gewesen.

Damals stand die B.R. inmitten der europäischen Spannungen. Bei jeder Darstellung der damaligen Lage, sollte man die doch sehr reelle Bedrohung durch den aggressiven sowjetisch-stalinistischen Kommunismus nicht vergessen. Das war dem Bundeskanzler bewußt. Die damalige Entwicklung war letzten Endes ein Teilstück der sowj. Ausdehnungspolitik. Nach Prag kam der Versuch Stalins, Berlin durch Blockade in seine Hand zu bekommen.

Die Sorge des Kanzlers war, daß der Westen vor allem aber die Vereinigten Staaten Europa aufgeben würden. Die Formen einer sowj. Expansion konnten sehr verschieden sein, nämlich Infiltration, Unterwanderung oder indirekte militärische Aktionen über die Volkspolizei. Ich schlage aber vor, aus dem Bericht die Gegensätze zwischen Globke und mir zu streichen. Auch die Frage, ob der Kanzler die Himmeroder Denkschrift gesehen hat - natürlich hat er sie gesehen. Der Mangel einer Paraphe bedeutet nichts. Er hatte die Himmeroder Erörterungen vermittelt. Er mußte sich also über das Ergebnis unterrichten, er hat diese Denkschrift mit Sicherheit gesehen, sich aber natürlich nicht in irgendeiner Weise an den Inhalt der Denkschrift binden wollen.

Ich zitiere Kielmansegg:

"Eines der ersten Dinge die mir auffielen, als ich meine Arbeit dort aufnahm, war die Spannung zwischen Globke und Blankenhorn, die sich bis in das Amt Blank nachher auswirkte... Ich stand mit Globke sehr gut. Er war keineswegs die "geheime" Kraft die hinter dem Kanzler gewirkt und integriert hat. Er war ein loyaler Mann mit enormer Arbeitskraft und durchaus vertrauenswürdig. Ich habe mit ihm in all diesen langen Jahren in den besten Beziehungen gestanden. Ein Streit über Zuständigkeitsfragen hat es zwischen ihm und mir nicht gegeben.

Fischer: Ich möchte allerdings ergänzen, daß auch bei Graf Schwerin der Eindruck entstanden sein muß, zwischen Ihnen und Herrn Staatssekretär Globke hätten Spannungen bestanden, oder vielleicht ist "Spannungen" zu stark ausgedrückt, besser: vielleicht sei die Zusammenarbeit mitunter Belastungen ausgesetzt gewesen. Bei den Soldaten, die ja doch wahrscheinlich an die Arbeit in solchen Ämtern mit anderen Vorstellungen und Voraussetzungen herangegangen sind, mögen sich bestimmte erste Eindrücke in dieser Art auch ganz anders festgesetzt haben.

Blankenhorn: Ich möchte es nicht gerne in die Geschichte der Bundeswehr aufgenommen haben. Wenn es überhaupt so etwas gegeben haben sollte, so kann ich mich nicht daran erinnern. Ich möchte nicht, daß der Eindruck entsteht, daß unter den Mitarbeitern des Bundeskanzlers Rivalitäten bestanden haben. Sonst erscheint mir der Beitrag von Kielmansegg richtig.

Fischer: Als zweites wollten Sie jetzt auf die Unterlagen für die nächste Kommissionssitzung zu sprechen kommen.

Blankenhorn: Das Protokoll habe ich noch²mal sorgfältig gelesen. Ich habe da gar keine Bedenken, so wie ich es auch noch heute empfinde, die Sache ist ja im wesentlichen abgeschlossen. - Was mich dann besonders beschäftigt hat, das ist die Konzeption, die Punkte, die also nun erörtert werden sollen, und da hätte ich natürlich eine ganze Reihe von Fragen: "Unter welchen Voraussetzungen, Bedingungen und Zwängen wurde der Verteidigungsbeitrag für das westliche Bündnis im Rahmen internationaler und nationaler Interdependenzen konzipiert und durchgeführt? Inwieweit flossen ideologische und ökonomische, innenpolitische und von der Öffentlichkeit getragene Erwartungen und Vorstellungen als Bestimmungselemente in Konzeption und späteren Aufbau der Streitkräfte ..." usw. Nach meinem Gefühl hätte man diese Frage einfacher formulieren sollen, aber ich frage mich, für welchen Zeitraum gilt dies, wann ist das, ist das die ganze Zeit bis zur Bildung der Bundeswehr?

Fischer: Ja, das ist die ganze Zeit bis 1955, bis zum Beginn des Aufbaus der Bundeswehr, denn unser Auftrag lautet ja: Entstehungsgeschichte der Bundeswehr, umfaßt also die ganze Planungsphase bis 1955. Was wir hier in wenigen Sätzen auf zwei Seiten als Entwurf einer Konzeption zu formulieren

versucht haben, soll uns zugleich die Möglichkeit geben, die Vorentwicklungen bis 1950 - den ersten Band - zu erfassen, aber eben auch für die weiteren Entwicklungen eine tragfähige Grundlage zu haben. Dabei standen wir vor der Schwierigkeit, daß für die Geschehnisse ab 1951, wenn in einigen Jahren die Arbeiten zu einer Darstellung in Angriff genommen werden, möglicherweise neue Quellen zur Verfügung stehen werden, und daß wir zwar für den gesamten Zeitraum eine Konzeption zu formulieren versuchen mußten, aber die Bearbeiter, die nach uns kommen, nicht festlegen können. Wir müssen die Konzeption also weit genug halten, damit für die Bearbeitung der EVG-Phasen und der WEU/NATO-Phase Modifizierungen auf Grund neuer Quellen bzw. aus Gründen, die durch neue Bearbeiter gegeben sind, möglich bleiben. Deshalb die etwas weitgefaßten Formulierungen.

Blankenhorn:

Jetzt verstehe ich diesen Satz. Mir war es nicht klar, es steht einfach zu viel in diesem Satz. Dies müßte man auflösen in mindestens 10 Sätze, um es ganz klar zu machen. Für jemanden, der nicht die Sachen selbst erarbeitet, ist es zu konzentriert. Aber das ist eine äußere Sache, die ja gar nicht den Inhalt betrifft.

Die zentrale Frage wirft folgenden Problemkreis auf:

1. Was ist die prima causa der westdeutschen Politik von 45 bis 55/56, die Frage einer deutschen Nation mit dem Ziel der Wiedervereinigung und/oder die Absicherung eines deutschen Teilgebiets im westlichen Bündnis, um die Gewinnung einer nationalen Identität des westdeutschen "Staates". Das ist die politische Geschichte der damaligen Zeit. Die oberflächliche Antwort, die ich jetzt gebe, bedürfte einer detaillierten Begründung: Man kann die Dinge nicht voneinander trennen. Auch im Kopf Adenauers war es nicht so, daß er sagte: hier haben wir die westdeutsche Republik, die wird jetzt aufgebaut und ausgebaut und erhält eine Armee und daneben läuft eine andere Linie, nämlich die Frage der Wiedervereinigung. Die beiden Probleme waren im Kopf Adenauers im Grunde immer ein Ganzes. Es gibt keine prima causa, die zusammenlaufen. Wenn Sie die Debatten im Bundestag lesen, die sehr aufschlußreich sind, müßte man sie eigentlich von einem Ihrer Historiker sorgfältig ana-

lysieren lassen. Die Probleme hängen alle zusammen (Verteidigungsbeitrag, europäische Integration, atlantische Integration und Wiedervereinigung) mit dem bekannten Artikel 7. ob im Kopf des alten Herrn und in der täglichen Politik die Akzente dann manchmal schwächer, manchmal stärker liegen, ist eine andere Frage. Hätte die Bundesregierung diese ganzen Probleme nicht als ein Ganzes behandelt, so hätte sie sich mit ihrer Politik im Bundestag nicht durchsetzen können. Ob für ihn persönlich die Wiedervereinigungsfrage von ihrem Gefühl her so brennend war, wie vielleicht für einen Jakob Kaiser, einem Arnold oder Schumacher, das ist eine andere Frage. Da gab es natürlich starke Nuancen.

Fischer:

Diese Formulierung will auch darauf hinaus, daß wir uns mit den bisher vorliegenden Arbeiten zu Adenauers Außenpolitik auseinandersetzen müssen. Der Bearbeiter, Major Dr. Wiggershaus, hat in einem ersten Entwurf schon darauf hingewiesen, daß das Sicherheitsproblem in die Gesamtheit der Außen- und Innenpolitik eingeordnet werden muß. Auch bei der Formulierung der übrigen Themen des ersten Bandes ist dieser Gesichtspunkt berücksichtigt worden.

Blankenhorn:

Ich verstehe. Alle Probleme, die dann im einzelnen aufgeführt werden, nationaler Bereich, Verteidigungsaspekte, staatsrechtliche Aspekte. Verfassungsänderung, Vereinbarkeit, Wehrbeitrag und Grundgesetz und von ideologischer Prädisposition der politischen Handlungsträger, langfristige politische Konzeptionen Adenauers... Ich meine, man muß sich mit Herrn Noack auseinandersetzen, der "ohne mich" Bewegung mit der Neutralitätspolitik Niemöllers, letzten Endes auch mit Heinemann. Das alles sind wichtige Elemente der wehrgeschichtlichen Entwicklung der damaligen Zeit.

Fischer:

Es ist beabsichtigt, bei der nächsten Kommissionssitzung die ersten kurzen Konzepte vorzulegen. Wir sind jetzt bei der Diskussion des dritten Themas, die anderen Themen werde ich in kurzen Zügen erläutern können. Im wesentlichen sind wir noch im Stadium der Materialerschließung. Deshalb ist auch jeder Hinweis, den Sie uns hier geben, wichtig und wird Ihnen dafür sehr dankbar.

.....

Blankenhorn:

Ich habe jetzt erst meine Arbeit an den Erinnerungen begonnen und zwar zunächst den Teil, der sich auf die UNESCO bezieht, in der ich bald 6 Jahre mitwirkte. Gleichzeitig beginne ich an meinen Tagebuchaufzeichnungen zu arbeiten aus dem Sept., Okt., Nov., Dezember 1949. Da stehen im Vordergrund die Demontage, der wirtschaftl. Aufbau, der Beitritt zum Europarat, zum Ruhrabkommen, das Sicherheitsamt und dann ein Thema, welches die Gedanken des Bundeskanzlers in dieser Zeit besonders beherrschte, das französische Sicherheitsbegehren. Die Frage war, wie kamen die B.R. das in ziviler Hinsicht das berechnigte Mißtrauen Frankreichs überwinden, seine aggressive Haltung lockern und den Boden für eine Kooperation vorbereiten.

Fischer:

Sie haben wiederholt hervorgesprochen, daß Adenauer bemüht war, dem französischen Sicherheitsbedürfnis Genüge zu tun. Ist 1949/50 auch schon daran gedacht worden, daß die deutsche Seite vielleicht dabei mitwirken könnte, einen Beitrag zu leisten zur Befriedigung des sowjetischen Sicherheitsbegehrens? Und eine zweite Frage im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der Wirtschaft: Ist Ihnen ein Vorgang bekannt, daß Adenauer die Zusicherung eines westdeutschen Verteidigungsbeitrages in einem privaten Brief an Mc Cloy u.a. auch davon abhängig gemacht hätte, daß die amerikansiche Forderung nach Dekartellisierung der großen Industriefirmen nicht weiter verfolgt würde?

Blankenhorn:

Natürlich hat die Dekartellisierungsfrage eine große Rolle gespielt, sie gehört eng mit der Demontage zusammen. Zahlreich waren die Versuche der Bundesrepublik den alliierten Forderungen durch Gegenvorschläge zu begegnen und somit der deutschen Wirtschaft Schaden zu ersparen. Von dem genannten Schreiben an Mc Cloy ist uns nichts bekannt; ich will aber ein solches Schreiben nicht ausschließen.

Fischer:

Es wäre vielleicht ein indirekter Hinweis darauf, daß im Zusammenhang mit der Frage einer Aufrüstung die Wirtschaft irgendwie am Gespräch möglicherweise beteiligt war bzw. ihr Interesse deutlich machte.

Blankenhorn:

Sie wissen, daß Versuche, das französische Sicherheitsbedürfnis zu befriedigen, beim Bundeskanzler und seinen Beratern, vor allen auch Pferdmenges, immer darauf hinausliefen, die französische Industrie an der Ruhrindustrie zu beteiligen: einmal um den französischen Sicherheitsbedürfnis entgegen zu kommen, dann eine Beteiligung der französischen Industrie schloß einen Einsatz der Ruhrproduktion gegen Frankreich aus, zum anderen aber auch damit, durch ausländische Kredite die Ruhrindustrie wieder aufzubauen. Das hat starke Oppositionen in den Reihen der Sozialdemokratie ausgelöst.

Fischer:

... sowjetisches Sicherheitsbedürfnis?

Blankenhorn:

Ich muß diese Frage verneinen. Überlegungen wie man den sogenannten sowj. Sicherheitsbedürfnis Genüge tun konnte sind damals nicht angestrebt worden. Das stand nicht zur Diskussion. Die Bedrohung war damals so unmittelbar, Kontakte mit der sowj. Seite bestanden nicht. Nun zum zweiten Punkt: "In welchem Ausmaß also war Deutschland Objekt eines Befehlszusammenhangs und wann begann es Teil eines Verhandlungszusammenhangs zu werden: internationale Aspekte, Entscheidungsprozesse, Entscheidungszentren, Grundsatzentscheidungen bis bereits 48; Einbeziehung Westdeutschlands in militärische Planungen im alliierten Bereich vor Beginn der Verhandlungen. Das sind alles Sachen, die untersucht werden müssen. Die divergierende Auffassung zwischen politischen und militärischen Entscheidungsträgern usw., politische Ziele der Kriegskoalition, kalter Krieg..."

Also in welchem Ausmaß war Deutschland Objekt eines Befehlszusammenhangs und wann begann es Teil eines Verhandlungszusammenhangs zu werden? Das ist eine Frage, da kann man natürlich auch sehr viel darüber reden. Ich kann nicht finden, daß wir in dieser Zeit, ich spreche immer von der Zeit nach 49, wie stark wir unter einem Befehlswang gestanden haben. Die Alliierte Hohe Kommission, natürlich hat sie kontrolliert, sie war ja verantwortlich für das was bei uns passierte; aber den Befehl an die Bundesregierung, bestimmte Maßnahmen vorzunehmen, gab es auf begrenzten Gebieten. Z. B. die Demontage, jedenfalls nicht von außenpolitischem Gebiet. So liegen Weisungen der alliierten Hohen Kommission, etwa in den Europarat einzutreten oder sich der Ruhrbehörde anzuschließen, nicht vor; hier konnte die Bundesrepublik frei entscheiden.

- Fischer: Meine Frage zielt vor allen Dingen auf die Entwicklungen bis etwa 1948. Ich hatte schon in der vorhergehenden Befragung gesagt, daß das Jahr 1948 heute als das "Schicksalsjahr" für die spätere Entwicklung der Bundesrepublik bezeichnet wird. Ihre Charakterisierung bezog sich, wenn ich es richtig sehe, vielleicht schon auf die Jahre 1949...?
- Blankenhorn: Ab Bundesrepublik, vorher nicht!
- Fischer: Wir müssen uns wohl auch mit der Frage auseinandersetzen, ob schon 1948, eventuell noch früher, vorbereitende Entscheidungen für den sicherheitspolitischen Bereich gefallen sind.
- Blankenhorn: Im Parlamentarischen Rat?
- Fischer: Sie haben in Ihrem Beitrag zur Geschichte der Familie Blankenhorn den sehr interessanten Hinweis gegeben, daß die drei westlichen Besatzungsmächte sich bemüht haben, die Bildung einer Regierung der großen Koalition aus SPD und CDU durchzusetzen. Daran knüpfen sich eine ganze Reihe von Fragen: inwieweit die Alliierten überhaupt Wünsche für die spätere Gestaltung der Bundesrepublik geäußert haben, wie "massiv" diese Wünsche waren und wie weit man ihnen nachgekommen ist. In diesem Zusammenhang - Übergang vom "Befehls" - zum "Verhandlungszusammenhang" - stellt sich uns automatisch die Frage, ob das auch für die vorbereitenden Maßnahmen im Sicherheitsbereich relevant ist.
- Blankenhorn: Über Besprechungen der christlich-demokratischen Parteien aus deren Führer sind Protokolle aus den Jahren 1946, 47 und 48 heranzuziehen. Diese Verhandlungen haben jährlich im Hause eines Franzosen, ~~stattgefunden~~ nämlich des Herrn Contzine in Genf stattgefunden. Contzine war Vertrauensmann von Bidault. An einem Teil dieser Besprechung habe ich zusammen mit Herrn Adenauer teilgenommen. Der Charakter dieser Erörterungen war höchst persönlicher Art. Ihr Sinn war auch über die zukünftige Gestaltung Europas auch über eine evtl. deutschen Verteidigungsbeitrag klar zu werden. In diesen Gesprächen ist gelegentlich von französischer Seite eine sehr aggressive Haltung deutlich geworden.
- Fischer: Sind die Protokolle bei der "Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus" vorhanden?

Blankenhorn:

Ich glaube es nicht. Da gibt es die Vereinigung christdemokratischer Parteien, die hatte ein Büro in Paris, ob das noch besteht, weiß ich nicht. Im wesentlichen handelt es sich um es noch einmal zu betonen in diesen Besprechungen um eine gemeinsame Überprüfung der politischen Lage und der sich für die Arbeit der christl. demokratischen Parteien in den verschiedenen europäischen Ländern ergebenden Konsequenzen, selbstverständlich auch unter Berücksichtigung des Verhältnisses zur Sowjetunion. Um noch mal auf diese Sachen mit den Russen zu kommen. Ich glaube nicht, daß damals im Kopf des Kanzlers irgendwelche Ideen bestanden, das russische Sicherheitsbedürfnis zu befriedigen, da man eben eine so unendliche Sorge hatte, daß eben doch letzten Endes ..., wir waren ja nicht nur im Kalten Krieg ... der russischen Expansion, und da war Prag 1948, Berlin 1949, aber ich meine, das war doch im Fortschreiten der russischen Politik nach Westen, und wir wußten nicht, wo sie Halt machen würden, niemand wußte das.

Fischer:

Es ist wohl eine Frage, die sich erst rückschauenden Betrachtungen stellt. Nach 30 Jahren wird deutlicher, daß der Russe, der damals noch keine Atombombe hatte, dessen Langstreckenbomber im Vergleich zu den amerikanischen bei weitem nicht so weit entwickelt waren, der sich also in diesem entscheidenden Vernichtungswaffen gegenüber der westlichen Führungsmacht ohne Zweifel im Nachteil sah, sich möglicherweise auch deswegen derart expansiv verhalten hat, weil er eben soviel Glacis wie möglich zwischen sich und die westliche Führungsmacht schieben wollte. Die heutige Forschung glaubt dieses Verhalten der UdSSR in diesen ersten Jahren nach dem Kriege - neben anderen Motiven - auch damit erklären zu können, daß die Sowjets damals vor dem Westen, der rüstungsmäßig zumindest in den nuklear-strategischen Bereichen überlegen war, Angst gehabt habe. Haben das die damals führenden Politiker im Westen Ihrer Ansicht nach schon gesehen?

Blankenhorn:

Wahrscheinlich nicht, ganz sicher nicht. Im Gegenteil, wir hatten das Gefühl, daß abgesehen von militärischen Maßnahmen subversive Aktionen überall in Westeuropa in vollem Schwung waren. Jedes Eingehen auf etwaige sowj.

Wünsche nach Sicherheit hätte nur den Boden für weitere Expansionen nach Westen bereitet.

Im übrigen sind wir heute in einer recht ähnlichen Situation. Die Lage enthält doch viele Elemente, die zu großer Sorge berechtigen. Die russische Führung analysiert die gegebene Situation Europas mit großer Genauigkeit. Italien, Spanien, Portugal zeigen Ansätze für eine kommunistische Entwicklung. Die Lage in Frankreich ist auf lange Zeit gesehen, höchst veränderlich. England ist in einer wirtschaftlich äußerst ernsten Situation in welcher stark linksradikale beeinflusste Gewerkschaften ständig an Einfluß gewinnen. Wir kennen die sowj. Führung. Sie ist von großer Präzision. Jede kleinste Änderung in der Entwicklung wird von ihr berücksichtigt. Es ist doch nicht so, als ob die Sowjetunion ihre Expansionswünsche aufgegeben hätte. Die KSZE ist doch nur eine Zwischenphase die den territorialen Status quo in Europa sanktionieren soll. Die gegenwärtige Verhärtung der sowj. Politik zeigt, daß sie mit der friedlichen Koexistenz die alte Politik aus Zeiten des Kalten Krieges in neue Formen wieder aufnimmt. Der Stillstand der Abrüstungsverhandlungen in Wien und die ungewöhnlich großen sowj. Aufrüstungsbemühungen sind sehr bezeichnend. Mich erfüllt vor allem die außerordentliche Zunahme der sowj. Rüstung mit Sorge. Wogegen richtet sich diese Rüstung? Sie richtet sich doch nicht gegen China. Vor den Chinesen haben die Russen viel weniger Angst als wir alle glauben. Nun, sie bereiten sich auf einen Moment vor, wo der politische Druck mittels einer überlegenen Rüstung genügt, um die westeuropäische Staatengruppe zu Fall zu bringen. Dies war dem alten Adenauer sehr bewußt und er hat die Entwicklung, die bis heute reicht, mit nicht nachlassender Sorge gesehen. Er sah die Schwäche und innere Uneinigkeit der westlichen Welt und war oft verzweifelt über den neuerwachenden Kommunismus und Nationalismus, der nach seiner Auffassung nur den Russen in die Hände arbeiten konnte.

Fischer:

Hier würde ich gern mit zwei Fragen zur Einflußnahme der Besatzungsmächte, auf die Aufrüstungsmaßnahmen anknüpfen.

Es gibt das Schlagwort, die Bundesrepublik sei praktisch "ein Kind der NATO" gewesen. Im April 49 wird die NATO gegründet, wenige Wochen später wird die Bundesrepublik aus der Taufe gehoben. Wenn man so argumentiert, dann scheint es eine logische Überlegung zu sein, daß die Ausrüstung der Bundesrepublik erst recht "ein Kind der NATO" gewesen sei.

Blankenhorn:

Meine erste Reaktion ist negativ. Die Bundesrepublik ist nicht ein Kind der NATO. Daß eine gewisse Gleichzeitigkeit der Entwicklungen vorliegt, ändert daran nichts. Es ist nicht so, daß die Alliierten gleichzeitig mit der Errichtung der Bundesregierung das NATO Bündnis schlossen, das hat nichts miteinander zu tun. Außerdem mußte ja auch hier das Vakuum durch einen Staat gefüllt werden. Deutschland oder besser der westliche Teil Deutschlands konnte nicht ein Vakuum bleiben. Das wäre eine Aufforderung an die Sowjetunion gewesen, sich weiter nach Westen auszudehnen. Von 50. Mill. Menschen und ihren außerordentlich großen industriellen Potential und damit zugleich das Ende Westeuropas gewesen. Die Formulierung, Die Bundesregierung sei nichts anderes als ein Kind der NATO ist eine billige, offensichtlich sowjetrussische Formulierung.

Fischer:

Gibt es Einflüsse der Besatzungsmächte auf bestimmte Formulierungen im Grundgesetz?

Blankenhorn:

Eine ganze Reihe, ich müßte mir noch einmal alles ansehen, aber ich meine der Föderalismus, der übertriebene Föderalismus, vor allem auf dem Gebiet der Finanzen, der Polizei, der Erziehung und Kultur ist eine Konzession an die Franzosen. Zum Teil deckte es sich mit unseren eigenen Vorstellungen, zum Teil wurde es aber auch sehr stark gefördert, so auch die ganze Finanzgesetzgebung, Finanzgebaren - Bundesländer. Es gibt eine Note, nach der wir den Alliierten das Grundgesetz im Entwurf vorzulegen hatten. Diese formulierten ihre Bedenken, Wünsche und Änderungen die im wesentlichen auf eine Schwächung der Zentralgewalt und eine Stärkung der Länder zielten.

Fischer:

Gab es da Unterschiede zwischen den Besatzungsmächten?

Blankenhorn: Es gab sicher Unterschiede. Es gab Unterschiede zwischen den Franzosen und Engländern, Franzosen und Amerikanern, und Amerikanern und Engländern. Es waren die verschiedensten Tendenzen durchaus spürbar. Der Parlamentarische Rat hat die wesentlichen Dinge selbst formuliert, aber ganz bestimmte Dinge sind Werk der Alliierten gewesen, nämlich alles was eine relativ schwache Zentralgewalt garantierte. Die Sozialdemokratische Partei unter ihrem Führer Schumacher hat in diesem Zusammenhang zweifellos große Verdienste. Im Gegensatz zur CDU/CSU war sie weniger bereit, solche alliierten Wünsche und Forderungen zu akzeptieren, ihre entscheidende Haltung hat manchen Erfolg erzielt.

Fischer: Speziell zum Sicherheitsbereich: die japanische Verfassung, die eineinhalb Jahre früher in Kraft trat, hatte ausdrücklich auf die Wehrhoheit verzichtet, das Grundgesetz kennt diesen Verzicht nicht, nahm die Wehrhoheit aber auch nicht in Anspruch. Hat es speziell zu Formulierungen, die den Sicherheitsbereich betrafen, Hinweise und Einflüsse der Besatzungsmächte gegeben?

Blankenhorn: Ich erinnere mich nicht im Moment, ich müßte es aber noch einmal prüfen. Man müßte vielleicht die Verhandlungen des Parlamentarischen Rats daraufhin durchsehen, wie zu der Frage der Verteidigung Stellung genommen wurde.

Fischer: Ministerialdirektor Wirmer, damals Mitglied des parlamentarischen Rats, sagte, daß in der Endphase der Beratungen Mitglieder des Rats durch eine Äußerung von Adenauer überrascht worden seien, die sinngemäß etwa lautete: Selbstverständlich könne in das Grundgesetz noch nichts über Sicherheit, Aufrüstung, Armee oder wie auch immer hineinschieben werden, aber es sei für ihn, Adenauer, gar keine Frage, daß in vier oder fünf Jahren diese Bundesrepublik, auch wieder bewaffnete Kräfte haben würde. Können Sie sich an eine ähnliche Äußerung erinnern?

Blankenhorn: Ich erinnere mich nicht konkret an solche Äußerungen, aber ich nehme mit Sicherheit an, daß sie gemacht worden sind. Ich erinnere mich nicht konkret an Formulierungen, ich habe auch aus dieser Zeit keine Aufzeichnungen; aber ich kann mir wohl vorstellen, daß der alte Herr das gesagt hat.

25-2476/2-62

- Fischer: Es würde also Ihren allgemeinen Eindruck bestätigen, daß Adenauer schon 1948/49 mit dem Problem Sicherheit konfrontiert gewesen ist. Er hat zu dieser Zeit ja auch die ersten Gespräche mit den Generalen Manteuffel und Speidel geführt.
- Blankenhorn: Ja sicher, aber immer im Zusammenhang mit der Weltlage, die eben so düster war, vergessen wir das nicht, nicht an sich, sondern immer im Zusammenhang mit der Gefährdung der Bundesrepublik.
- Fischer: Können Sie sich entsinnen, ob zu dieser Zeit auch schon Überlegungen über die mögliche Einbeziehung der Bundesrepublik, in eine europäische Verteidigungsgemeinschaft angestellt worden sind?
- Blankenhorn: Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten. Sie steht im engen Zusammenhang mit dem europäischen Zusammenschluß. Hier sind Meilensteine: Die Fulton-Rede Churchills vom 5. März 1946, die Züricher Rede Churchills vom 19. Oktober 46; die auf Einladung Churchills stattfindende Europakonferenz in Haag im Mai 1948 und auch die Europa-Rede Churchills über gemeinsame Verteidigung in Straßburg vom 11. August 1950.
- Fischer: Welche Wege bevorzugten die Angehörigen der Besatzungsmächte bei ihren Einflußnahmen, mehr "inoffizielle" Gespräche? Sicher keine schriftlichen Mitteilungen, Anweisungen.
- Blankenhorn: Es war ein ständiges Gespräch mit den Verbindungsoffizieren der drei Westmächte, die in Bonn stationiert waren. Sie führten nahezu täglich Gespräche mit den einzelnen Abgeordneten des parlamentarischen Rats. Die Führung war sehr intensiv, die Verbindungsoffiziere waren über den Gang der Beantwortungen ausführlich unterrichtet.
- Fischer: Können Sie sich erinnern, ob z.B. die Amerikaner die Organisation Gehlen, die ihnen zu dieser Zeit ausschließlich unterstand, benutzt haben könnten, um speziell zum Sicherheitsbereich bestimmte Vorstellungen an die deutsche Seite heranzutragen?
- Blankenhorn: Die Organisation Gehlen tritt in meinem Gesichtskreis erst in den ersten Monaten der Bundesrepublik, da erscheint Herr Gehlen dann mehrfach.
- Fischer: Sind Ihnen in dieser Hinsicht andere Kontakte bekannt?

Blankenhorn: Es ist so, daß der alte Herr oft Vertrauensleute der anderen Seite empfangt, über die er mit niemanden sprach. Damals war mein Verhältnis zu ihm natürlich noch nicht so eng. Ich saß in Köln, er saß in Rhöndorf, und es erschienen amerikanische, englische, französische Vertrauensleute. Da war ein reges Kommen und Gehen inoffizieller Art von Personen die offiziell nicht in Erscheinung traten.

Fischer: Hier könnte man an den Brief an Mc Cloy anknüpfen und sich fragen, ob Presse, Wirtschaft usw. in diesen inoffiziellen ständigen Gesprächen eine besondere Rolle gespielt haben; vielleicht auch schon mit Einschlag sicherheitspolitischer Überlegungen. Im Zusammenhang mit der späteren Tätigkeit des Bundesministers Wildermuth ist bekanntgeworden, daß ein Verbindungsmann des Bundesverbandes der deutschen Industrie sich schon zu dieser Zeit Interesse an Sicherheitsfragen gezeigt hat.

Blankenhorn: Ich glaube nicht, daß dies sehr weit ginge.

Fischer: So daß also zu dieser Zeit auch noch keine Überlegungen angestellt worden sind auf deutscher Seite - ich meine jetzt innere und äußere Sicherheit bewußt als ein Ganzes - wie man ein spezielles politisches Instrumentarium schaffen könnte, wo man es einordnen, mit welchen Kompetenzen man es ausstatten könnte? Auch im Gespräch mit den Alliierten gab es solche Fragen zu dieser Zeit noch nicht?

Blankenhorn: Ich erinnere mich nicht daran. All diese Sachen waren ja auf den alten Herrn abgestellt, oder auf Schumacher, wenn Sie so wollen, auf die Parteiführer. Die Parteiführer waren natürlich im ständigen Kontakt, zum einen mit den Verbindungs-offizieren, zum anderen natürlich auch mit Persönlichkeiten aus Amerika, Frankreich und England, die herüberreisten und sich ein Bild verschaffen wollten. Da war es lange Zeit doch so, daß Schumacher die erste Geige spielte, und Adenauer die zweite. Die Engländer mochten Adenauer nicht sehr gerne wegen seiner Kritik an der englischen Besatzung: Schumacher war andererseits bei den Franzosen nicht Persona grata, die sich von ihm häufig kritisiert fühlten. Schumacher's Gewicht bei den Alliierten war in jener Zeit stärker, weil sie in der Sozialdemokratie eine bessere Garantie für eine demokratische Entwicklung in der Bundesregierung erblickten. Die Alliierten waren vom Ergebnis der 1. Bundestagswahlen im Sept. 1949 bei welchem die CDU so gut abschnitt, überrascht.

Sie versuchten alles, um eine große Koalition durchzusetzen.

Fischer: Wenn man die Situation besonders unter Personal - bzw. Persönlichkeitsaspekten sieht: führende Persönlichkeiten der Parteien, speziell der Sozialdemokratie, waren in England in der Emigration gewesen, brachten also von dort her bestimmte Verbindungen mit. Haben nach Ihrer Erinnerung diese Bedingungen und Verbindungen bei der Entwicklung der Bundesrepublik eine Rolle gespielt?

Blankenhorn: Kein Zweifel! Ich würde es eindeutig mit "ja" beantworten, daß diese Verbindungen natürlich eine große Rolle gespielt haben, daß diese persönlichen Kenntnisse und der persönliche Kredit, die solche Persönlichkeiten im Ausland hatten, sehr wichtig waren;

Fischer: Daran knüpft sich zwangsläufig die Frage, ob für einen so speziellen Bereich, wie den sicherheitspolitischen, die Alliierten nicht besondere deutsche Gesprächspartner gehabt haben, über die sie vielleicht auch auf bestimmte Entscheidungen einzuwirken versuchte?

Blankenhorn: Zunächst einmal war natürlich das Verhältnis zu Rußland ein entscheidendes Problem bei den Parteiführungen, Das Ostbüro der SPD ist damals gegründet worden. Dieses Ostbüro der SPD hatte natürlich eine klare Marschlinie von Herrn Schumacher bekommen, gewisse Dinge zu beobachten und daraus auch Schlüsse zu ziehen. Die CDU hatte ein solches Ostbüro nicht. Ich erinnere mich auch nicht, daß wir irgendwelche Persönlichkeiten besonders mit diesen Dingen beauftragt hatten. Allerdings hatten wir natürlich in der Berliner CDU eine ganze Reihe von Leuten, die mit großer Sorgfalt sich mit dem Ostproblem befaßten.

Fischer: Nach Professor Czempel ist eine Entwicklung von der "Hegemonie" zur "Kooperation" zu beobachten, soweit es die allgemeine Politik angeht. In der Sicherheitspolitik müsse die enge Bindung der Bundesrepublik angesichts des sehr starken Gefälles von Washington nach Bonn auch 1975 allerdings noch als ein hegemoniales Verhältnis bezeichnet werden.

Blankenhorn:

Ich habe den Ausdruck hegemonial nicht so schrecklich gern, das geht mir zu weit. Hegemonial bedeutet, daß der eine führt und der andere gehorcht. Das ist nicht der Fall, aber was wohl der Fall ist, daß wir eine Menge Souveränitätsrechte aufgegeben haben, zugunsten der höheren Ordnung, nämlich des atlantischen Bündnisses auf militärischem Gebiet. Wir haben nicht die volle Verfügungsfähigkeit, nationale Verfügungsfähigkeit über unsere Streitkräfte, die haben wir nicht, die haben wir aufgegeben, insofern haben wir Souveränitätsrechte an diese Institution abgegeben, und so ist es auch in der europäischen Gemeinschaft. In Brüssel haben wir gewisse Souveränitätsrechte aufgegeben, d.h. wir haben sie auf eine höhere Ebene verlagert, zugunsten einer Gemeinschaft. Das ist aber kein "Befehl", wir würden heute den Befehl eines amerikanischen Oberkommandierenden doch nicht einfach so hinnehmen, das ist undenkbar. Man muß uns überzeugen, daß die Entscheidung notwendig ist. Ein Beschluß bedarf der Zustimmung aller 15 Partnerstaaten. Wir haben in der NATO Einstimmigkeitsprinzip.

Fischer:

Es gibt aber doch eine gewisse Gewichtung der teilnehmenden Partner, das ist z.B. ganz deutlich geworden bei dem Projekt der MLF. So gibt es innerhalb der NATO doch sicher unterschiedliche Einflüsse, und das Gewicht der USA als der führenden Macht ist von Anfang an ohne Zweifel immer sehr stark gewesen, wenngleich im Laufe der Zeit gewisse Verschiebungen aufgetreten sind.

Blankenhorn:

Das Verhältnis der einzelnen Mitgliedsstaaten der NATO untereinander und zu den Vereinigten Staaten ist sicher eine Betrachtung wert. Die Beziehungen unterlagen nur mancherlei Wandlungen. Grundsätzlich muß man feststellen, daß sie in allen wichtigen Fragen, politischer oder militärischer Art ein Konsensus erzielt wurde. Von einer Majorisierung des einen oder anderen Partners war keine Rede. Es wäre aber auch verfehlt den Einfluß der Vereinigten Staaten zu minimieren, denn schließlich leisteten sie den entscheidenden Beitrag zur Verteidigung der atlantischen Verteidigungszone. Die Bundesregierung hat da wo die Notwendigkeit war, die Haltung der amerikanischen Führungsmacht mit großer Deutlichkeit kritisiert. Ich denke da z.B. an den Redford-Plan.

Welche der Regierungen im Ostblock würde es wagen, die russische Militärpolitik so zu attackieren, wie wir das gemacht haben. Ich möchte da wirklich meinen, daß auf der amerikanischen Seite sehr viel Rücksicht war. Natürlich waren wir unzufrieden mit den Amerikanern, und wir haben das auch sehr deutlich gesagt. Ich erinnere mich an die Unterhaltung mit Forster Dulles in Washington, wo ich mich i.A. d. Kanzlers darüber beklagte, daß die Konsultation so schlecht funktionierte wie z.B. in der Suez-Krise. Wir haben immer auf eine Verbesserung der Konsultation gedrungen. Die Konsultation wird immer ein Problem bleiben. Die Amerikaner haben mit Recht gesagt, wir können nicht immer warten bis ausführliche Konsultationen erfolgen. Damit haben wir Deutsche uns auch aus wohlverstandenen Gründen abgefunden.

Fischer:

Glauben Sie, daß auch von den deutschen Vorstellungen - ich erinnere etwa an die Speidel-Denkschriften - in die Vorstellungen der Alliierten etwas eingeflossen sein könnte, daß, um ein konkretes Beispiel zu nennen, bestimmte Punkte der Denkschrift vom 14.8.1950 dann im Plevan-Plan oder im Spofford-Plan ihren Niederschlag gefunden haben?

Blankenhorn:

"Keinen Zweifel! Man darf nicht vergessen, daß der Respekt von der deutschen Armee, den deutschen Streitkräften vor allen Dingen auch deren Führung, sehr groß war. Im übrigen zeigt es sich auch sehr deutlich an der Geschichtsschreibung der damaligen Zeit, diesen Gruppen, die damals gebildet wurden, den Historical-Teams. Auch sonst, man kann immer wieder nur sagen, daß man mit größtem Interesse sich der Erfahrungen der deutschen führenden Herren zu bedienen versuchte und auch mit Erfolg bedient hat. Gerade alles, was die Kriegführung in Rußland angeht, hat die Alliierten interessiert, und sie haben daraus manche Lehren gezogen, so daß der Einfluß unserer militärischen Sachverständigen von Rang auf die Gestaltung sei es der Europaarmee, sei es des atlantischen Bündnisses nicht unerheblich war. Ich könnte jetzt keine Beispiele im einzelnen sagen, aber ich bin überzeugt, daß unser Einfluß von 55 an mit jedem Jahr zunahm. Ich denke an die Stellung von Heusinger im Militärkomitee, die war stärker als die Stellung der französischen, englischen und amerikanischen

Generale in der sogenannten Standing Group. Heusinger war Vorsitzender des Militärausschusses, Generalstabschef, den 15 Gens angehörten.

Fischer:

Es fällt auf, daß es vor allen Dingen die Amerikaner sind, die sich bewußt die deutschen Erfahrungen zu Nutzen gemacht haben. Wie war es in dieser Hinsicht nach Ihrer Ansicht bei den Engländern und Franzosen?

Blankenhorn:

Ich vermag diese Frage nicht ohne weiteres zu beantworten, aber ich möchte nicht ausschließen, daß eine ganze Reihe von Kontakten auch von französischen Militärs und Sachverständigen stattgefunden haben. Das gilt auch für die Engländer, wenn auch lange nicht so prononciert wie die Amerikaner, die natürlich auch sehr viel unabhängiger waren ihrer öffentlichen Meinung gegenüber. Man konnte in Frankreich sehr schwer mit deutschen Generalen verhandeln, das hätte die öffentliche Meinung sehr kritisch aufgenommen. Das galt auch in etwa für England. Ich weiß nicht, welche Kontakte der General Robertson gehabt hat, aber ich möchte annehmen, daß er auch eine ganze Reihe von Kontakten mit militärischen Persönlichkeiten hatte.

Befragung Botschafter Blankenhorn

am: 4. Juni 1975

in: Badenweiler

durch: Oberst i.G. Fischer

Vorbemerkung: Bei den Ausführungen von
Herrn Botschafter Blankenhorn
wurden nur Schreibfehler bzw. offensicht-
liche Irrtümer der Übertragung vom Band
berichtigt.
Alle übrigen Korrekturen/Ergänzungen
wurden durch Herrn Botschafter
Blankenhorn vorgenommen.

Befragung Botschafter Blankenhorn am 4.6.1975

Fischer: Wenn ich mit einer allgemeinen Frage beginne, Herr Botschafter: die Bundesrepublik - auch Nolte weist darauf hin - ist als Provisorium gebildet worden, als ein "Transitorium". Es liegt die Frage nahe, ob auch der Verteidigungsbeitrag, in seiner ersten Planungsphase zumindest, "provisorisch" angelegt war, ob man sich soweit offenhalten wollte, daß später Änderungen ohne weiteres eingebracht werden konnten.

Frage also: Hat man der "provisorischen" Bundesrepublik auch zunächst einen "provisorischen" Verteidigungsbeitrag zugedacht, sowohl von alliierter Seite, als auch von deutscher Seite?

Blankenhorn: Ich nahm diesen Gedanken nicht wahr, jedenfalls ist es mir nicht bewußt, ich mußte auch selbst meine eigenen Dinge durchsehen. Man war sich natürlich klar, daß alles, was man machte, ein Anfang war, ein Tasten war. Eines war nur ganz sicher, und das war die Ansicht des Bundeskanzlers, daß die Armee keine unabhängige nationale Streitkraft sein sollte, sondern integriert. Und zwar vom ersten Augenblick an, bewußt, und das hat sich immer wiederholt und in seiner Überzeugung auch noch bestärkt, daß eine nationale, große, wirkungsvolle, leistungsfähige deutsche Armee den Nachbarn unerträglich sein sollte. Und daß es besser, notwendig sein würde, sie in irgend einer Form mit den andern Streitkräften in der freien Welt, vor allem in der europäischen Welt, zu fusionieren, zu integrieren, wenn Sie wollen. Deshalb waren das alles Versuche. Natürlich, die ganze Sache anzulegen, war letzten Endes ein großangelegter Versuch. Und daß er gescheitert ist, hat den Charakter des Versuchs eher noch bekräftigt und bestätigt. Aber die Grundlinie der Integration wurde ja dann niemals mehr aufgegeben. Und wir sind ja immer, ich muß immer darauf berufen, auch bei unseren Verhandlungen mit den Russen, daß ein Element ihrer Sicherheit, der sowjetischen Sicherheit, gerade die Integration dieser deutschen Kräfte sein würde und sein sollte und auch so gedacht war. Man wollte, und das war in der NATO auch ganz klar verankert, keinen Alleingang, man wollte den Alleingang

gerade unter Berufung auf die Vergangenheit und alles vermeiden, wollte man ausschließen. Und deshalb die Integration. Insofern war das ganze etwas Definitives, wenn Sie wollen. Die Integration war ein definitiver Gedanke, der vom Kanzler von Anfang an da war und auch aufrechterhalten wurde. Auch von uns immer wieder, auch heute noch aufrechterhalten wird. Eine eigene nationale deutsche Streitmacht ist sowohl im Westen wie auch im Osten schwer vorstellbar, schwer erträglich, auf Grund dessen, was in der Geschichte passiert ist.

Fischer: Das Grundgesetz gab den Auftrag zur Wiedervereinigung. Dieser Auftrag zur Wiedervereinigung ist auch heute noch im Gespräch, obwohl seine Realisierung weitgehend fragwürdig geworden ist. Die Wiedervereinigung schloß ganz zwangsläufig doch auch das Einbringen oder das Einbeziehen inzwischen entstandener Verteidigungskräfte ein. Hat man sich in der Planungsphase, oder noch genauer, schon vor Beginn der Verhandlungen, also noch im Laufe des Jahres 1950, im Stadium des Sich-gegenseitigen-Anregens auf einen deutschen Verteidigungsbeitrag hin, als die Dinge konkretere Formen annahmen, hat man sich zu dieser Zeit schon Gedanken gemacht, wie bei einer eventuellen späteren Wiedervereinigung der Sicherheitsbereich behandelt werden könnte und wie u.U. diesseits und jenseits der Zonengrenze entstandener Verteidigungskräfte dabei behandelt werden könnten?

Blankenhorn: Was die Verteidigungskräfte angeht, so bin ich überzeugt, daß damals kein Mensch daran gedacht hat, was im Falle einer Wiedervereinigung geschieht. Man war sich nicht klar, was überhaupt im Falle einer Wiedervereinigung geschieht, auch mit den beiden Teilen Deutschlands. Man war sich im Grunde, nur man gab es nicht offen zu, war man auch ziemlich sicher, daß die Wiedervereinigung vor allem hinsichtlich der russischen Politik eine Illusion sein würde. Man glaubte nicht, ich meine, man glaubte nicht, daß die Wiedervereinigung etwas sein könnte, was bald geschehen würde und daß es eine Frage der Zukunft sei. Meine These war ja immer die, und die These war, nach meiner Auffassung falsch, daß die Wiedervereinigung am besten

erreicht würde durch den Zusammenschluß des Westens mit deutscher Beteiligung und daß durch die Kraft dieses Westdeutschlands, unterstützt durch die freie Welt, allmählich die Russen sich dazu bequemen könnten, die Ostzone freizugeben. Das war ein Irrtum. Zweifellos. Und ich bin überzeugt daß die meisten führenden alliierten Kreise das auch als Irrtum beurteilen. Man hat es, um also nach aufrechterhaltenden Gedanken, wir werden eines schönen Tages wieder ein Land sein, hat sie proklamiert, man hat gesagt, aus der Stärke ergibt sich dann die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Aber ich glaube, daß - vielleicht gehe ich jetzt etwas weiter, ich muß natürlich auch nochmal meine eigenen Dinge mir ansehen - in allen führenden Kreisen des Westens außerhalb der Bundesrepublik, also in Frankreich, England, den Vereinigten Staaten, die Wiedervereinigung gleichsam wie eine Last empfunden wurde. Was machen wir, um Gotteswillen, mit 60 Mill. Deutschen in Mitteleuropa! Was machen die 60 Mill.! Dieses Gefühl war überall spürbar ----- in den Gesprächen. Und deshalb sagte man sich, na ja, also, natürlich das deutsche Volk will sich wieder vereinigen, wir wollen das stützen. Überall haben sie sich ja bereit erklärt, diesen Anspruch des deutschen Volkes zu honorieren. Auch de Gaulle hat sich nicht gegen diesen Anspruch gewandt. Alle sagten immer wieder, das deutsche Volk hat ein Recht auf Wiedervereinigung. Aber im großen Ganzen waren sie doch ganz froh, daß das nicht realisierbar war.

Fischer: Bei unserer letzten Besprechung haben Sie darauf hingewiesen, daß auch den Russen ein deutscher Verteidigungsbeitrag in Europa akzeptabel erschienen sei, wenn er in eine höhere europäische Instanz einzubringen war.

Die sowjetische Seite hatte ganz offensichtlich schon sehr frühzeitig bestimmte Vorstellungen im Hinblick darauf, wie sie die zu besetzenden Gebiete Deutschlands nach außen sichern würde. Denn sie hat ja sehr schnell sehr konsequente Maßnahmen ergriffen. Glauben Sie, daß das Einbinden eines ostzonalen Beitrages von sowjetischer Seite in die Sicherung dieses Gebiets schon unter dem Gesichtspunkt eines

Einbindens in ein größeres europäisches (also dann auch westeuropäisches) System zu sehen ist?

Blankenhorn: Wenn ich Ihre Frage richtig verstehe, so ist es, wie die Sowjets, vielmehr natürlich auch die europäische Einigung bekämpft haben. Das wissen wir ja. Auch der deutsche Verteidigungsbeitrag, eingebunden in eine europäische Organisation, war ihnen nicht willkommen. Sie haben sich damit abgefunden und haben damit gezeigt, daß sie gar nicht so unzufrieden waren, daß es nachher eben so war unter der Voraussetzung, daß die Teilung blieb. Das ostzonale Deutschland war ihr Definitivum (?), man muß da ganz klar sehen, vom ersten Tag an. Es ist eine Illusion zu glauben, daß sie etwa eine Wiedervereinigung in Form von Neutralität, Neutralisierung zugelassen hätten. Auch das, nicht wahr, hätten sie sehr, sehr ungern gesehen, eine Wiedervereinigung im ganzen. Ich glaube jetzt wirklich, daß die Einbindung der beiden Teile, ob westdeutscher Beitrag oder ostdeutscher Beitrag in das jeweilige Bündnis, das war etwas, was^{di} ideologische Folge der sowjetischen Politik war, und sie hätten sicher niemals eine Freigabe ihrer Kräfte, ihrer kontrollierten, in Ostdeutschland stehenden nationalen deutschen Kräfte, in eine deutsche nationale Kraft selbständiger Art, selbst neutralisiert, zugelassen.

Fischer: Würde man die Intentionen, die Absichten, die langfristigen Planungen der sowjetischen Seite richtig interpretieren, wenn man davon ausgeht, daß der Zustand der 1949 oder 1950 - aber 1945 praktisch schon festgelegt durch Potsdam - bestand, nach Bildung der beiden deutschen Staaten von den Russen als etwas Endgültiges angesehen worden ist, daß die Russen vielleicht schon 1945 diesen Zustand eben nicht als Provisorium, sondern als eine auf lange Sicht geschene, endgültige Regelung beurteilten?

Blankenhorn: Das glaube ich nicht. Ich glaube, daß die Russen tatsächlich sehr viel weitergehende Pläne hatten. Ihr Festhalten an den sogenannten deutschen Zentralbehörden. (Sie erinnern sich, daß ja lange Zeit und gerade Sowjetrußland sehr stark für die Zentralbehörden war und sich sehr darüber erbot, daß sowohl die Franzosen wie auch die andern gar

nicht mitzogen) - gerade diese Bildung der Zentralbehörden zeigt, daß ihre Pläne sehr viel weitergingen: Nämlich dieses gesamte Deutschland nach ihrem Modus zu integrieren, d.h. in die sowjetische Einflußsphäre einzubringen, und das hat sich ja auch immer wieder bestätigt in den späteren Konferenzen, wo sie sagten: Wiedervereinigung? Ausgezeichnet! Aber Wiedervereinigung unter Berücksichtigung der sozialen Errungenschaften der Ostzone, d.h. Verlegung der eigentlichen Kraftquellen auf die sogenannten Organisationen: Gewerkschaften usw. Es war also die Idee, allmählich dieses gesamte Deutschland, vor allem die Industrie der Ruhr, die von unerhörter Bedeutung gewesen wäre und ihr die glatte Übermacht gegeben hätte, die sie ja brauchte, um dann ein für alle mal einfach ihre Sicherheit und auch ihre Vorherrschaft in Europa zu etablieren - sie wollten mehr, es war nicht so, daß sie 1945 an der Elbe gehalten hätten, nicht wahr! Sie hatten verschiedene Ideen, wie man das machen könnte. Vielleicht über eine deutsche Zentralgewalt, wo so eine Art von Volksfrontregierung gebildet werde, die das ganze durchsetzt hätte und allmählich das so friedlich integriert hätte. Vielleicht aber auch, daß sie für militärische Unternehmen, ich meine die Blockade Berlins war so ein deutliches Zeichen, daß man dieses Berlin beseitigen wollte als Vorposten des Westens, um es als Zentrum eines neuen kommunistisch kontrollierten Deutschlands zu haben. Das war doch der entscheidende Punkt. Also, es war nicht so, daß man sagen könnte, 1945 sei Rußland saturiert gewesen mit der bestehenden geographischen Ordnung. Keineswegs! Sondern immer wieder wurde es doch deutlich, daß sie sagen: Wiedervereinigung ausgezeichnet, aber wiederum unter ganz anderen Vorzeichen. Nämlich unter den Vorzeichen, die wir auf den Weg mitgeben, die sozialen Errungenschaften, so hieß es vor allem.

Fischer: Wann, glauben Sie, haben die Russen diese Vorstellungen aufgegeben? Daß sie ganz Deutschland unter ihren Vorzeichen würden integrieren können, in ihr System? Fällt dieser Zeitpunkt der Aufgabe solcher Vorstellungen, nach Ihrer Ansicht etwa zusammen mit dem Zeitpunkt, als man auch im

Westen einzusehen begann: die Bundesrepublik ist kein Provisorium, sondern auf längere Zeit angelegt, ein Definitivum? Wann, glauben Sie, ist das geschehen, im Zuge welches Prozesses oder nach welchen Ereignissen?

Blankenhorn: Ich glaube, daß - das müßte ich auch nochmal prüfen - es geschehen ist nach den verschiedenen Viermächtekonferenzen. Auf dem Gebiet: auf dem höchsten Gebiet, auf dem Gebiet des Außenminister. Wo sie doch erkannt haben, siehe: es ist keine Manövrierfähigkeit, hier kommen wir nicht weiter. Nicht wahr! Hier kommen wir mit unserer Vorstellung eines vereinigten Deutschland nicht weiter. Ich war ja noch in der Genfer Gipfelkonferenz 1955, war also noch mit Chruschtschow und Bulganin zusammen. Und auch das berühmte Kommuniqué, das von Wiedervereinigung sprach, daß man den Weg dazu gehen könnte: das war ganz künstlich. Denn kaum war Chruschtschow von Genf abgereist und erschien in Berlin-Ost, da hielt er eben diese Rede, nicht wahr, wo hier Feuer und Wasser, es ist nicht zu vereinigen. Wir müssen hier diesen deutschen Staat, oder diese Ostzone ist ein Wesen so wie und wir können an die Wiedervereinigung nicht recht glauben. Er hat damals alles wieder zurückgenommen, was er in Genf an positiven Gesten hinsichtlich einer möglichen Vereinigung gemacht hatte. Und das wurde dann bestätigt in den beiden Außenministerkonferenzen die sich daran anschlossen. Wo man immer wieder sagte, Wiedervereinigung, sehr schön, aber Wiedervereinigung unter ganz anderen Vorzeichen, nicht unter dem Vorzeichen des freien Westens. Ich glaube, daß in diesem Jahr, 1955/56 etwa, bei den Russen doch Klarheit darüber war, daß das, was sie hatten, das Maximum war, und von da aus führt dann die Politik, dieses Maximum anerkennen zu lassen, zu stabilisieren, bis heute, bis zur Genfer Konferenz, die ja nur darauf ausgeht, den territorialen Status quo, so wie er nun einmal vorliegt, wie die Tatsachen sich heute bieten, anerkennen zu lassen von der gesamten Welt.

Fischer: Das würde also bedeuten, daß die Bildung der beiden deutschen Staaten im Jahre 1949 und die Entwicklung in den

folgenden 5 bis 6 Jahren bis zur Aufnahme der beiden deutschen Staaten in das östliche bzw. das westliche Paktsystem noch nicht die endgültige Entscheidung im Sinne meiner Frage gebracht hätten?

Blankenhorn: Nein! Damals noch nicht ganz. Man war also zweifelhaft auf russischer Seite. Aber dann: ja, anschließend, dann verhärtete sich die Situation. Und dann hatten sie auch diese Idee letzten Endes. Man darf nicht vergessen, und das haben Sie ja auch in Ihrer Schrift herausgestellt, daß es zwei Wege in der russischen Politik gibt: die weltanschaulich kommunistische und die imperiale. Und die weltanschaulich kommunistische hat nicht aufgehört, durch Infiltration, Propaganda und alles mögliche, diesen Gedanken einer allmählichen Aufsaugung auch des Westdeutschlandes in den russischen Block aufzugeben. Wir haben ja Beweise stundenlang, daß das nicht aufhört. Das hört nie auf! Das ist ja gerade, weil es die weltrevolutionäre Idee ist. Die weltrevolutionäre Idee hat die Frage der Wiedervereinigung immer noch ein Gehalt für die Russen. Aber nicht auf dem Gebiet der imperialen Politik. Die imperiale Politik, vor allem jetzt unter dem Druck der chinesischen Gefahr, geht darauf aus, im Westen völlige Ruhe und Stabilität und Anerkennung des Status quo von allen Seiten zu erzielen, bei gleichzeitiger Schwächung der Integrationsversuche des Westens, also eine neue europäische Union, politische Union usw., etwa einen militärischen Beitrag der westeuropäischen Staaten, um das zu kritisieren und schlecht zu machen. Das ist, das gehört dazu. Das ist aber mehr Politik des Vorfeldes. Im Grunde bleiben sie jetzt auf diesem Staatensystem, das sie errichtet haben, das wollen sie nur möglichst stabilisieren. Vor allem bestätigen, anerkennen (?) lassen.

Fischer: Nun zum zweiten Teil meiner Frage. Wann, glauben Sie, beginnt sich im Westen, sowohl bei den Besatzungsmächten, als auch in der Bundesrepublik, die Überzeugung durchzusetzen: kein Provisorium, sondern eher eine Angelegenheit für längere Dauer?

Blankenhorn: Es ist sehr schwer, da zu sagen, wann das gewesen ist.

Es ist ein längerer Prozeß. In diesem längeren Prozeß hat es natürlich Nuancen gegeben, die schon sehr früh an eine dauerhafte Situation gedacht und geglaubt haben. Der Bundeskanzler selbst war überzeugt, daß die Dinge sehr, sehr lange dauern würden und daß man

nichts dauert länger, als das Provisorium, und danach hat er sich auch verhalten. Dieser westdeutsche Staat, den er gebaut hat, den er mit seinen Freunden auch immer wieder organisiert und entwickelt hat, er hatte schon Zeichen der Dauer! Ich meine, das war schon kein Provisorium mehr. Nun entsprach das auch seiner ganzen inneren Einstellung. Er sagte, man darf es nicht ganz vergessen. Er fand, daß, so wie die Dinge nun einmal lagen, nach der Niederlage und nach der Katastrophe von 1945, man diesen Staat, diesen westdeutschen Staat, so gesund und so stark und so lebensfähig machen sollte, wie nur möglich und ihn so stark auch integrieren sollte, in den Westen, um auch die Sicherheit - da kommt das Problem der Sicherheit herbei - zu garantieren. Die konnte ja nur vom Westen kommen, von einem Westen, der uns traute. Man darf nicht vergessen, das Mißtrauen in der Welt war damals ungeheuer. Nach allem, was Herr Hitler sich geleistet hat, daß das deutsche Volk sich zwei Kriege geleistet hatte, war das Mißtrauen so, daß es eine lange Zeit und sehr vieler Beweise brauchte, um es wirklich zu beseitigen, und auch die Garantie des Überlebens, die wir brauchten und die wir nur unseren Verbündeten in Westen verdanken, um diese Garantie zu erhalten. Deshalb ist es ~~schon mein Gefühl~~, eine Frage zweiter Ordnung: Ist es eigentlich ein Provisorium gewesen? oder ist das ein Übergang gewesen? Oder ist es im Kopf dieser Leute ein Übergang gewesen? In unserem Köpfchen war das unser Staat. Und in unserem Köpfchen war das etwas auf sehr, sehr lange Sicht, vielleicht auf immer. Nicht wahr, wir durften nicht mit dem Gedanken spielen: wir können auch mitreden im Osten uns arrangieren zu einer Vereinigung. Das war ausgeschlossen. Deshalb ausgeschlossen, weil im selben Moment natürlich das Mißtrauen wieder aufgebrochen wäre und die Leute

anders disponiert hätten. Vielleicht über unsere Köpfe hinweg mit den Russen. Diese Gefahr ist immer da. Und sie ist auch heute noch da, wo wir der stärkste Partner Westeuropas sind. Um noch einmal zurückzukommen auf die Frage des Provisoriums: Gewiß, nach außen sagte man, das ist ein Provisorium, Grundgesetz usw. Unsere ganze Haltung war doch die, auch die Hoffnung der Flüchtlinge und all der Leute, die aus dem Osten kamen, nicht ganz

Wir konnten ihnen nicht sagen, das wird nichts, auf lange, lange Sicht. Vielleicht für immer nichts. Obwohl es nichts Definitives in der Geschichte gibt, wie wir ja wissen. Aber das konnte man nicht sagen. Deshalb hat man immer wieder die Frage der Wiedervereinigung betont und hat sich auch von den Alliierten die Zusicherung geben lassen, daß sie mitwirken bei der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Frieden und Freiheit - also nicht Gewalt! Ausschluß der Gewalt! Daß diese Zusagen in den Verträgen verankert sein mußten, um den Vertrag akzeptierbar zu machen. Für alle Parteien! Für die einen nicht mehr, als für die anderen. Aber man wußte sehr wohl, daß das Zukunftsmusik war. Der alte Herr mit seiner Idee, aus der Stärke heraus, des Westens, die Wiedervereinigung mit der Zeit zu forcieren, Gott, das klang sehr schön. Für mein Gefühl war das immer illusorisch.

Fischer: Ich möchte an die Bedeutung der Integration für den deutschen Verteidigungsbeitrag, für beide Verteidigungsbeiträge anknüpfen. Die EVG war eine sehr starke Bindung. Über diese europäische Bindung hinaus sollte eine Bindung des gesamten europäischen Kontingents an die NATO erfolgen. 1955 gab es dann diese unmittelbare Bindung an die NATO und für die Bundesrepublik selbstverständlich auch keine nationale Armee. Wie waren die Vorstellungen auf deutscher Seite? Sie sind in der Frühphase der führende Verhandlungspartner, Gesprächspartner der Alliierten gewesen, als man dann auf die EVG zu steuerte. Sie waren später der erste NATO-Botschafter. Wie hat man sich eine Lösung, um nicht zu sagen Auflösung des deutschen Verteidigungskontingents vorgestellt für den Fall, daß diese Integration einmal nicht mehr existieren sollte?

Oder ganz konkret: Wenn die europäische Verteidigungsgemeinschaft sich aufgelöst hätte - sie war ja mit Sicherheit nur ein Instrument auf Zeit - hätte die Bundesrepublik die Möglichkeit gehabt, nach 20 Jahren aus der NATO auszuschcheiden. Und bleibt dann ihr deutscher Verteidigungsbeitrag als nationales Kontingent weiter bestehen? Hat man sich mit diesen Fragen 1950 oder dann 1954/55 befaßt?

Blankenhorn: Nein! Das konnte man nicht. Das konnte man beim besten Willen nicht. Wenn so etwas publik geworden wäre, nicht wahr, dann hätte man sofort gedacht: Aha, diese Burschen benutzen diese ganze Sache nur, um ~~sich~~ aufzurüsten, und dann sind sie selbständig, und dann machen sie ihre eigene Politik. Unsere ganze Arbeit konzentrierte sich in der NATO darauf, erst einmal diese Integration so gut und wirkungsvoll zu machen, wie nur möglich. Zweitens: so erträglich wie möglich für unsere eigenen Kräfte und eigenen Leute. Und drittens: Die Beteiligung am Wirken des Bündnisses politisch und militärisch so zu stärken, daß wir wirklichen Einfluß hatten, daß unser Gebiet auch wirklich geschützt wird. Es war ja gar nicht sicher, ob unsere amerikanischen, englischen und französischen Freunde, auch wenn wir in der NATO waren, nicht sagen, ja, aber nicht hinterm Rhein!

Und deshalb unser Hauptziel, Arbeit an der Beteiligung, an der Willensbildung der Allianz. Das war unser zentrales Ausgabegebiet. Das war meine Aufgabe als NATO-Botschafter, war immer wieder, und das habe ich mit größter Energie betrieben, die Konsultation, die politische Konsultation innerhalb des Rates so stark wie möglich zu machen. Und auch die Amerikaner, die ja viele Dinge machten, ohne uns zu fragen, siehe Suez, nicht wahr, die Amerikaner immer wieder zu zwingen, uns rechtzeitig und gut zu unterrichten, auch uns zu konsultieren, unsere Meinung zu erfragen. Das war die Aufgabe auf politischem Gebiet. Auch auf militärischem Gebiet das gleiche. Die Einflußnahme unserer führenden Militärs auf die Strategie der Allianz, atomar oder nichtatomar. Beides war ein Hauptziel, d.h. die Integration allein war noch nicht genug. Die Integration war nur dann befriedigend für uns, wenn unser Einfluß entsprechend unserer Leistung

auch gewürdigt wurde und wenn wir uns wirklich an der Willensbildung beteiligen konnten.

Fischer: Rein theoretisch konnte der NATO-Vertrag nach zehn Jahren gekündigt werden. Frankreich hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Blankenhorn: Ja. Leider ja.

Fischer: 1955 war dieser relativ kurze Zeitraum von zehn Jahren zu übersehen. War auch der deutschen Seite, war dem deutschen Bündnispartner, der Bundesrepublik bei den Verhandlungen die ab Herbst 1954 liefen, die Möglichkeit eingeräumt, nach Ablauf der Kündigungsfrist aus der NATO auszuscheiden? Was wäre dann mit dem deutschen Verteidigungsbeitrag geschehen? Wäre eine nationale Armee entstanden?

Blankenhorn: Wir haben darüber nicht nachgedacht. Wir waren so froh....

Fischer: Ist dieser Gedanke gar nicht erörtert worden?

Blankenhorn: Ich muß das nochmal prüfen. Aber so viel ich mich erinnere hat man nicht daran gedacht: was geschieht nach zehn Jahren? Sind wir dann selbständig und machen dann selbständig weiter? Sondern für uns war's tatsächlich so, daß diese Integration in die wirkliche Gemeinschaft, nicht nur Bündnis, sondern die wirkliche westliche Gemeinschaft - Gemeinschaft der freien Völker des Westens war - das zentrale Thema unserer Politik. Und NATO war eben ein Weg dazu. Und dieser Weg war Gott sei Dank geglückt. Er hätte sehr leicht am französischen Widerspruch scheitern können, wie die EVG auch. Glücklicherweise waren die Franzosen über unsere direkte Mitgliedschaft in der NATO keineswegs, nicht wahr. Das hätte auch da scheitern können. Wichtig war: gelang das unter amerikanisch-englischem Druck, und die amerikanisch-englische Konzession war von ganz großer Bedeutung. Ich denke an die Stationierung der englischen Truppen

in Europa, was ja eigentlich den französischen Widerstand bewogen hat. In dem Moment, wo die Engländer, es ist ein berühmter Punkt der Sechsmächtekonferenz in London gewesen, wo also die Engländer sagten: wir bleiben, damit war eben die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik erst ermöglicht worden. Nun, das war erreicht! Dieser Akt, diese Integration in die atlantische Gemeinschaft

war erreicht. Nun sollte die ja ausgebaut werden. Sie wurde ausgebaut. Wir haben doch damals niemals daran gedacht, was geschieht eigentlich nun ja in zehn Jahren? Wir waren ja Gott froh, daß wir drin waren. Rein rechtlich. Ich will es nochmal nachprüfen, wie es bei den Vertragsverhandlungen war, ob man das ... das weiß ich nicht mehr Das kann ich nicht so sagen. Ob man an diese Sache damals gedacht hat. Aber nach unserer Auffassung war eigentlich der Vertrag ein Vertrag auf immer.

Fischer: Gut, abgesehen von der damaligen Auffassung, die die Bröderung einer Alternative, Auflösung des Vertrages, zunächst gar nicht ins Blickfeld rückte. Rein rechtlich: Was wäre geschehen, oder: was würde geschehen, wenn sich heute die NATO auflöst? Bleibt der Beitrag der Bundesrepublik als nationale Armee bestehen? Gibt es dazu irgendwelche Zusätze zum Vertrag, geheime Zusätze oder wie auch immer ... Was geschieht, wenn die NATO nicht mehr existiert, mit dem deutschen Verteidigungsbeitrag?

Blankenhorn: Das kann ich nur praktisch politisch beantworten. Das wäre eine sehr ernste Krise, eine sehr, sehr ernste Krise. Die Russen würden diese deutsche nationale Armee ganz anders betrachten als die integrierte Armee. ~~Es wäre~~ Die Auflösung der NATO und die Verselbständigung des deutschen Beitrags zu einer nationalen Armee - national kontrolliert, ist mir offen gestanden, unvorstellbar. Jedenfalls löst sie eine ganz ernste Krise in Europa aus, die sehr gefährlich ist.

Fischer: Wenn ich dieses Problem von einer anderen Seite her anzugehen versuche: Ist seinerzeit nach Ihrer Ansicht dieser bewußte Verzicht auf eine nationale Armee mit allen Konsequenzen, zum Teil sehr schwerwiegenden Konsequenzen, für Oberbefehl im Kriegsfall z.B. usw., uneingeschränkt akzeptiert worden? Oder gab es gewisse Vorbehalte? Ich nenne ein Beispiel: 1954 und 1955 ist ganz eindeutig erklärt worden, die Bundesrepublik verzichtet auf die Herstellung von ABC-Waffen auf ihrem Gebiet. 1956 dann hat Strauß schon einen Tag nach der Amtsübernahme im Oktober erklärt, diese Erklärung bleibt selbstverständlich unangetastet bestehen, aber auf

einem ganz anderen Blatt steht, daß uns atomare Waffen, z.B. aus US-Beständen, da wir ja gleichberechtigte Partner sind, zur Verfügung gestellt werden könnten. Glauben Sie, die Formulierung dieses Protokolls ist irgendwie unter dem Aspekt einer reservatio mentalis zu sehen? Ist der Verzicht uneingeschränkt akzeptiert worden von der deutschen Seite?

Blankenhorn: Der Kern des Vertrages gilt auch heute noch. Ich glaube, daß Ich meine, das ist ja eine Konzession, die Adenauer persönlich damals in London gemacht hat. Einmal mit den ABC-Waffen, aber dann kam ja die Liste mit den Beschränkungen, die ganzen U-Boote... Wir könnten gewisse U-Boote bauen und wenn man darüber hinweg gehen muß Es gibt ja eine Riesenliste von Beschränkungen, die Teile des Vertrages sind, und die Kontrolle, das spielt bis da hinein. Ich erinnere mich nicht, wie die Debatten im Bundestag waren, über die Ratifikation dieses Vertragswerks. Sicher sind da auch gewisse Bedenken erhoben worden. Aber solche Bedenken bestanden bei der Bundesregierung nicht. Die Bundesregierung wußte sehr wohl, daß wenn sie diese Teilhabe, man nannte schon Bündnisleute, Konzessionen machen mußte, und die hat sie auch, wie soll ich sagen, durch den Bundeskanzler persönlich gemacht. Das ist die Entscheidung des Bundeskanzlers persönlich gewesen. Die werden aufrechterhalten. Die sind heute noch gültig.

Fischer: 1954/55 - mit diesen Zusagen des Bundeskanzlers, verstehe ich das richtig? - sind Entscheidungen getroffen worden, die dem eingangs erwähnten provisorischen Charakter wirklich entgegenstanden? Die das Provisorium, das bis zum Abschluß der Pariser Verträge bestand, definitiver gemacht haben, so daß man vielleicht sagen könnte: das Provisorium war theoretisch offen bis zum Scheitern der EVG; mit Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO, mit einem unmittelbaren nationalen Verteidigungsbeitrag ist das Provisorium deutlich zu einem Definitivum geworden. Ist diese Interpretation richtig?

Blankenhorn: Ich würde sagen: Ja.

Fischer: So daß also bewußt akzeptiert worden ist in allen Verhandlungen, von deutscher Seite...: Alle Verhandlungspartner haben eigene nationale Armeen, Frankreich hatte sich sogar bestimmte /Einsatzmöglichkeiten in den Kolonien vorbehalten/.

Blankenhorn: Ja, Nein, also alle Delegation galt auch für die andern. Die hatten natürlich nationale Armeen, aber keine Verteidigungskräfte waren integriert.

Fischer: Keine der übrigen nationalen Armeen war vollständig integriert. Nur die deutsche Seite brachte alles ein.

Blankenhorn: Alles ein! Mit Ausnahme von nationalen, von territorialen Schutzverbänden.

Fischer: Es ist also mit dem 9. Mai 1955 eine bestimmte Entwicklung abgeschlossen worden, die die politische Organisation der äußeren Sicherheit auf eine neue Ebene hob, indem man sagte Wir haben jetzt ein Definitivum, das für uns auf mindestens zehn Jahre Bündnispartnerschaft bedeutet, wahrscheinlich aber für länger. Denn wie Sie sagen: für uns ist die Dauer gar keine Frage gewesen.

Blankenhorn: Wir haben an eine Frist gar nicht gedacht. Das sage ich noch einmal ganz klar. Bei unseren ganzen Besprechungen, von Anfang an, haben wir an eine Befristung des Bündnisses nicht gedacht. Im Gegenteil, es wäre für uns höchst besorgniserregend gewesen, wenn die andern unseren Beitrag oder überhaupt die Integration befristet hätten.

Fischer: Dazu ergeben sich zwei Parallelüberlegungen. Eine interne zuvor. Der langjährige Planungschef im Amt Blank, v. Bonin, der 1954/55 ausgeschieden ist, hatte ein Konzept eines grenzgebundenen Sperriegels entwickelt, ähnlich auch Admiral Hays das Konzept einer in engen Grenzen gehaltenen Küstenverteidigung. Glauben Sie, daß bei der Ablehnung solcher Vorstellung auch der Gedanke eine Rolle gespielt hat, daß die Alliierten in solchen Konzepten denkbare Vorbehalte mit dem späteren Ziel gesehen haben könnten, sich ~~derart~~ den vollen Verpflichtungen des Bündnisses entziehen zu können?

Blankenhorn: Ich vermag nicht zu sehen, was damals die Gründe waren, die die Bundesregierung veranlaßt haben, diese Sache nicht, wie

soll ich sagen, zu verfolgen. Aber man sollte unter keinen Umständen die Alliierten und aus irgendwelchen Verpflichtungen entlasten, wenn man selbst, wie soll ich sagen, nun nationale Anstrengungen

Fischer: Daß also das Moment der deutschen Bündnistreue doch eine erhebliche Rolle gespielt haben könnte?

Blankenhorn: Ganz offen: Immer wieder die Verlässlichkeit Deutschlands! Die ja so umstritten war. Und deshalb auch die korrekteste Erfüllung der Verpflichtung des Bündnisses. Z.B. in der nicht wahr, die ja jedes Jahr erfolgt und in der wir ja auch gelegentlich im Rückstand waren und uns dann sehr bemüht haben diese Rückstände schnellstens wieder aufzuholen. Wir wollten erst mal wirklich als verlässlicher Partner gelten, um auch dann Forderungen erheben zu können, an der Beteiligung der Gestaltung des Bündnisses.

Fischer: Es ist sehr interessant, daß Oberst von Bonin besondere Fürsprecher für seine Vorstellungen und Pläne im Gesamtdeutschen Ministerium gefunden hat: Mit dem Stichwort 'Gesamtdeutsches Ministerium' kommt automatisch das Stichwort "Wiedervereinigung" in die Diskussion. Könnte es also sein, daß diese sehr starke Identifizierung der Boninischen Pläne mit dem Komplex Wiedervereinigung und im besonderen Vorbehalte der westlichen Alliierten gegen solche Vorstellungen....

Blankenhorn: Ist durchaus denkbar. Würde ich zustimmen.

Fischer: Das war der eine Komplex. Der andere Komplex ist die Tatsache, daß die Bundesrepublik ja nicht unmittelbar NATO-Partner geworden ist, sondern über die Westeuropäische Union, den erweiterten Brüsseler Pakt. Man hat also, als die EVG gescheitert war, im September 1954, zunächst den Weg - ich weiß nicht, ob das Wort "Hilfskonstruktion" richtig ist - über die WEU gewählt. Man hätte doch auch sagen können: Gut, ihr kommt unmittelbar in die NATO! Weshalb hat man, Ihrer Ansicht nach, den Weg über die West-Europäische Union gewählt? Um einer noch schärferen Bindung der Bundesrepublik willen? Oder welche Gründe mögen dafür maßgebend gewesen sein?

Blankenhorn: Um einer schärferen Bindung der Bundesrepublik willen, ja, vor allem einer schärferen Kontrolle... Die ganzen Kontrollmaßnahmen lagen ja in der Westeuropäischen Union.... Der Stärkung dieser neuen deutschen militärischen Kraft, die Kontrollen lagen in der Westeuropäischen Union.

Fischer: Man hat also die alliierte Politik in Europa und vor allem auch immer die Sicherheitspolitik zugleich als eine Politik zum Schutz vor Deutschland zu sehen?

Blankenhorn: Ja! Die Bundesregierung hat ja ihre Entstehung in dem Dünkirchenvertrag, diese antideutsche..... (hier fehlen etwa 2 Zeilen)...

Fischer: Man hatte also zwei Sicherheitsmöglichkeiten: die mittelbare Sicherung durch die WEU und die unmittelbare Sicherung durch das Alliierte Rüstungsamt.

Blankenhorn: Ja, ja.

Fischer: Wenn man sich das alles vor Augen hält, dann könnte man doch zu dem Schluß kommen, daß dieses sehr starke Einbinden der Bundesrepublik natürlich sowohl im innerwestlichen Bereich Zugeständnis an bestimmte Partner gewesen ist, aber, ist es vielleicht auch gegenüber der östlichen Seite eine gewisse Geste gewesen? Daß man gesagt hat, bitte sehr, die Bundesrepublik ist durch das Sicherheitsbündnis eindeutig gebunden, weil sie der einzige Partner ist, der das gesamte Kontingent einzubringen und praktisch gar keine Möglichkeit hat, irgendwie einmal zu einer nationalen Armee zu kommen...

Blankenhorn: Sie kann allein gar nicht dazu kommen. Alleingang, operativer Art, politischer Art, daß man sagen kann, diese nationalen Kräfte von 500 000 Mann marschieren plötzlich gen Osten, oder so was. Und ich meine: nach beiden Seiten ist diese Garantie damals wichtig gewesen. Nicht nur für die Russen war sie, im Blick des Westens, im Blick der Franzosen, war das ihre Sicherheitsgarantie, daß diese Deutschen ... Man darf aber nicht vergessen, Westeuropäische Union ist auch eine Art von Sicherung der Franzosen. Wie man das auch interpretiert hat, gegenüber der Sicherung des Ostens. Nach beiden Richtungen. Wobei unser Interesse nun noch ein besonderes war in der Europäischen Union, was auch heute noch existiert, wo die Kontrollen

sehr viel laxer und sehr viel lockerer geworden sind. Das ist eben die automatische Klausel des Vertrages. Wie weit die weiter geht als die Klausel des NATO-Vertrages.....

Deshalb sind wir sehr interessiert, daß diese Klausel (?) nicht beiseitegeschoben wird.

Fischer: Dazu eine letzte Frage: Glauben Sie, daß bei einer Auflösung oder bei einer Lockerung der NATO die Bindung der Westeuropäischen Union davon nicht betroffen sein würde?

Blankenhorn:

die.....der NATO ansehen, an der ja Frankreich nicht mitwirkt. Wobei es ein NATO-Instrument ist, letzten Endes. Wenn es also zu dem Schluß käme, daß die Amerikaner eines Tages sich zurückziehen, also ... Isolierung und nicht mehr mitmachen würden, was ich ja, Gott sei Dank, nicht befürchte, dann bliebe dieser Vertrag, der dann auch für alle Partner der Westeuropäischen Union erhöhte Bedeutung gewinnen könnte. Dann würde eben das die Grundlage einer europäischen 'integrierten' Verteidigung werden.

Fischer: 1954/55 ist die Westeuropäische Union ganz deutlich hinter der NATO zurückgetreten. Sie ist kaum in das Blickfeld der Öffentlichkeit gekommen. Hat aber bei den verschiedenen Verhandlungen diese eminente Bedeutung der Westeuropäischen Union für dieses Atlantische Bündnis eine bestimmte Rolle in den Überlegungen der Verhandlungspartner gespielt?

Blankenhorn: Die Westeuropäische Union war, schien Ansätze und Anläufer für ein Vereinigtes Europa. Auf der einen Seite haben wir den Schumann-Plan damals schon gehabt und die Versuche des , die Europäische Politische Union funktionierte nicht, blieb also dieser Vertrag, den man ja dann ausgebaut hat, nicht nur militärisch, sondern auch auf sozialpolitischem Gebiet. Es gibt Bestimmungen (?), die eingefügt wurden einer, wie soll ich sagen, einer gemeinsamen sozialen Politik, sozialpolitischer Ordnung und ähnliches. Man hat sich da geklammert an einen Vertrag, der vielen die Möglichkeit zu geben schien, daraus später einmal eine Europäische Politische Union zu bilden.

Fischer: Der Plevén-Plan, Oktober 1950, wird vielfach auch unter dem Aspekt interpretiert, es sei der französische Versuch gewesen, einen deutschen Verteidigungsbeitrag möglichst weit hinauszuschieben, nachdem er zu diesem Zeitpunkt praktisch auf Grund des Drängens der Amerikaner, nicht mehr zu verhindern war. Als 1954 die englische Regierung die Initiative ergriff und nach dem Scheitern der EVG nun die Erweiterung des Brüsseler Paktes zur Westeuropäischen Union zustande zu bringen suchte, brachte Frankreich die Idee des Rüstungspools ins Gespräch, der dann im Frühjahr 1955 gescheitert ist. Glauben Sie, daß man die Idee des Europäischen Rüstungspools ebenfalls ähnlich interpretieren kann, wie den Plevén-Plan, indem man sagt, er sei ein erneuter Versuch Frankreichs gewesen, diesen Vorschlag Edens über die Westeuropäische Union zur militärischen Integration möglichst weit hinaus zu schieben?

Blankenhorn: Ich möchte nicht so weit gehen, ich möchte nur glauben, daß sowohl Plevén, als auch Mendès France alles versucht haben, um ~~also~~ die Kontrolle der deutschen Aufrüstung in Händen zu behalten. Der Rüstungspool war auch ein Element der Kontrolle und der Begrenzung, wie das Rüstungsamt, wie all' diese verschiedenen Dinge, die wir dann immer wieder aufkommen sehen in verschiedenen Verträgen. Die Franzosen waren besessen von der Furcht, die deutschen Aufrüstungsanstrengungen könnten so weit gehen, daß Frankreich überflügelt, überrannt würde und daß damit Das Mißtrauen war unglaublich. Und alles war darauf abgestellt, diesen „Titan“, den nun einmal dieses gewaltige Industriepotential hatte, diesen Titan zu binden, nicht zu fesseln, aber zu binden. Und wir haben darauf eingehen müssen, weil wir ja, was waren wir schon?, wir waren ein Paria der menschlichen Gesellschaft durch Adolf Hitler geworden. Wir mußten, wir mußten diesen Weg gehen. Wir mußten einmal das Vertrauen.... Wir hatten ja das Vertrauen ja gar nicht. Aber Vertrauen durch wen? Vertrauen durch unsere konkrete, praktische, loyale Miterbeit im Bündnis! Wor wir ja heute die Stützung Amerikas haben, wo die Amerikaner so, wie soll ich sagen, so unsicher geworden sind in ihrer Weltpolitik,

ob sie überhaupt nach draußen noch irgendwelche Verpflichtungen übernehmen, wenn sie überhaupt noch ein Gefühl haben, daß es in Europa Leute gibt, auf die sie sich verlassen können, so ist es eben in Deutschland. Niemand anders.

Fischer:

De Gaulle hat 1965, als das endgültige Ausscheiden Frankreichs aus dem militärischen integrierten System in der NATO vollzogen wurde, als Ersatzlösung vorgeschlagen: ein globales Sicherheits-System, unter Einschluß der USA und Kanadas, und ein europäisches System, das vielleicht der Eurogroup bzw. der Westeuropäischen Union ähnlich gewesen wäre, aber ohne Einschluß der Nuklearkräfte Frankreichs.

Blankenhorn:

Ja.

Fischer:

Glauben Sie, daß diese Vorschläge Frankreichs von 1950 an über 1954/55 bis hin zu de Gaulles Vorschlägen von 1958 bzw. 1965/66 auch unter dem Aspekt zu sehen sind, daß Frankreich sich noch nicht damit abgefunden hatte, nicht mehr die führende Kontinentalmacht zu sein? Daß über solche Lösungsmöglichkeiten, wie sie immer wieder von Frankreich ins Gespräch gebracht worden sind - eindeutig wäre z.B. in der EVG nach der französischen Vorstellung Frankreich selbst die führende Macht gewesen; der Rüstungspool 1954/55 hätte den Amerikanern zwar ein gutes Maß an zentralen Kontrollmöglichkeiten auf dem Kontinent nicht nur über Deutschland gegeben, aber er hätte wahrscheinlich Frankreich, möglicherweise einem Frankreich in vertraglicher Verbindung, oder zumindest in gutem Verhältnis zur Sowjetunion, ebenfalls eine führende Rolle auf dem Kontinent gesichert - glauben Sie also, daß alle diese Vorschläge Frankreichs auch oder sogar wesentlich unter diesem Aspekt zu sehen sind: Frankreich strebt seine alte führende Rolle auf dem Kontinent an?

Blankenhorn:

Ja. Kein Zweifel. Die ganze französische Politik, die de Gaulle verfolgt hatte, ging, vor allen Dingen unter de Gaulle, darauf aus, die führende Rolle in Europa einzunehmen, und zwar obwohl auf dem Gebiet der Verteidigung als auch auf dem Gebiet der Politik. Die politische Auseinandersetzung führte er so, daß er ein enges Verhältnis zum Ostblock hatte, und auch ausgebaut hat und gleichzeitig auch

in Europa den amerikanischen Einfluß nach Möglichkeit ausschalten wollte, daß es soweit ging, daß er ihn ganz ausschalten wollte. Wobei er etwas zögerte, weil es nachher um die atomare Frage ging, und deshalb auch die atomare Rüstung, die ja auch ein Element der hegemonialen Position Frankreichs sein sollte. Die atomare Waffe ist ja, wie soll ich sagen, ein Druckmittel erster Ordnung, auch gegenüber dem Titan Deutschland, nicht wahr. Aber wie gesagt das ist die Hegemonialpolitik, die Frankreich in dieser ganzen Zeit erstrebt hat, und die es heute nicht mehr erstrebt. Giscard d'Estaing ist ein viel vernünftigerer Mann, viel weniger von der Grandeur beeinflusster Mann, er hat auch nicht diesen Riesenanspruch der Führungsmacht, gar nicht, nicht wahr. Er will die Kooperation und die enge Anlehnung an Deutschland und umgekehrt, das will er und das sieht er auch als gesetztes Ziel. Insofern hat sich die französische Politik etwas gewendet. Heute fördert sie auch den Beitritt Großbritanniens, was ja de Gaulle auch unter dem Gesichtspunkt der Hegemonialführung abgelehnt hat. Sie hat auch ein positives Verhältnis zu den Vereinigten Staaten, nicht wahr, man kann nicht sagen, daß das Verhältnis sich verschlechtert hätte. Giscard d'Estaing sucht auch da eine starke Kooperation herzustellen. Wobei er die Russen nicht ausschließt. Gar nicht. Aber doch nicht denselben Akzent den Russen gibt, wie das de Gaulle getan hat. Also ich glaube, daß man sagen kann, daß die französische Politik von vornherein eigentlich sehr widerwillig die Integration in der NATO mitgemacht hat, das war ihr nie, nie sehr angenehm, sie wollte selbständig bleiben.

Sie sollte es umsomehr, als im September 1955 der Versuch

de Gaulles zur Weltmacht aufzusteigen, indem er das Direktorium der Drei vorschlug, gescheitert war. Und zwar gescheitert war im wesentlichen an den europäischen Partnern, die sich das nicht gefallen lassen wollten, Belgier, Holländer, auch wir haben alle geschrien.

Fischer: Hatte er das schon ^{einmal} 1955 vorgeschlagen?

Blankenhorn: Verzeihen Sie, ich habe einen Fehler gemacht, 1958! Er konnte ^{es} ja 1955 nicht gemacht haben, da war er ja gar nicht da. Ich habe mich geirrt, 1958, nicht wahr, 1958, September, soweit ich mich erinnere, hat er dieses Memorandum aufgebracht, wonach also ein Dreier-Direktorium (Amerika, England Frankreich) auf atomarem Gebiet, aber auch sonst die eigentlichen Geschicke der Allianz führen sollte. Und da war die Reaktion von Spaak und von uns allen, absolut negativ. Und diese Enttäuschung, nicht wahr, die ihm von der NATO ~~xxx~~ beigebracht wurde, aber auch sonst, die hat ihn dann veranlaßt, aus der NATO auszuscheiden. Das ist einer der wesentlichen psychologischen Grundsätze, das hat der Stolz dieses Mannes nie ertragen, was eine solche Idee, die aber dann also Frankreich hervorgehoben hätte und uns allen ein ... Daß das gescheitert war, das hat ihn dann letzten Endes veranlaßt, aus der NATO auszuscheiden und sein Verhältnis zur NATO anders zu gestalten. Er hat dann immer wieder, ~~xxx~~ wie soll ich sagen, auch mir zu verstehen gegeben, bei Gesprächen, daß dieses Deutschland und Frankreich natürlich sehr eng zusammengehörten, daß Deutschland für Frankreich vor allen Dingen militärisch ein sehr wichtiges Glacis sei, die Nordgrenze Frankreichs sei ganz erheblich geschützt durch die ~~der~~ Bundesrepublik, und daß auf der anderen Seite die Wiedervereinigung zweifellos ein gutes Recht der Deutschen sei, das er unterstütze, daß darüber hinaus eine Veränderung etwa der Grenzfragen unter keinen Umständen möglich sein würde, also die Grenzen von 1937, und daß Frankreich ein ganz erhebliches Interesse an Polen habe und daß es das fördere, also die deutsch-polnischen Beziehungen gut und friedlich sein würden, denn Polen sei

für Frankreich nun mal ein absolutes Essential in seiner Politik. Da sehen Sie die ganze Hegemonialpolitik. Die Deutschen geteilt, man kann nichts machen, sehr unglücklich an sich haben sie ein Recht, wir erkennen das Recht an, aber auch mehr nicht. Die Bundesrepublik gleichsam gezwungen sich an Frankreich, an einen Staat Frankreich mit einem großen Hinterland, leer von Menschen usw., anzulehnen, gleichsam das als Schutz auch Frankreichs gegenüber dem östlichen und möglichst Ausschaltung des angelsächsischen Einflusses. Also er hat weder die Engländer gern auf dem Kontinent gehabt, noch den Amerikaner, und ich glaube, daß seine ganze Politik auch zu erklären ist, die ganze antienglische Politik, den Beitritt Englands zu Europa daraus zu erklären ist.

Fischer: Trotz dieser offensichtlichen Bemühungen, die führende KontinentalMacht zu werden, hat - besonders in der Phase von 1952 bis zum Scheitern der EVG, also nach Abschluß der Verträge, in der Zeit des Interimsausschusses - Frankreich immer wieder ein stärkeres Engagement Englands in der EVG gefordert.
Blankenhorn: Ja! Und 1953, oder ich glaube dann vor allem 1954, nach dem praktischen Scheitern der Viermächtekonferenz Ende Januar/Februar, ist England diesen Forderungen Frankreichs durch bestimmte Zusagen auch entgegengekommen. Ich habe bis heute keine befriedigende Erklärung dafür gefunden: auf der einen Seite - Sie sagten es eben auch - lieben die Franzosen weder die Amerikaner noch die Engländer auf dem Kontinent, auf der andern Seite fordern sie gerade um dieses Vertrages willen das stärkere Engagement der Engländer. Wie, glauben Sie, ist dies zu vereinbaren?

Blankenhorn: Ich glaube, entscheidende Grundfrage war für de Gaulle, daß er sich sagte, wenn die Engländer Mitglied der Europäischen Gemeinschaft werden, wächst das deutsche Gewicht so stark, daß ich mich demgegenüber nicht mehr halten kann, politisch, wirtschaftlich, denn zwischen England und Deutschland ist eine solche Affinität, daß daraus dann eine Verschlechterung der Balance, des Gleichgewichts in Europa

entsteht. de Gaulle wollte den angelsächsischen Einfluß, sei es durch England, sei es durch Amerika, ausschalten. Er hat das Gefühl, da die Deutschen nunmal mit den Angelsachsen so eng zusammengehen, unser Verhältnis zu Amerika ist ja ungleich sehr viel enger gewesen als das mit Frankreich, unser Verhältnis zu England ist letzten Endes auch lange Zeit sehr viel intensiver gewesen, wenn Sie so wollen, wirtschaftlich. Und er fürchtete, daß die Truppen da waren, na gut, da hatte er nichts dagegen. Ich meine, in einem Kriegsfall wäre England natürlich der erwünschte Bundesgenosse, nicht mehr. Nicht, daß es auf dem Kontinent nun mit seiner Industrie und mit allem, was das bedeutet, das Gewicht verändert hätte; das französische Gewicht verschlechtert hätte.

Fischer: Ich bin unsicher, ob es eine reine Frage des militärischen Engagements ist - auf der andern Seite steht ja immer wieder das Heraushalten Englands aus den europäischen Gemeinschaften. Glauben Sie, daß man in Erinnerung an die Zusammenarbeit im Ersten Weltkrieg bzw. an Churchills Angebot im Jahre 1946 vielleicht sagen könnte; Frankreich akzeptiert den Beitrag Englands im sogenannten Ernstfall, also zu einem militärischen Bündnis, aber Frankreich akzeptiert nicht die enge Bindung Englands an ein politisches Bündnis, wo über den militärischen Sektor hinaus englische Einflüsse sich zwangsläufig auf die anderen politischen Bereiche auswirken müßten. Könnte man also hier sehr stark zwischen militärischer, politischer und wirtschaftlicher Bindung unterscheiden?

Blankenhorn: Ja, nun, nicht wahr, das eine war natürlich sehr viel dünner, als das andere. Nicht wahr, mit England war man ja verbunden, Paris durch die Westeuropäische Union und so, es war ja ... Das Bündnis lag ja vor und diese paar englischen Brigaden und so, na ja, gut, die waren, Gottseidank, da war eine gewisse Garantie, die eine Beruhigung auch der Deutschen und so, und das hat man eher bagatellisiert, das war nicht der wirkliche ... Aber ganz anders sieht es natürlich aus. Denn wenn in einer supernationalen

Gemeinschaft, was die EWG doch ursprünglich werden sollte, ihm plötzlich englische, im europäischen Parlament eine englische starke Gruppe tätig ist, so die Kommission in Brüssel zusammengesetzt ist aus Hunderten von Engländern und plötzlich sind sie nicht mehr die Franzosen, die dort schon ... wo sie einmal waren, so - nun ist es eine deutsch-englische Kombination. Und die Deutschen und die Engländer sind ja gern bereit, dann gelegentlich zusammenzugehen. Es ist eine Machtverschiebung, die dem ... Heute ist es anders. Heute sieht man, vor allen Dingen bei der, sieht man die Sachen nicht mehr so tragisch an, aber z.Zt. de Gaulles - de Gaulle hat alles gemacht, um diesen englischen Beitritt zu verhindern. Mit allem Möglichen: sie seien nicht europäisch, sie seien insular und sie hätten ganz andere Interessen, und ich weiß nicht, was alles, und auch wirtschaftlich ging es ganz und gar nicht zusammen. Er hat alles versucht, die draußen zu halten. Weil er fürchtete, daß seine eigene Position dadurch eine andere würde - da muß man sich vorsichtig ausdrücken - vielleicht sogar geschwächt wird.

Fischer: Wenn ich jetzt zurückginge in die Jahre 1947/48, Dünkirchen und Brüssel: Dünkirchen wird deutlich gegen Deutschland akzentuiert, Brüssel schon weniger. Frankreich stimmt zu, daß die Paktstaaten gegen Ende des Jahres 1948 anfangen, eine militärische Organisation zu schaffen, daß der britische Feldmarschall Montgomery den Vorsitz dieses Gremiums, den im Bündnis vereinigten Staatsschefs übernimmt. In dieser Phase vor Abschluß des NATO-Vertrages und insbesondere vor Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO akzeptiert Frankreich also offensichtlich ein starkes politisches Engagement Englands in diesem Bündnis. Wenn man die Erklärungen von Hays und von Robertson berücksichtigt; bevor wir auch Deutschen helfen können, müssen wir erst Frankreich wieder stark machen - kann man das "Nachgeben" Frankreichs, oder das Zubilligen des starken Engagements Englands auf dem Kontinent im Rahmen des Brüsseler Paktes in diesen Jahren dann wesentlich damit

erklären, daß Frankreich zu dieser Zeit eben tatsächlich noch sehr schwach war?

Blankenhorn: Durchaus! Unendlich schwach. Rüstungsmäßig einfach nicht vorhanden, militärisch desorganisiert, wirtschaftlich chaotisch. Damals war Frankreich in einer ganz schweren Situation und brauchte diesen Rückhalt und wollte auch dieses englische Bündnis, diese englische ^{in die West-}europäische Union, oder einfach, um damit seine Sicherheit zu garantieren, und zwar an unsere Adresse, weil sie nicht wußten, was bei uns geschieht. Man war sich so, wie soll ^{ich} ~~ich~~ sagen, unsicher dieser Deutschen ^{gegenüber}, nicht wahr, man konnte sich vorstellen, daß unter Umständen diese Deutschen mit den Russen zusammen gegen den Westen marschieren. Oder ähnliches, Komisches. Die Sorge vor dem geschlagenen Titan war dabei enorm. Dieses Bündnis sollte ja auch für lange, lange Sicht gelten, Dünkirchener Vertrag und alles das war enorm. Es soll nicht nur für zwei drei Jahre, sondern, ich weiß nicht, für wie lange es hatte gelten sollten, aber das war auf lange Sicht. Wurde abgelöst von der Westeuropäischen Union. Und Frankreich lehnte sich damals sehr stark an England an und wollte natürlich lernen aus der Geschichte: nun keine unverbindlichen Abreden mehr, wie 1940, wo ja nichts bestand, als ein paar Briefchen, die ja nichts bedeuteten. So wurde ein Vertrag. Vertrag ^{auch} als ~~gegen Deutschland...~~ eine Warnung Großbritanniens, damals noch immerhin das Commonwelth, war damals noch bedeutend, Indien war noch nicht frei, und wir sind verbündet und das ist schriftlich fixiert ratifiziert usw. Man wollte aus der Geschichte lernen und die unverbindlichen Abreden durch einen verbindlichen Vertrag ersetzen.

Fischer: Wenn ich jetzt etwas überspitzt formuliere, Herr Botschafter, dann könnte man also sagen: die NATO ist auch deswegen zustandegekommen, weil Frankreich damals noch ~~sehr~~ so schwach war.

Blankenhorn: Ja! Das kann man so ~~sehr~~ sagen. Kein Zweifel. Und weil man

den amerikanischen Schutzschild brauchte. Man sah durchaus, daß Europa, so wie es damals war, zu schwach war, um auch nur annähernd eine russische Invasion, die ja möglich gewesen wäre - Prag, Berlin, wenn Sie wollen - aufzuhalten. Die Bedrohung war ungeheuer. Man war sich auch klar, daß der britisch-französische Vertrag nicht ausreichen würde. Daher hochwillkommen, also nach Prag, daß man dann sagte, nun wir, ich meine: das Atlantische Bündnis mit der amerikanischen Speerspitze, es muß her. Denn wie sollen wir denn, und wer lieferte denn überhaupt Waffen? Waffen konnten nur die Amerikaner liefern. Die hatten genug. Die produzierten. Die hatten atomare Waffen, die also, wie soll ich sagen, damals noch genügend Drohung waren, weil die Russen sie noch nicht ganz fertig hatten. Ich weiß nicht, wann die Russen sie fertig hatten, ich meine es ist 1950 gewesen. Nicht vorher. Also der Vertrag liegt ja früher, 1949 ist der NATO-Vertrag. Also die russischen Armeen standen an der Elbe, die russischen Armeen hätten mit einem kleinen Ansturm Berlin geschlägt, die russischen Armeen wären auch weiter marschiert, wenn Stalin es gewollt hätte. Und die Bedrohung war so gewaltig, ich meine, daß sie gesagt haben, um Gottes willen, jetzt müssen die Amerikaner her, und die Amerikaner sahen selbst die Bedrohung. Vor dem NATO-Vertrag war die Bedrohung, die Trumann-Doktrin liegt ja früher, nicht wahr, so viel ^{ich weiß} ~~früher~~, liegt die Truman-Doktrin vor dem NATO-Vertrag...

Fischer: Ja, 1947. .

Blankenhorn: 1947, wo er sagte: Hier Halt! Überfall! In Persien waren die Russen vormarschiert und man hatte das Gefühl, sie überrennen uns. Die ganze Welt des Westens hatte das Gefühl, wir müssen ... und daraus entstand die NATO.

Fischer: Mich hat auch die Sicherheitsgarantie der drei Westmächte auf der New Yorker Außenministerkonferenz, September 1950, im Hinblick auf die Vorüberlegungen, wie ich sie jetzt in meinen Fragen formuliert hatte, besonders beschäftigt. Andernauer hatte diese Erklärung immer wieder gefordert,

davon ausgehend, daß die Besatzungsmächte auch für die Sicherheit der Bundesrepublik die Verantwortung mit zu übernehmen hätten. Erstmals ist die klare Erklärung schon kurz nach Korea abgegeben worden, indem die Hohen Kommissare sagten: wir betrachten das Wohl und Wehe der Bundesrepublik und Berlins wie unser eigenes.

Blankenhorn: Ja. Ja.

Fischer: Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist dann doch die, daß sich die deutsche Seite - und das ist auch meine Frage an Sie - der damaligen Schwäche Frankreichs sicher bewußt war? Und vor dem Hintergrund der Fakten könnte doch diese Sicherheitsgarantie wahrscheinlich nur so interpretiert werden, daß man sagte: die einzigen, die in der Lage sind, eine solche Garantie zu realisieren, sind die USA. An der guten Absicht Englands ist nicht zu zweifeln. England hatte im Laufe der letzten 50 Jahre eindrucksvolle und handfeste Beweise geliefert für das Einhalten seiner Bündnisverpflichtungen. Aber Frankreich - ist es tatsächlich in der Lage, die Garantie in die Tat umzusetzen? Sucht es nicht, zu dieser Zeit zumindest, also im September 1950, selbst noch Schutz, bedarf es nicht selbst der Hilfe und der Unterstützung? Können Sie sich erinnern, ob derartige Überlegungen in Gesprächen mit Adenauer und mit anderen Diplomaten eine Rolle gespielt haben, daß man sich kritisch mit dieser Sicherheitsgarantie im September 1950 auseinandergesetzt hatte?

Blankenhorn: Nun ja, wir haben diese Frage der Sicherheit und der Garantie immer wieder erörtert und sie hat natürlich Leben oder Substanz gehabt durch die amerikanische Unterschrift. Das ganze hatte für die Amerikaner ein ... gewesen, es war durchaus Auf der andern Seite aber war es möglich vom ersten Moment an, daß an der Sicherheitsgarantie sowohl England wie Frankreich mitwirkten, und im Falle eines Konfliktes wären sie die militärischen Aufmarschgebiete und Nachschubgebiete und die Flugzeugträger gewesen. Nicht wahr, man kann die Sicherheitsgarantie.... damals für die Vereinigten Staaten wäre sehr wenig gewesen, die haben ja

damals diese großen Überschallflugzeuge noch nicht gehabt und es diese dazu noch nicht gab, und daß man eben doch sagte, ohne England, den Flugzeugträger, und ohne Frankreich das große Nachschubgebiet, wäre ja nun diese ganze Sicherheitsgarantie nichts. Insofern war schon die Teilnahme Englands und Frankreich an dieser Sicherheitsgarantie unerlässlich. Abgesehen davon war der zweite Gesichtspunkt, daß wir nun wirklich einen Verteidigungsbeitrag leisten wollten, eben von vornherein England und Frankreich dabei haben mußten bei einer solchen Sicherheitsgarantie. Ein amerikanisch-deutsches Bündnis, das wäre einfach unerträglich gewesen für unsere Partner.

Fischer: Das wäre genau die Antwort auf meine Frage! Aus der Rückschau, 30 Jahre später, oder 20 Jahre später, bietet sich dann eventuell die Überlegung an, daß sich die Deutschen gesagt haben könnten, im Grunde genommen sei die Sicherheitsgarantie eine Sache der Amerikaner. Gäbe es also nicht irgend eine Möglichkeit einer besonders engen Verbindung zwischen Washington und Bonn?

Blankenhorn: Uns lag ja daran, daß Westeuropa ..., und wir verschanzten uns ja in Westeuropa und wir gehörten ja auch zu Westeuropa. Wer ernährte denn dieses Westeuropa? Die Franzosen damals in ihrer Resignation: gar nicht! England, auch nicht. Die Häfen der französischen Küste waren für jede Verteidigungsbemühung entscheidend. Deshalb mußte in dieses Sicherheitssystem Frankreich, aber auch England wegen der Luftstützpunkte eingegliedert sein. Nun deshalb hatte eine Sicherheitsgarantie der Vereinigten Staaten allein das Recht, das Recht ... Hätten die Amerikaner wahrscheinlich auch nicht gern gemacht, denn sie wollten doch kein deutsch-amerikanisches Bündnis.

Fischer: Wollten sie das nicht?

Blankenhorn: Ich habe das nicht schriftlich, aber ich kann Ihnen versichern, daß die Amerikaner, wie soll ich sagen, ein reinbündnis mit der Bundesrepublik ..., was war denn die Bundesrepublik? Wie konnte man daran denken, ein Bündnis... War es vielleicht nicht sogar eine Provokation der Russen?

Fischer : Nein, ich meine nicht ein besonderes Bündnis der USA mit der Bundesrepublik, sondern vielleicht eine Art, wie es auch mit London special relations gab?

Blankenhorn: Nun, eine gewisse special relationship war ja vorhanden. Vergessen Sie nicht die beiden, aber ich meine das enge Verhältnis Adenauer zu Forster Dulles, was ja damals Jahre hindurch die Politik beider Länder bestimmt hatte, ^{das} war ja eine special relationship und daß wir in die NATO kamen, war ja mehr oder weniger auch mit dem Verdienst von Forster Dulles. Es gab eine, wenn Sie so wollen, es hat keinen Zweck es zu sagen, special relationship ist ja was anderes; special relationship besteht auf Tradition: aber eine besondere, besonders enge politische, wirtschaftliche Beziehung bestand, die bestand! Man mag ruhig sagen, seit dem Entstehen der Bundesrepublik. Die Bundesrepublik ~~e~~ ist ohne die Rückendeckung Amerikas gar nicht vorstellbar. Und auch letzten Endes die europäische Idee, von Schumann entwickelt wäre gescheitert, wenn die Amerikaner sich nicht so sehr dafür eingesetzt ~~hätten~~ hätten überall. Die Amerikaner haben sie sehr gestützt damals. Heute sind sie etwas anders eingestellt. Damals haben sie sie aber sehr gestützt. Forster Dulles war begeistert von dieser Idee. Die Reaktion der Amerikaner war damals sehr positiv. Nein, ich meine diese special relations, das Wort darf man ruhig benutzen, die bestand und die Amerikaner durch ihre Position in Frankfurt die ja die entscheidende war in der Bundesrepublik; Frankfurt war ja ein amerikanisches Zentrum, da war unser Wirtschaftsrat, da war die enge Verbindung zwischen den Parteien und den amerikanischen ^{zentralen} Militärbehörden. Die waren schon da, nicht wahr, und Berlin ist ja ohne Clay gar nicht vorstellbar. Es gab ja nichts. Und die Luftbrücke, wer hat sie denn gemacht? Doch nicht die Engländer und die Franzosen hatten ja gar keine Flugzeuge. Nur die Amerikaner haben diese, ich weiß nicht, Tausende von Flugzeugen rübergeschickt, um die Ernährung und die Versorgung der Stadt aufrechtzuerhalten. Ich meine, es bestand ja merkwürdiger-

weise sehr schnell eine Affinität zwischen diesen beiden Völkern, die stärker war als die deutsch-französische Freundschaft heute.

Fischer: Zeichnen sich diese besonderen Beziehungen nicht auch an bestimmten Merkmalen ganz deutlich ab? In der Frühphase sind es vor allen Dingen die Amerikaner, die den Beitrag der Bundesrepublik zur westeuropäischen Verteidigung fordern - Frankreich mußte mehr oder weniger dazu gezwungen werden - und bis hin zur Einbeziehung in die NATO sind es immer wieder die Amerikaner, die das fordern. Auch ein Jahrzehnt später sind es wieder die Bundesrepublik und die Amerikaner, die dieses besondere Gebilde einer multilateralen Atomflotte, und zwar wohl wesentlich aus politischen, und nicht aus militärischen Gründen auf die Beine zu bringen versuchen. Die anderen Staaten, vor allem Frankreich, zeigten sich überhaupt nicht daran interessiert, Blankenhorn: England auch nicht. England brachte dann die ANF ins Gespräch, und so gibt es noch eine ganze Reihe von Beispielen, die diese besonders enge Bindung markieren. An bestimmten Punkten der Entwicklung gibt es Einschnitte, z. B. 1957 nach Bekanntwerden des Radford-Planes. Dann gibt es die harten Auseinandersetzungen zu Beginn der 60er Jahre. Ist dann der deutsch-französische Vertrag vielleicht auch ein Ausfluß sich über mehrere Jahre hinziehender Auseinandersetzungen Bonn-Washington?

Blankenhorn: Ich glaube, das geht zu weit. Ich weiß, daß es eine Zeit gegeben hat, vor allen Dingen nach dem Tod von Forster Dulles und in der Periode von Kennedy und Johnson, wo der Bundeskanzler sehr enttäuscht war über die amerikanische Politik und wo er also auch Bedenken hatte, ob der Verlässlichkeit der amerikanischen Politik hinsichtlich Sowjetrußland, die er auch sehr stark an die englische Adresse hat, Macmillans Reise nach Moskau hat ihn zutiefst besorgt gemacht. Das deutsch-französische Bündnis, der deutsch-französische Vertrag von 1963 (Januar 63), der ist entstanden im Adenauerschen Kopf aus dem Gefühl der Isolierung der Bundesrepublik. Ich erinnere mich an ein

Gespräch in Gegenwart des Generals de Gaulle, da war ich dabei, wo der General die Situation in Europa entwickelte, das war ein halbes Jahr vor dem Abschluß des Vertrages, und er sagte, 'Sehen Sie, wohin Sie sehen, alles ist in der Schwäche, Unordnung, Italiener, die Iberische Halbinsel ist unsicher, die russische Macht wächst umso bedrohlicher, die Engländer sind lässig, die Amerikaner auch. Es bleiben also letzten Endes nur wir beide. Frankreich und Deutschland haben deshalb die Verpflichtung, sich enger zusammenzuschließen.' Von dort kam die Stimmung des Bundeskanzlers, der sich sehr verlassen fühlte, unglücklich fühlte, zum Teil war das auch eine Alterserscheinung bei ihm. Er sah niemanden mehr, an den er sich anschließen konnte, alle seine Freunde waren gestorben, Schumann, de Gasperi, Forster Dulles, mir sie waren alle weg, nicht wahr! Und Macmillan in London schien ihm ganz unverlässlich mit seiner proEntente-Politik mit Sowjetrußland. de Gaulle sagte ihm zu. Und mir sagte er, zur Erklärung seiner Politik, gab es ja nichts anderes, ich weiß es! Ich fand diese ganze Politik falsch, weil sie so interpretiert werden konnte, als ob dieses Europa nun unter deutsch-französischer Führung und Hegemonie weiterleben müßte und Italien nicht berücksichtigt würde und die alte europäische Idee zur Seite geschoben. Nun ich sagte ihm: Wozu, warum verlassen Sie Ihre alte europäische Linie? Und ~~er~~ da sagte er mir, nahm ein Blatt Papier, zeichnete in sehr primitiven Zügen auf, Deutschland auf der einen und Rußland auf der anderen Seite: Sehen Sie, ich will vermeiden, daß Paris und Moskau sich auf unsere Kosten verständigen. Und deshalb dieses enge Konsultationsbündnis. Das hat mich ~~überzeugt~~ damals nicht ganz überzeugt, muß ich ganz offen sagen, und die Rückwirkung dieses Bündnis-Vertrages war in Europa auch sehr negativ, wo immer Sie hingeguckt haben, waren also Aufschreie, das Europa geht in Stücke usw. Der Vertrag hat sich weiter ... und also jetzt wird er sehr gelobt und hat sich also angeblich sehr bewährt. Ich weiß nicht, ob er so nötig war. Man hätte auch mit einer Erklärung oder mit einem Memorandum, so wie de Gaulle es wollte - der Kanzler wollte den Vertrag! Der Kanzler wollte

den Vertrag auch ratifiziert haben, was de Gaulle gar nicht wollte - da hätte man mit einer gemeinsamen Erklärung wahrscheinlich daselbe erreicht, aber immerhin der Vertrag wurde also ... Aber aus dieser Stimmung heraus - und damals war eben sein Verhältnis zu den Vereinigten Staaten vor allen Dingen auch durch die Person Kennedys wohl unsicher geworden.

Fischer: Wie stark sind bei diesem Gefühl der Isolierung die Einflüsse speziell aus dem sicherheitspolitischen Bereich? Vielleicht an solchen Stichworten zu erklären, wie den oben erwähnten Auseinandersetzungen, ferner "Atombewaffnung" oder "Beteiligung an den Entscheidungsprozessen"?

Blankenhorn: Ich will Ihnen sagen, das war vielleicht eine Enttäuschung für den Bundeskanzler, weil ... der Kanzler hat ja viel versucht, um mit Frankreich zu einer Zusammenarbeit auf atomarem Gebiet zu kommen. Das ist immer gescheitert. Er hat auch Geld angeboten. Er hat, da Frankreich finanziell zur Entwicklung der Raketenträger, der Atomträger viel Geld brauchte, hat er gesagt: Lassen Sie mich das doch finanzieren. Und beteiligen Sie mich an der Willensbildung und dem Einsatz. Trotz aller Freundschaft hat de Gaulle niemals mit sich darüber reden lassen, die Bundesrepublik an der Willensbildung der atomaren Entscheidung mitwirken zu lassen. Das ist eine große Enttäuschung für Adenauer gewesen. Eben aus diesem Gefühl heraus hielt er die Stellung. Die atomare Waffe ist im Sinne de Gaulles, und seine Nachfolger haben das übernommen, de Gaulle ist ja noch sehr einflußreich in Frankreich. Die atomare Waffe gilt als ein Zeichen der Vormacht in Europa der Schutzmacht, der sich die anderen anschließen.

Fischer: Frankreich hat doch bei seinem Vorschlag des Rüstungspools im Herbst 1954, oder vielleicht schon vorher, daß weiß ich nicht und darüber gibt es auch noch gar keine Unterlagen, die Arbeitsteilung im militärischen Bündnis sehr stark betont ebenso wie Amerika und England. Aber Amerika und England hatten ja echte entsprechende Faktoren einzubringen. Amerika brachte sein atomare Potential ein in Verbindung mit den

Langstreckenbomben, die Raketen waren noch nicht entwickelt; England brachte vor allen Dingen seine Seemacht ein, so daß sich fast automatisch für die deutsche Seite die sehr starke Betonung der Heerestruppen ergab. Für Heerestruppen galt eine Bewaffnung, die bestimmten Beschränkungen unterworfen war. Frankreich hat nun zusätzlich durch diesen Vorschlag eines Rüstungspools deutlich zum Ausdruck gebracht, daß es auch die Rüstung der Heerestruppen im Zuge der sich nun schon praktisch selbstverständlich entwickelnden Arbeitsteilung unter Kontrolle zu bekommen wünschte, während es sich noch immer in einem Stadium befand, in der es selbst unterstützt werden mußte von den USA. Glauben Sie, daß Frankreich schon damals die Absicht gehabt hat, über eine solche Kontrolle auch der deutschen Kapazität die eigene Atomentwicklung voranzutreiben und zwar auf Kosten Deutschlands?

Blankenhorn: Aber ich möchte nicht soweit gehen, zu sagen, auf Kosten Deutschlands. Ich möchte aber soweit gehen, daß ich sage, Kontrolle Deutschlands.

Fischer: Deutschland hatte seine Kapazität eingebracht in das gemeinsame Institut in St. Louis. Könnte man sagen, daß hier relativ eine sehr langfristige Planung Frankreichs vorliegt, um Deutschland mehr oder weniger von der Teilnahme auszuschließen? Schon 1954, oder vielleicht sogar schon früher?

Blankenhorn: Glaube ich nicht, daß es so klar damals schon den Leuten bewußtwar. Natürlich sollte dieses Vorfeld-Deutschland ist ja auch für die Sowjets ein Vorfeld- das sollte möglichst abhängig bleiben, von Frankreich, das ist klar. Und daher war der amerikanische Einfluß gar nicht so sehr populär, natürlich auf der andern Seite, umso mehr noch weniger populär als nachher die taktischen atomaren Waffen uns gegeben wurden d.h. unter gemeinsamem Verschuß, mit dem doppelten Schlüssel. Das hat natürlich zu unserer Verselbstständigung ganz erheblich beigetragen. Und die sind ja noch da, diese Waffen, nicht wahr, und die gehen auch nicht weg. Gott sei Dank, und ich halte es für eine ganze wesentliche Verknüpfung der amerikanischen Interessen mit unseren Verteidigungsinteressen, die

wir unter allen Umständen bewahren sollten. All das paßt natürlich dem General de Gaulle nur wenig, der französischen Politik nur wenig. Aber zu dem Zeitpunkt war es mehr das Bündnis, Deutschland auszuschließen von all den Waffen, die wirklich hochmodern waren. Auf dem militärischen Sektor vom militärischen Sektor ging ja doch die Bemühung dahin, unsere Beteiligung an der Führung, an der militärischen Führung des Bündnisses, mehr ~~mehr~~ ^{und} mehr zu verstärken. Und zwar nicht nur auf dem Gebiet der konventionellen Waffen, sondern auch auf dem der atomaren Waffen. Ich erinnere nur an die Athener Deklaration, das war eine lange Entwicklung. Wir haben immer wieder den Leuten, den Amerikanern gesagt - nicht wahr, und das wurde allmählich honoriert - Ihr könnt nicht einfach, wenn so ein Konflikt kommt, die Ziele verfolgen, die euch passen, Ihr müßt uns fragen, ob sie uns auch passen. Und deshalb muß also da eine Kooperation erfolgen. Und die Amerikaner haben nach einigem Zögern dem stattgegeben. Es ist nun nicht mehr so, daß die amerikanische Hegemonialmacht hemmungslos machen kann, was sie will. Auch da ist ein Element der Kooperation eingetreten, das wir bewußt angestrebt haben. Und der Einfluß der deutschen führenden militärischen Persönlichkeiten im Bündnis, auch heute wie damals, ich meine nicht am Anfang, nicht 55, aber sehr bald, ist ja sehr stark gewesen - ein Mann wie Heusinger hat im Militärausschuß eine sehr führende Rolle gespielt. Die Qualität unserer militärischen Experten war doch so, auch aus der Erfahrung des russischen Krieges, nicht wahr, daß unser Einfluß sehr rasch die Dinge veränderte, es kam tatsächlich zur Kooperation. Wir waren nicht mehr so abhängig. Dies ist auch das Verdienst unserer Generäle und Sachverständigen. Ich erinnere mich sehr deutlich an ~~vi~~ viele Gespräche mit Heusinger, er war sehr vorsichtig. Er war Jahre Oberbefehlshaber und hat immer den Kontakt gesucht und mit den Leuten sich ausgesprochen. Und das war damals auch, man kann schon sagen, eine Veränderung zur Kooperation.

Fischer:

Würden Sie - damit möchte ich gerne diesen europäischen Bereich abschließen - die Bildung der nuklearen Planungsorgan

mit der Annahme des Harmel-Berichts als eine entscheidende Wende hin zur Kooperation auf europäischem Gebiet bezeichnen?

Blankenhorn: Ja, kein Zweifel. Ich meine, das Bündnis, solche Bündnisse sind ja immer sehr schwierig, vor allen Dingen wenn das Bündnis in Krisen hineingerät, in politische Krisen, weil dann schnell gehandelt werden muß und weil die Führungsmacht, und in diesem Fall ist Amerika die Führungsmacht, natürlich ohne die Partner zu fragen, rasch reagieren muß - muß ja auch rasch reagieren. Also ich meine, und manchmal kommt die Konsultation etwas zu kurz, oder sie kommt zu spät. Das haben wir immer kritisiert, und haben immer verlangt, daß eine stärkere Planung, politische wie militärische Planung für Eventualitäten erfolgt. Und das ist dann auch akzeptiert worden. Es gibt heute in den NATO-Konferenzen Analysen der verschiedenen drohenden Krisenmöglichkeiten und der daraus resultierenden Reaktion. Das Bündnis ist in ständiger Wandlung und das Bündnis hat ja natürlich auch seine Krisen gehabt, wir haben den Amerikanern oft heftige Vorwürfe gemacht und es gibt darüber den Bericht der "Drei Weisen", wo man sich sehr genau überlegt hat, wie soll ~~man~~ man diese Konsultationen eigentlich anstellen. Sind Konsultationen vorher anzustellen, müssen Konsultationen zu gemeinsamen Richtlinien führen, müssen sie zu Beschlüssen führen, bindet eine Konsultation die Führungsmacht? All diese Fragen wurden sehr eingehend erörtert, und da hat es natürlich Dissonanzen gegeben. Es war kein Zweifel, es ist ganz menschlich und ganz vernünftig. Es verbleibt aber natürlich, und darum ist das Bündnis so unendlich viel wert und leider der heutigen Welt viel zu wenig bewußt, der westlichen Welt viel zu wenig bewußt. Es bleibt eben übrig das enge Vertrauensverhältnis zwischen den Staaten. Ich denke auch an das Vertrauensverhältnis zwischen Frankreich und uns, Vertrauensverhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und England, was immer noch sehr, sehr groß ist, gleichgültig ob Labour oder Konservative an der Macht sind. Labour hat ja selbst die NATO gewollt. Also das ist alles sehr wichtig. Da ist eine Gruppe von Menschen in den verschiedensten Generationen, die sich genau

kennen, die sich aufeinander verlassen, die auch ihre Qualitäten respektieren und die gewöhnt sind, gemeinsam, in ruhigen Zeiten, aber auch in Krisenzeiten, zu operieren. Das ist eigentlich das Wesentliche dieses Bündnisses, auf politischem wie auf militärischem Gebiet. Deshalb ist die NATO von so unerhörter Bedeutung. Und wenn wir von der Krise der NATO sprechen, na ja, das brauchen wir nicht so tragisch zu nehmen, in allen menschlichen Beziehungen gibt es Auf und Ab, bleibt aber, und das ist das Zentrum der NATO, das deutsch-amerikanische Verhältnis. Und dieses deutsch-amerikanische Verhältnis, das muß ich wirklich unserer gegenwärtigen Regierung, von der CDU brauch ich gar nicht zu sprechen, denn die liegt ja auf dieser Linie auch, hoch anrechnen, daß Schmidt wirklich einem klaren Begriff von der ~~hohen~~ hohen Notwendigkeit der NATO hat. Einen ähnlich deutlichen und klaren Begriff, wie Adenauer ihn hatte, Erhard sowieso.... Das ist wirklich ein ganz großes und wichtiges Moment. Und da gibt es keine zeitliche Begrenzung.

25-2476/2-85

Befragung Botschafter Blankenhorn

am: 4. Juni 1975

an: Badenweiler

durch: Oberst i.G. Fischer

• (Durch Botschafter
Blankenhorn korrigierte
Niederschrift)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Fischer: Die Bundesrepublik ist als Provisorium gebildet worden, als ein "Transitorium". Es liegt die Frage nahe, ob auch der Verteidigungsbeitrag, in seiner ersten Planungsphase zumindest, "provisorisch" angelegt war, ob man sich soweit offenhalten wollte, daß später Änderungen ohne weiteres eingebracht werden konnten. Hat man der "provisorischen" Bundesrepublik auch zunächst einen "provisorischen" Verteidigungsbeitrag zugedacht, sowohl von alliierter Seite, als auch von deutscher Seite?

Blankenhorn : Ich nahm diesen Gedanken nicht wahr, jedenfalls ist es mir nicht bewußt, ich müßte auch selbst meine eigenen Dinge durchsehen. Man war sich natürlich klar, daß alles was man machte, ein Anfang war, ein Tasten war. Eines war nur ganz sicher, und das war die Ansicht des Bundeskanzlers, daß die Armee keine unabhängige nationale Streitkraft sein sollte, sondern integriert. Und zwar vom ersten Augenblick an, bewußt, und das hat ihn immer wieder in seiner Überzeugung bestärkt, daß eine nationale, große, leistungsfähige deutsche Armee den Nachbarn unerträglich sein würde. Und daß es besser, ja notwendig sein würde, sie in irgend einer Form mit den andern Streitkräften in der freien Welt, vor allem in der europäischen Welt, zu fusionieren, zu integrieren, wenn Sie wollen. Deshalb waren das alles Versuche. Daß er gescheitert ist, hat seinen Charakter eher noch bekräftigt und bestätigt. Aber die Grundlinie der Integration wurde dann niemals mehr aufgegeben. Und wir haben uns auch bei unseren Verhandlungen mit den Russen immer darauf berufen, daß ein Element ihrer Sicherheit, der sowjetischen Sicherheit, gerade die Integration dieser deutschen Kräfte sein würde und sein sollte und auch so gedacht war. Man wollte, und das war in der NATO auch ganz klar verankert, keinen Alleingang, man wollte den Alleingang gerade unter Berufung auf die Vergangenheit ausschließen. Deshalb die Integration. Insofern war das ganze etwas Definitives, wenn Sie so wollen. Die Integration war ein definitiver Gedanke, der vom Kanzler aufrechterhalten wurde von Anfang an.

Fischer: Das Grundgesetz gab den Auftrag zur Wiedervereinigung. Dieser Auftrag zur Wiedervereinigung ist auch heute noch im Gespräch

obwohl seine Realisierung weitgehend fragwürdig geworden ist. Die Wiedervereinigung schloß ganz zwangsläufig doch auch das Einbringen oder das Einbeziehen inzwischen entstandener Verteidigungskräfte ein. Hat man sich in der Planungsphase und schon vor Beginn der Verhandlungen, also noch im Laufe des Jahres 1950, im Stadium des Sich-gegenseitigen-Anregens auf einen deutschen Verteidigungsbeitrag hin, als die Dinge konkretere Formen annahmen, schon Gedanken gemacht, wie bei einer eventuellen späteren Wiedervereinigung der Sicherheitsbereich behandelt werden könnte und wie u.U. diesseits und jenseits der Zonengrenze entstandene Verteidigungskräfte dabei behandelt werden könnten?

Blankenhorn: Was die Verteidigungskräfte angeht, so bin ich überzeugt, daß damals kein Mensch daran gedacht hat, was im Falle einer Wiedervereinigung geschieht. Man war sich nicht klar, was überhaupt im Falle einer Wiedervereinigung geschieht. Man war sich im Stillen wohl darüber klar, nur man gab es nicht offen zu, daß die Wiedervereinigung vor allem hinsichtlich der russischen Politik eine Illusion sein würde. Die These war, daß die Wiedervereinigung am besten erreicht würde durch den Zusammenschluß des Westens mit deutscher Beteiligung und daß durch die Kraft dieses Westdeutschlands, unterstützt durch die freie Welt, allmählich die Russen sich dazu bequemen könnten, die Ostzone freizugeben. Das war ein Irrtum. Zweifellos. Und ich bin überzeugt, daß die meisten führenden alliierten Kreise aus das auch als Irrtum beurteilen. Aber ich glaube, daß in allen führenden Kreisen des Westens außerhalb der Bundesrepublik, also in Frankreich, England, den Vereinigten Staaten, die Wiedervereinigung gleichsam als eine Last empfunden wurde. Was machen wir, um Gotteswillen, mit 60 Mill. Deutschen in Mitteleuropa! Was machen diese 60 Mill. in der Zukunft. Dieses Gefühl war überall spürbar in den Gesprächen. Und deshalb blieb es bei einer Bereitschaftserklärung den Anspruch des deutschen Volkes auf Wiedervereinigung zu unterstützen. Auch de Gaulle hat sich nicht gegen diesen Anspruch gewandt. Auch er hat immer wieder das Recht des deutschen Volkes auf Wiedervereinigung proklamiert. Im Grunde seines Herzens war er aber ähnlich wie alle anderen Alliierten ganz froh, daß

dieser Anspruch auf lange Zeit nicht realisierbar sein würde.

Fischer: Bei unserer letzten Besprechung haben Sie darauf hingewiesen, daß auch den Russen ein deutscher Verteidigungsbeitrag in Europa akzeptabel war, wenn er in eine höhere europäische Instanz eingebracht würde.

Die sowjetische Seite hatte ganz offensichtlich schon sehr frühzeitig bestimmte Vorstellungen im Hinblick darauf, wie sie die zu besetzenden Gebiete Deutschlands nach außen sichern würde. Denn sie hat ja sehr schnell sehr konsequente Maßnahmen ergriffen. Gläuben Sie, daß das Einbinden eines ostzonalen Beitrages von sowjetischer Seite in die Sicherung dieses Gebiets schon unter dem Gesichtspunkt eines Einbindens in ein größeres europäisches (also dann auch westeuropäisches) System zu sehen ist?

Blankenhorn: Der deutsche Verteidigungsbeitrag, eingebunden in eine europäische Organisation, war ihnen nicht willkommen. Sie haben sich damit abgefunden und haben damit gezeigt, daß sie gar nicht so unzufrieden waren, daß es nahher eben so war unter der Voraussetzung, daß die Teilung blieb. Das ostzonale Deutschland war für sie ihr Definitivum, man muß da ganz klar sehen, vom ersten Tag an. Es ist eine Illusion zu glauben, daß sie etwa eine Wiedervereinigung in Form von Neutralität, Neutralisierung Gesamtdeutschlands zugelassen hätten. Auch das hätten sie sehr ungern gesehen. Ich glaube, daß die Einbindung der beiden Teile, ob westdeutscher Beitrag oder ostdeutscher Beitrag in das jeweilige Bündnis, die eine notwendige Folge der sowjetischen Politik war. Die Russen hätten niemals eine Freigabe ihrer Kräfte, der in Ostdeutschland stehenden nationalen deutschen Kräfte, in eine deutsche nationale Kraft selbständiger Art, selbst neutralisiert, zugelassen.

Fischer: Würde man die langfristigen Planungen der sowjetischen Seite richtig interpretieren, wenn man davon ausgeht, daß der Zustand, der 1949 oder 1950 - aber 1945 praktisch schon festgelegt durch Potsdam - bestand, nach Bildung der beiden deutschen Staaten von den Russen als etwas Endgültiges angesehen worden ist, daß die Russen vielleicht schon 1945 diesen Zustand eben nicht als Provisorium, sondern als eine auf lange Sicht gesehene, endgültige Regelung beurteilten?

Blankenhorn: Das glaube ich nicht. Ich glaube, daß die Russen tatsächlich sehr viel weitergehende Pläne hatten. Ihr Festhalten an den sogenannten deutschen Zentralbehörden - Sie erinnern sich, daß lange Zeit und gerade Sowjetrußland sehr stark für die Zentralbehörden war und es sowohl den Franzosen wie auch den andern Alliierten verübelten, daß diese nicht gleiche Vorstellungen hatten. Gerade diese Bildung der Zentralbehörden zeigt, daß die sowj. Pläne sehr viel weiter gingen. Nämlich mit dem Ziel, das ganze Deutschland nach ihrem Modus zu integrieren, d.h. den sowjetischen Einfluß einzubringen. Das hat sich immer wieder auf den späteren Konferenzen bestätigt, wo die Sowjetrussen sich für Wiedervereinigung, aber für Wiedervereinigung unter Berücksichtigung der sog. sozialen Errungenschaften der Ostzone einsetzten. Das zielte auf Gleichschaltung des ganzen Deutschlands, vor allem auch der Industrie an der Ruhr. Schaffung deutscher Zentralgewalten wären nach russischem Rezept nicht Grundlage für eine Art Volksfrontregierung geworden, die die Einbeziehung Gesamtdeutschlands in das System des Ostblocks ermöglicht hätte.

Fischer: Wann, glauben Sie, haben die Russen diese Vorstellungen aufgegeben? Daß sie ganz Deutschland unter ihren Vorzeichen würden integrieren können, in ihr System? Fällt dieser Zeitpunkt der Aufgabe solcher Vorstellungen nach Ihrer Ansicht etwa zusammen mit dem Zeitpunkt, als man auch im Westen einzusehen begann: Die Bundesrepublik ist kein Provisorium, sondern auf längere Zeit angelegt, ein Definitivum? Wann, glauben Sie, ist das Geschehen, im Zuge welches Prozesses oder nach welchen Ereignissen?

Blankenhorn: Dies ist nach den verschiedenen Viermächtekonferenzen erfolgt. Meine Erfahrungen auf der Genfer Gipfelkonferenz im Jahre 1955 an der Bulganin und Chruschtsow teilnahmen, waren sehr negativ. Das berühmte Schlußkommuniqué, das von Wiedervereinigung sprach, war letzten Endes eine Täuschung. Denn unmittelbar nach seiner Abreise von Genf hielt Chruschtschow in Berlin-Ost seine berühmte Rede gegen eine Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands. Diese negative Haltung der russischen Regierung wurde auf den folgenden Außenministerkonferenzen in Genf bestätigt auf denen Molotow

mit Nachdruck darauf hinwies, daß eine Wiedervereinigung nicht unter dem Vorzeichen des freien Westens stattfinden könne.

Seit 1955 bestand auf sowjetischer Seite Klarheit darüber, daß die Teilung endgültig sein würde und daß ihre Anstrengungen sich darauf konzentrieren sollten, diese Teilung, d.h., den territorialen Status quo von der gesamten Welt anerkennen zu lassen. Dieses Ziel wurde von den Sowjets auf der Helsinki Konferenz im Jahre 1975 erreicht.

Fischer: Das würde also bedeuten, daß die Bildung der beiden deutschen Staaten im Jahre 1949 und die Entwicklung in den folgenden 5 bis 6 Jahren bis zur Aufnahme der beiden deutschen Staaten in das östliche bzw. das westliche Paktsystem noch nicht die endgültige Entscheidung im Sinne meiner Frage gebracht hätten.

Blankenhorn: Nein! Das noch nicht. Man darf nicht vergessen, und das haben Sie ja auch in Ihrer Schrift herausgestellt, daß es zwei Wege in der russischen Politik gibt: den weltanschaulich kommunistischen und den imperialistischen. Der weltanschaulich kommunistische, d.h. durch Infiltration, Propaganda usw., Westdeutschland in den russischen Block aufzusaugen, ist nicht aufgegeben. Hierfür gibt es zahllose Beweise. Anders die imperiale Politik. Diese geht jetzt unter dem Druck der chinesischen Gefahr darauf aus, im Westen völlige Ruhe und Stabilität zu erzielen, bei gleichzeitiger Schwächung der Integrationsversuche des Westens.

Fischer: Wann, glauben Sie, beginnt sich im Westen, sowohl bei den Besatzungsmächten, als auch in der Bundesrepublik, die Überzeugung durchzusetzen: kein Provisorium, sondern eher eine Angelegenheit für längere Dauer?

Blankenhorn: Es ist schwer, hierfür einen Zeitraum zu fixieren. Der Gedanke eines Provisoriums ist früh verblaßt. Gewiß, man wollte ihn nicht laut und deutlich aufgeben. Man hat auch in Reden und Proklamationen das "Provisorium" gelegentlich hervorgehoben. In den Gedanken des Bundeskanzlers wurde mit dem westdeutschen Staat der Bundesregierung etwas Dauerhaftes geschaffen. Nur etwas Dauerhaftes konnte in der Welt das Vertrauen wieder herstellen, das die Deutschen in der Vergangenheit verloren hatten.

Fischer: Ich möchte an die Bedeutung der Integration für den deutschen Verteidigungsbeitrag, für beide Verteidigungsbeiträge, anknüpfen. Die EVG war eine sehr starke Bindung. Über diese europäische Bindung hinaus sollte eine Bindung des gesamten europäischen Kontingents an die NATO erfolgen. 1955 gab es dann diese unmittelbare Bindung an die NATO. Wie waren die Vorstellungen auf deutscher Seite? Sie sind in der Frühphase der führenden Verhandlungspartner, Gesprächspartner der Alliierten gewesen, als man dann auf die EVG zusteuerte. Sie waren später der erste NATO-Botschafter. Wie hat man sich eine Lösung, um nicht zu sagen Auflösung des deutschen Verteidigungskontingents vorgestellt für den Fall, daß diese Integration einmal nicht mehr existieren sollte? Oder ganz konkret: Wenn die europäische Verteidigungsgemeinschaft sich aufgelöst hätte - sie war ja mit Sicherheit nur ein Instrument auf Zeit - hätte die Bundesrepublik die Möglichkeit gehabt, nach 20 Jahren aus der NATO auszuscheiden? Und bleibt dann ihr deutscher Verteidigungsbeitrag als nationales Kontingent weiter bestehen? Hat man sich mit diesen Fragen 1950 oder dann 1954/55 befaßt?

Blankenhorn: Nein! Das konnte man nicht. Das konnte man beim besten Willen nicht. Wenn solche Gedanken publik geworden wären, wäre das Mißtrauen sofort erwacht, aber in folgendem Sinn: Die Deutschen haben die Mitwirkung in der NATO nur benutzt, um aufzurüsten, um selbständig zu werden und ihre eigenen Wege zu gehen. Unsere ganze Aufbauarbeit, unser ganzer außenpolitischer Kredit wären infrage gestellt worden, wenn wir uns über die Möglichkeiten einer Auflösung des Bündnisses unterhalten hätten.

Unsere ganze Arbeit konzentrierte sich in der NATO darauf, erst einmal diese Integration unserer Verteidigungskräfte so gut und wirkungsvoll zu machen wie nur möglich. Zweitens so erträglich wie möglich für unsere eigenen Streitkräfte und drittens: unseren Einfluß innerhalb des Bündnisses politisch und militärisch so zu stärken, daß das Bundesgebiet auch wirklich in die atlantische Verteidigung einbezogen wurde. Denn es war durchaus nicht sicher, ob unsere amerikanischen, englischen und französischen Partner zu einer Verteidigung des Bundesgebietes an der Elbe bereit waren.

Deshalb unser Hauptziel: Mitarbeit an der Willensbildung der Allianz. Das war meine zentrale Aufgabe als NATO-Botschafter und das habe ich mit größter Energie betrieben. Die politische Konsultation innerhalb des NATO-Rates mußte so intensiv wie möglich gemacht werden. Auch die Amerikaner die ja vieles machten ohne die Partner zu fragen, mußten dafür gewonnen werden, den Rat rechtzeitig zu unterrichten und zu konsultieren.

Auf militärischem Gebiet: Hauptziel den Einfluß unserer führenden Soldaten auf die Strategie der Allianz atomar oder nicht atomar zu intervenieren. Die Integration im Bündnis verlangte einen unseren Leistungen entsprechenden Einfluß auf Planung und Ausführung der im Verteidigungsfall gestellten Aufgaben.

Fischer : Rein theoretisch konnte der NATO-Vertrag nach zehn Jahren gekündigt werden. Frankreich hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Blankenhorn: Ja. Leider ja.

Fischer: 1955 war dieser relativ kurze Zeitraum von zehn Jahren zu übersehen. War auch der Bundesrepublik die Möglichkeit eingeräumt bei den Verhandlungen, die ab Herbst 1954 liefen, nach Ablauf der Kündigungsfrist aus der NATO auszuschneiden? Was wäre dann mit dem deutschen Verteidigungsbeitrag geschehen? Wäre eine nationale Armee entstanden?

Blankenhorn: Wir haben darüber nicht nachgedacht.

Fischer: Ist dieser Gedanke gar nicht erörtert worden?

Blankenhorn: Soviel ich mich erinnere, hat man nicht daran gedacht: was geschieht nach zehn Jahren. Sind wir dann selbständig und machen dann selbständig weiter? Sondern für uns war's tatsächlich so, daß diese Integration in die westliche Gemeinschaft, die Gemeinschaft der freien Völker des Westens - das zentrale Thema unserer Politik gewesen ist. NATO war ein Weg dazu. Und dieser Weg war Gott sei Dank geglückt. Er hätte ähnlich wie die EVG sehr leicht an französischen Widerspruch scheitern können. Glücklicherweise waren die Franzosen über unsere direkte Mitgliedschaft in der NATO keineswegs. Das hätte auch damals noch scheitern können. Es gelang unter amerikanisch-englischem Druck und erheblichen amerikanisch-englischen

Konzessionen. Ich denke vor allem an die Stationierung der englischen Truppen auf dem europäischen Kontinent, was erst den französischen Widerstand überwinden half. In dem Augenblick, als die Engländer auf der Neunmächtekonferenz in London ihr Verbleiben in Europa erklärten, war der Weg der Bundesregierung zur NATO frei. In jener Zeit haben wir uns über die fernere Zukunft der NATO keine Gedanken gemacht. Nach unserer damaligen Auffassung und die ist heute die gleiche, war der Vertrag ein Vertrag auf immer.

Fischer: Was wäre geschehen, oder : was würde geschehen, wenn sich heute die NATO auflöst? Bleibt der Beitrag der Bundesrepublik als nationale Armee bestehen? Gibt es dazu irgendwelche Zusätze zum Vertrag, geheime Zusätze oder wie auch immer. Was geschieht wenn die NATO nicht mehr existiert, mit dem deutschen Verteidigungsbeitrag?

Blankenhorn: Das kann ich nur praktisch politisch beantworten. Das wäre eine sehr ernste Krise, eine sehr, sehr ernste Krise. Die Russen würden diese deutsche nationale Armee mit ganz anderen Augen betrachten als die integrierte Armee. Die Auflösung der NATO und die Verfestigung des deutschen Beitrags zu einer nationalen Armee - national kontrolliert, ist mir, offen gestanden, unvorstellbar. Jedenfalls löst sie eine ganz ernste Krise in Europa aus, die sehr gefährlich werden könnte.

Fischer: Ist seinerzeit nach Ihrer Ansicht dieser bewußte Verzicht auf eine nationale Armee mit allen Konsequenzen, zum Teil sehr schwerwiegenden Konsequenzen uneingeschränkt akzeptiert worden? Oder gab es gewisse Vorbehalte? Ich nenne ein Beispiel: 1954 und 1955 ist ganz eindeutig erklärt worden, die Bundesrepublik verzichtet auf die Herstellung von ABC-Waffen auf ihrem Gebiet. 1956 dann hat Strauß schon einen Tag nach der Amtsübernahme im Oktober erklärt, diese Erklärung bleibe selbstverständlich unangetastet bestehen, aber auf einem ganz anderen Blatt steht, daß uns atomare Waffen, z.B. aus US-Beständen, da wir ja gleich erechtigte Partner sind, zur Verfügung gestellt werden könnten. Glauben Sie, die Formulierung dieses Protokolls ist irgendwie unter dem Aspekt einer reservatio mentalis zu sehen? Ist der Verzicht uneingeschränkt akzeptiert worden von der deutschen Seite?

Blankenhorn: Der Kern des Vertrages gilt auch heute noch und der vom Bundeskanzler ausgesprochene Verzicht hinsichtlich AEC-Waffen und sonstige Rüstungsbeschränkungen gelten auch heute nach wie vor. Das waren höchst persönliche Entscheidungen des Kanzlers, die auch heute noch Gültigkeit besitzen.

Fischer: 1954/55 - mit diesen Zusagen des Bundeskanzlers, verstehe ich das richtig? - sind Entscheidungen getroffen worden, die dem eingangs erwähnten provisorischen Charakter wirklich entgegenstanden? Die das Provisorium, das bis zum Abschluß der Pariser Verträge bestand, definitiv gemacht haben, so daß man vielleicht sagen könnte: das Provisorium war theoretisch offen bis zum Scheitern der EVG; mit Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO, mit einem unmittelbaren nationalen Verteidigungsbeitrag ist das Provisorium deutlich zu einem Definitivum geworden. Ist diese Interpretation richtig?

Blankenhorn: Ja.

Fischer: Keine der übrigen nationalen Armeen war vollständig integriert. Nur die deutsche Seite brachte alles ein.

Blankenhorn: Alles ein! Mit Ausnahme der territorialen Schutzverbände.

Fischer: Es ist also mit dem 9. Mai 1955 eine bestimmte Entwicklung abgeschlossen worden, die die politische Organisation der äußeren Sicherheit auf eine neue Ebene hob, indem man sagte: Wir haben jetzt ein Definitivum, das für uns auf mindestens zehn Jahre Bündnispartnerschaft bedeutet, wahrscheinlich aber für länger. Denn wie Sie sagen: für uns ist die Dauer gar keine Frage gewesen.

Blankenhorn: Wir haben an eine Frist nicht gedacht. Das sage ich noch einmal ganz klar. Bei unseren ganzen Besprechungen, von Anfang an, haben wir an eine Befristung des Bündnisses nicht gedacht. Im Gegenteil, es wäre für uns höchst besorgniserregend gewesen, wenn die ändern unseren Beitrag oder die Integration befristet hätten.

Fischer: Dazu ergeben sich zwei Parallelüberlegungen. Der langjährige Planungschef im Amt Blank, v. Bonin, der 1954/55 ausgeschieden ist, hatte ein Konzept eines grenzgebundenen Sperrriegels entwickelt, ähnlich auch Admiral Heye das Konzept einer in engen Grenzen gehaltenen Küstenverteidigung. Glauben Sie, daß bei der Ablehnung solcher Vorstellun-

gen auch der Gedanke eine Rolle gespielt hat, daß die Alliierten in solchen Konzepten denkbare Vorbehalte mit dem späteren Ziel gesehen haben könnten, sich den vollen Verpflichtungen des Bündnisses entziehen zu können?

Blankenhorn: Ich vermag nicht zu sehen, was damals die Gründe waren, die die Bundesregierung veranlaßt haben, diese Sache nicht zu verfolgen.

Fischer: Daß also das Moment der deutschen Bündnistreue doch eine erhebliche Rolle gespielt haben könnte?

Blankenhorn: Ganz offen: Immer wieder die Verlässlichkeit Deutschlands! Die ja so umstritten war. Und deshalb auch die korrekteste Erfüllung der Verpflichtungen des Bündnisses. z.B. in der Andrew Revue, die jedes Jahr erfolgt und in der wir gelegentlich im Rückstand waren. Wir haben uns bemüht, diese Rückstände schnellstens wieder aufzuholen. Wir wollten erst mal wirklich als verläblicher Partner gelten, um auch dann Forderungen erheben zu können, die nach unserer Auffassung für eine wirksame Verteidigung des Westens und vor allem des Gebiets der Bundesrepublik von entscheidender Bedeutung war.

Fischer: Es ist sehr interessant, daß Oberst von Bonin besondere Fürsprecher für seine Vorstellungen und Pläne im Gesamtdeutschen Ministerium gefunden hat: Mit dem Stichwort 'Gesamtdeutsches Ministerium' kommt automatisch das Stichwort "Wiedervereinigung" in die Diskussion. Könnte es also sein, daß diese sehr starke Identifizierung der Boninischen Pläne mit dem Komplex Wiedervereinigung und im besonderen Vorbehalte der westlichen Alliierten gegen solche Vorstellungen

Blankenhorn: Ist durchaus denkbar. Ich würde dem zustimmen.

Fischer: Das war der eine Komplex. Der andere Komplex ist die Tatsache, daß die Bundesrepublik ja nicht unmittelbar NATO-Partner geworden ist, sondern über die Westeuropäische Union, den erweiterten Brüsseler Pakt. Man hat also, als die EVG gescheitert war, im September 1954, zunächst den Weg - ich weiß nicht, ob das Wort "Hilfskonstruktion" richtig ist - über die WEU gewählt. Man hätte doch auch sagen können: Gut, ihr kommt unmittelbar in die NATO! Weshalb hat man, Ihrer Ansicht nach, den Weg über die West-Europäische Union gewählt? Um einer noch

schärferen Bindung der Bundesrepublik willen? Oder welche Gründe mögen dafür maßgebend gewesen sein?

Blankenhorn: Um einer schärferen Bindung der Bundesrepublik willen, ja, vor allem einer schärferen Kontrolle. Die Rüstungskontrolle war in dem Vertrag über die Westeuropäische Union geregelt.

Fischer: Man hat also die alliierte Politik in Europa und vor allem auch immer die Sicherheitspolitik zugleich als eine Politik zum Schutz vor Deutschland zu sehen?

Blankenhorn: Im gewissen Sinn ja.

Fischer: Man hatte also zwei Sicherungsmöglichkeiten: die mittelbare Sicherung durch die WEU und die unmittelbare Sicherung durch das Alliierte Rüstungsamt.

Blankenhorn: Ja.

Fischer: Wenn man sich das alles vor Augen hält, dann könnte man doch zu dem Schluß kommen, daß dieses sehr starke Einbinden der Bundesrepublik natürlich sowohl im innerwestlichen Bereich Zugeständnis an bestimmte Partner gewesen ist, aber, ist es vielleicht auch gegenüber der östlichen Seite eine gewisse Geste gewesen? Daß man gesagt hat, bitte sehr, die Bundesrepublik ist durch das Sicherheitsbündnis eindeutig gebunden, weil sie der einzige Partner ist, der das gesamte Kontingent einzubringen und praktisch gar keine Möglichkeit hat, irgendwie einmal zu einer nationalen Armee zu kommen.

Blankenhorn: Sie kann allein gar nicht dazu kommen. Ein Alleingang aber im Sinne, daß diese deutschen Kräfte von 500 000 Mann plötzlich gegen den Osten marschieren ist ausgeschlossen. Ich meine, nach beiden Seiten ist diese Garantie damals wichtig gewesen. Nach Westen wie nach Osten. - Dies gilt schließlich auch heute. Mit der Zeit sind nun die Kontrollen etwas lockerer geworden. Es bleibt aber die große Bedeutung des Vertrages der WEU: die automatische Klausel des Vertrages über die gegenseitige Hilfeleistung, die weiter geht als die entsprechende Klausel des NATO-Vertrages in seinem Artikel 5.

Fischer: Glauben Sie, daß bei einer Auflösung oder bei einer Lockerung der NATO die Bindung der Westeuropäischen Union davon nicht betroffen sein würde?

Blankenhorn: Es wird sehr davon abhängen, wie die Partnerstaaten in einem solchen Fall die Lage sehen. Für uns wäre eine Aufrechterhaltung des WEU-Vertrages sehr wichtig.

Fischer: 1954/55 ist die Westeuropäische Union ganz deutlich hinter der NATO zurückgetreten. Sie ist kaum in das Blickfeld der Öffentlichkeit gekommen. Hat aber bei den verschiedenen Verhandlungen diese eminente Bedeutung der Westeuropäischen Union für dieses Atlantische Bündnis eine bestimmte Rolle in den Überlegungen der Verhandlungspartner gespielt?

Blankenhorn: Die WEU ist eine wichtige Voraussetzung unserer Mitgliedschaft im atlantischen Bündnis. Ohne sie wären wir wohl nicht Mitglieder der NATO geworden. Im übrigen ist die WEU ein wichtiger Ansatz für eine europäische Gemeinschaft auf politischem, sozialpolitischem und kulturellem Gebiet. Man hat sie nur leider nicht entsprechend entwickelt.

Fischer: Der Pleven-Plan, Oktober 1950, wird vielfach auch unter dem Aspekt interpretiert, es sei der französische Versuch gewesen, einen deutschen Verteidigungsbeitrag möglichst weit hinauszuschieben, nachdem er zu diesem Zeitpunkt praktisch, auf Grund des Drängens der Amerikaner, nicht mehr zu verhindern war. Als 1954 die englische Regierung die Initiative ergriff und nach dem Scheitern der EVG nun die Erweiterung des Brüsseler Paktes zur Westeuropäischen Union zustande zu bringen suchte, brachte Frankreich die Idee des Rüstungspools ins Gespräch, der dann im Frühjahr 1955 gescheitert ist. Glauben Sie, daß man die Idee des Europäischen Rüstungspools ebenfalls ähnlich interpretieren kann, wie den Pleven-Plan, indem man sagt, er sei ein erneuter Versuch Frankreichs gewesen, diesen Vorschlag Edens über die Westeuropäische Union zur militärischen Integration möglichst weit hinaus zu schieben?

Blankenhorn: Ich möchte nicht so weit gehen, ich möchte nur glauben, daß sowohl Pleven, als auch Mendès Franc alles versucht haben, um die Kontrolle der deutschen Aufrüstung in Händen zu behalten. Der Rüstungspool war auch ein Element der Kontrolle und der Begrenzung wie das Rüstungsamt. Das französische Mißtrauen oder sagen wir, der französische Minderwertigkeitskomplex, war so stark, daß jede französische Regierung derartige Garantien verlangte und nach den Wünschen ihres Parlaments und nach ihrer öffentlichen Meinung verlangen mußte.

Fischer: De Gaulle hat 1965, als das endgültige Ausscheiden Frankreichs aus dem militärischen integrierten System in der NATO vollzogen wurde, als Ersatzlösung vorgeschlagen: ein globales Sicherheits-System, unter Einschluß der USA und Kanadas, und ein europäisches System, das vielleicht der Eurogroup bzw. der Westeuropäischen Union ähnlich gewesen wäre, aber ohne Einschluß der Nuklearkräfte Frankreichs.

Blankenhorn: Ja.

Fischer: Glauben Sie, daß diese Vorschläge Frankreichs von 1950 an über 1954/55 bis hin zu de Gaulles Vorschlägen von 1958 bzw. 1965/66 auch unter dem Aspekt zu sehen sind, daß Frankreich sich noch nicht damit abgefunden hatte, nicht mehr die führende Kontinentalmacht zu sein? Daß über solche Lösungsmöglichkeiten, wie sie immer wieder von Frankreich ins Gespräch gebracht worden sind - eindeutig wäre z.B. in der EVG nach der französischen Vorstellung Frankreich selbst die führende Macht gewesen; der Rüstungspool 1954/55 hätte den Amerikanern zwar ein gutes Maß an zentralen Kontrollmöglichkeiten auf dem Kontinent nicht nur über Deutschland gegeben, aber er hätte wahrscheinlich Frankreich, möglicherweise einem Frankreich in vertraglicher Verbindung, oder zumindest in gutem Verhältnis zur Sowjetunion, ebenfalls eine führende Rolle auf dem Kontinent gesichert - glauben Sie also, daß alle diese Vorschläge Frankreichs auch oder sogar wesentlich unter diesem Aspekt zu sehen sind: Frankreich strebt seine alte führende Rolle auf dem Kontinent an?

Blankenhorn: Ja. Kein Zweifel. Die französische Politik, die vor allem de Gaulle verfolgte, ging daraufhin aus, für Frankreich eine führende Rolle in Europa wieder zu gewinnen. Die politische Auseinandersetzung führte er so, daß er ein enges Verhältnis zu Ostblock bewahrte und ausbaute und gleichzeitig alles daran setzte in Europa den amerikanisch-britischen Einfluß auszuschalten. Auf dieser Linie lagen auch seine Bemühungen um die französische atomare Rüstung. Der Ausschuß des britisch-amerikanischen Einflusses in Europa war auch und nicht zum geringsten eine Reaktion des Gaulles auf das Scheitern seines Planes eines Dreierdirektoriums der westlichen atomaren Macht, Frankreich,

USA und Großbritannien vom September 1958.

Unter Führung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens waren diese Pläne von allen Partnerstaaten, auch von uns, auf das Entschiedenste abgelehnt worden. Hier liegen auch die psychologischen Gründe für das Ausscheiden Frankreichs aus der militärischen Organisation der NATO.

Fischer: Trotz dieser offensichtlichen Bemühungen, die führende Kontinentalmacht zu werden, hat - besonders in der Phase von 1952 bis zum Scheitern der EVG, also nach Abschluß der Verträge, in der Zeit des Interimsausschusses - Frankreich immer wieder ein stärkeres Engagement Englands in der EVG gefordert. [Blankenhorn: Ja!] Und 1953, oder ich glaube dann vor allem 1954, nach dem praktischen Scheitern der Viermächtekonferenz Ende Januar/Februar, ist England diesen Forderungen Frankreichs durch bestimmte Zusagen auch entgegengekommen. Ich habe bis heute keine befriedigende Erklärung dafür gefunden: auf der einen Seite - Sie sagten es eben auch - lieben die Franzosen weder die Amerikaner noch die Engländer auf dem Kontinent, auf der anderen Seite fordern sie gerade um dieses Vertrages willen das stärkere Engagement der Engländer. Wie, glauben Sie, ist dies zu vereinbaren?

Blankenhorn: Wir müssen hier die Zeit vor 1958, den Regierungsantritt de Gaulles, und nach 1958 unterscheiden. In all den Jahren 1946 - 1958 war Frankreich politisch und vor allem auch militärisch außerordentlich schwach. Daraus entstand seine ständige Sorge, wegen der zunehmenden politischen, militärischen und wirtschaftlichen Stärke der Bundesregierung. Deshalb seine Anlehnung an Großbritannien und sein Wunsch nach Einbeziehung Großbritanniens in ein kontinentaleuropäisches System: Dünkirchen-Vertrag, WEU-Vertrag, Shumann-Plan, EVG, erweiterte WU und NATO. Alles das ändert sich nach 1958 als sich durch die Politik des Generals und vor allem nach der Lösung des Algerienproblems die Position Frankreichs in Europa und in der Welt erheblich verstärkte. Die Grundidee de Gaulles war: Frankreich als Führungsmacht Kontinentaleuropas der sich die anderen europäischen nationalen Partnerstaaten anschließen. Dieses Konzept darf von Großbritannien und den Vereinigten Staaten nicht beeinträchtigt werden. Deshalb auch de Gaulles

grundsätzliche Gegnerschaft gegen den Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Gemeinschaft. Eine Mitgliedschaft Großbritanniens hätte in seinen Augen das politische Gewicht der Bundesregierung zu stark vergrößert, es wäre nach seiner Auffassung damit zu einem unerträglichen Ungleichgewicht innerhalb der Europäischen Gemeinschaft gekommen.

All dies schließt folgendes nicht aus: Dem General war durchaus bewußt, daß dieses unter seiner Führung stehende Europa militärisch zu schwach sein würde, um sich gegenüber einen Angriff der Sowjetunion und des Ostblocks zu behaupten. Er hat deshalb nie bestritten, daß im Ernstfall eine amerikanische Hilfe (atomar) unerlässlich sein würde. Deshalb hat er die NATO auch nicht endgültig verlassen, sondern nur die Integration der französischen Verbände und Stäbe aufgekündigt.

Fischer: Wenn ich jetzt zurückginge in die Jahre 1947/48, Dünkirchen und Brüssel: Dünkirchen wird deutlich gegen Deutschland akzentuiert, Brüssel schon weniger. Frankreich stimmt zu, daß die Faktstaaten gegen Ende des Jahres 1948 anfangen, eine militärische Organisation zu schaffen, daß der britische Feldmarschall Montgomery den Vorsitz dieses Gremiums den im Bündnis Vereinigten Stabschefs übernimmt. In dieser Phase vor Abschluß des NATO-Vertrages und insbesondere vor Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO akzeptierte Frankreich also offensichtlich ein starkes politisches Engagement Englands in diesem Bündnis. Wenn man die Erklärungen von Hays und von Robertson berücksichtigt bevor wir euch Deutschen helfen können, müssen wir erst Frankreich wieder stark machen - kann man das "Nachgeben" Frankreichs, oder das Zubilligen des starken Engagements Englands auf dem Kontinent im Rahmen des Brüsseler Paktes in diesen Jahren dann wesentlich damit erklären, daß Frankreich zu dieser Zeit eben tatsächlich noch sehr schwach war?

Blankenhorn: Durchaus! Rüstungsmäßig einfach nicht vorhanden, militärisch desorganisiert, wirtschaftlich in ständiger Krise. Es brauchte diesen Rückhalt mit Großbritannien.

25-2476/2-101

Fischer: Wenn ich jetzt etwas überspitzt formuliere, Herr Botschafter, dann könnten man also sagen: die NATO ist auch deswegen zustande gekommen, weil Frankreich damals noch so schwach war?

Blankenhorn: Ja! Das könnte man so sagen. Und weil man den amerikanischen Schutzschild brauchte. Man sah durchaus, daß Europa zu schwach war, um auch nur annähernd eine russische Invasion, die ja möglich gewesen wäre - Prag, Berlin waren bedrohliche Zeichen - aufzuhalten. Die Bedrohung war groß. Man war sich auch klar, daß der britisch-französische Vertrag nicht ausreichen würde. Der wirkliche Schutz Europas lag nur und liegt auch heute nur in einem Bündnis mit den Vereinigten Staaten. Sie waren auch die einzigen, die die notwendige und in Europa völlig fehlende Rüstung liefern konnten.

Fischer: Mich hat auch die Sicherheitsgarantie der drei Westmächte auf der New Yorker Außenministerkonferenz, September 1950, im Hinblick auf die Vorüberlegungen, wie ich sie jetzt in meinen Fragen formuliert hatte, besonders beschäftigt. Adenauer hatte diese Erklärung immer wieder gefordert, davon ausgehend, daß die Besatzungsmächte auch für die Sicherheit der Bundesrepublik die Verantwortung mit zu übernehmen hätten. Erstmalig ist die klare Erklärung schon kurz nach Korea abgegeben worden, indem die Hohen Kommissare sagten: wir betrachten das Wohl und Wehe der Bundesrepublik und Berlins wie unser eigenes.

Blankenhorn: Ja.

Fischer: Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist dann doch die, daß sich die deutsche Seite - und das ist auch meine Frage an Sie - der damaligen Schwäche Frankreichs sicher bewußt war? Und vor dem Hintergrund der Fakten könnte doch diese Sicherheitsgarantie wahrscheinlich nur so interpretiert werden, daß man sagte: die einzigen, die in der Lage sind, eine solche Garantie zu realisieren, sind die USA. An der guten Absicht Englands ist nicht zu zweifeln. England hatte im Laufe der letzten 50 Jahre eindrucksvolle und handfeste Beweise geliefert für das Einhalten seiner Bündnisverpflichtungen. Aber Frankreich - ist es tatsächlich in der Lage, die Garantie in die Tat umzusetzen? Sucht es nicht, zu dieser Zeit zumindest, also im September 1950, selbst noch Schutz, bedarf es nicht selbst der Hilfe und der Unterstützung? Können Sie sich er-

innern, ob derartige Überlegungen in Gesprächen mit Adenauer und mit anderen Diplomaten eine Rolle gespielt haben, daß man sich kritisch mit dieser Sicherheitsgarantie im September 1950 auseinandergesetzt hatte?

Blankenhorn: Wir haben diese Frage der Sicherheit und ihrer Garantie oft erörtert. Sie hatte Kraft und Substanz nur durch die amerikanischen Unterschriften. Daß Frankreich an der Garantie mitwirkte, war aber von erheblicher Bedeutung. Denn Frankreich war aufgrund seiner geographischen Lage im Falle eines Konflikts Aufmarschgebiet und Nachschubbasis; man denke bloß an die wichtigen Häfen Frankreichs. Auch Großbritannien mußte an der Garantie teilnehmen. Im Falle des Konfliktes wären beim damaligen Stand der Bomberreichweite die Insel Großbritannien wichtig gewesen. Aber fast noch bedeutungsvoller war, daß eine ausschließlich amerikanische Garantie also ein deutsch-amerikanisches Bündnis unseren europäischen Partnern unerträglich gewesen wäre. Damit wäre sicher der Weg für einen europäischen Zusammenschluß erschwert, wenn nicht gar blockiert worden.

Fischer: Aus der Rückschau, 30 Jahre später, oder 20 Jahre später, bietet sich dann eventuell die Überlegung an, daß sich die Deutschen gesagt haben könnten, im Grunde genommen sei die Sicherheitsgarantie eine Sache der Amerikaner. Gäbe es also nicht irgend eine Möglichkeit einer besonders engen Verbindung zwischen Washington und Bonn?

Blankenhorn: Eine besondere Bindung Washingtons an Bonn in der Form eines Bündnisses wäre mit Sicherheit auch bei den Vereinigten Staaten auf Widerstand gestossen. Die amerikanische Regierung hätte das aus zweierlei Gründen nicht gewollt: Einmal aus Rücksicht auf die britischen Freunde und nicht zuletzt auch um eine Verschlechterung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen zu vermeiden, die damals schlecht genug waren.

Fischer: Nein, ich meine nicht ein besonderes Bündnis der USA mit der Bundesrepublik, sondern vielleicht eine Art, wie es auch mit London special relations gab?

Blankenhorn: Nun, eine gewisse special relationship war vorhanden. Vergessen Sie nicht das enge Verhältnis Adenauer zu Forster Dulles, was Jahre hindurch die Politik beider Länder bestimm-

Daß wir Mitglieder der Nato wurden, war mit dem Verdienst von Forster Dulles. Es bestand mit den Vereinigten Staaten eine besonders enge politische und wirtschaftliche Beziehung. Man mag ruhig sagen, die Entstehung der Bundesregierung ist ohne die Rückendeckung Amerikas nicht vorstellbar und auch letzten Endes die europäische Idee, von Schumann entwickelt, wäre gescheitert, wenn die Amerikaner sich nicht so sehr dafür eingesetzt hätten. Forster Dulles war von dieser Idee geradezu begeistert. Die enge Zusammenarbeit mit den Amerikanern war bereits in Frankfurt gegeben, zwischen dem Wirtschaftsrat, den im Wirtschaftsrat vertretenen Parteien, den zentralen amerikanischen Behörden und vergessen wir nicht, die wichtige Rolle Berlins und all das was General Clay tat, um die Stadt in die Blockade und später am Leben zu halten.

Es gab damals eine Art special relationship mit den Vereinigten Staaten und ich zögere nicht zu sagen, daß sich ein gegenseitiges Verständnis und eine Art von Übereinstimmung in Methoden und Zielen entwickelte, die stärker war als die deutsch-französische Freundschaft.

Fischer: Zeichnen sich diese besonderen Beziehungen nicht auch an bestimmten Merkmalen ganz deutlich ab? In der Frühphase sind es vor allen Dingen die Amerikaner, die den Beitrag der Bundesrepublik zur westeuropäischen Verteidigung fordern - Frankreich mußte mehr oder weniger dazu gezwungen werden - und bis hin zur Einbeziehung in die NATO sind es immer wieder die Amerikaner, die das fordern. Auch ein Jahrzehnt später sind es wieder die Bundesrepublik und die Amerikaner, die dieses besondere Gebilde einer multilateralen Atomflotte, und zwar wohl wesentlich aus politischen, und nicht aus militärischen Gründen auf die Beine zu bringen versuchen. Die anderen Staaten, vor allem Frankreich, zeigten sich überhaupt nicht daran interessiert, [Blankenhorn: England auch nicht.] England brachte dann die ANF ins Gespräch, und so gibt es noch eine ganze Reihe von Beispielen, die diese besondere enge Bindung markieren. An bestimmten Punkten der Entwicklung gibt es Einschnitte, z.B. 1957 nach Bekanntwerden des Radford-Planes. Dann gibt es die harten Auseinandersetzungen zu Beginn der 60er Jahre. Ist dann der deutsch-französische Vertrag vielleicht auch ein Ausfluß sich über mehrere Jahre hinziehender Auseinandersetzungen Bonn-Washington?

Blankenhorn: Ich glaube das geht zu weit. Ich weiß, daß es eine Zeit gegeben hat, vor allen Dingen nach dem Tod von Forster Dulles und in der Periode von Kennedy und Johnson, in der der Bundeskanzler über die amerikanische Politik enttäuscht war und an der Verlässlichkeit des amerikanischen Verbündeten gegenüber der Sowjetunion zweifelte. Ähnliche Zweifel bestanden auch an die englische Adresse. Das deutsch-französische Bündnis der deutsch-französische Vertrag von 1963 (Januar 63), ist in Adenauers Kopf aus Sorge vor der Isolierung der Bundesrepublik entstanden.

Ich erinnere mich an ein Gespräch Adenauers mit de Gaulle (ein halbes Jahr vor dem Abschluß des Vertrages), in dem der General ein überaus pessimistisches Bild Europas zeichnete.

"Wohin Sie sehen", so de Gaulle, "Überall Schwäche und Unordnung. Die Italiener, die Iberische Halbinsel sind unsicher, die russische Macht wächst im bedrohlichem Ausmaß. Auch Engländer und Amerikaner leben in einer Phase der Unsicherheit. Es bleiben letzten Endes nur wir beide, Frankreich und Deutschland und wir haben deshalb die Verpflichtung uns enger zusammenzuschließen". All dies verstärkte im Bundeskanzler das seit längerem bestehende Gefühl der Isolierung. Vergessen wir nicht viele seiner Freunde waren gestorben oder haben ihre Ämter aufgeben müssen. De Gasperi, Schumann, Forster Dulles, Spaak waren nicht mehr auf dieser Welt. So blieben nach seinem Gefühl nur de Gaulle und Frankreich auf die er sich verlassen zu können glaubte. Ich persönlich hatte große Bedenken die gemeinsame deutsch-französische Linie zu stark zu betonen. Zwangsläufig mußte dies von unseren anderen europäischen Partnern so interpretiert werden als ob Adenauer und de Gaulle in Europa eine Vormachtstellung erstrebten.

Fischer: Wie stark sind bei diesem Gefühl der Isolierung die Einflüsse speziell aus dem sicherheitspolitischen Bereich? Vielleicht an solchen Stichworten zu erklären, wie den oben erwähnten Auseinandersetzungen, ferner "Atombewaffnung" oder "Beteiligung an den Entscheidungsprozessen"?

Blankenhorn: Der Kanzler hat oft versucht mit Frankreich zu einer Zusammenarbeit auf atomaren Gebiet zu kommen. Als Frankreich zur Ent-

wicklung der Raketenträger erheblich finanzielle Mittel benötigte, hat Adenauer finanzielle Hilfe gegen eine Beteiligung an der Willensbildung zum Einsatz der französischen atomaren Waffen angeboten. Trotz aller Freundschaft hat de Gaulle niemals mit sich darüber reden lassen, die Bundesregierung an einer Entscheidung über den Einsatz atomarer Waffen zu beteiligen. Dies war für Adenauer eine große Enttäuschung. Ich darf aber nochmals auf einen wichtigen Gesichtspunkt hinweisen. All das, was ich soeben sagte, darf uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß sowohl de Gaulle als auch der Bundeskanzler sehr realistisch dachten und wohl wußten, daß ein enger deutsch-französischer Zusammenschluß im Ernstfall die amerikanische atomare Unterstützung benötigen wird.

Alle Mißstimmungen, aller Antiamerikanismus de Gaulles - der Kanzler war frei davon - gingen nicht so weit, daß man auf die amerikanische, militärische Unterstützung in einem Konflikt verzichten zu können glaubte. Adenauer und de Gaulle waren sich bewußt, daß die europäischen Völker für sich allein niemals die Kraft und die Opferbereitschaft aufbringen würden, eine eigene Verteidigungskraft aufzustellen, die auch nur annähernd eine amerikanische Unterstützung ersetzen könnte.

Fischer: Frankreich hat doch bei seinem Vorschlag des Rüstungspools im Herbst 1954, oder vielleicht schon vorher, daß weiß ich nicht und darüber gibt es auch noch gar keine Unterlagen, die Arbeitsteilung im militärischen Bündnis sehr stark betont, ebenso wie Amerika und England. Aber Amerika und England hatten ja echte entsprechende Faktoren einzubringen. Amerika brachte seine atomare Potential ein in Verbindung mit den Langstreckenbomben, die Raketen waren noch nicht entwickelt, England brachte vor allen Dingen seine Seemacht ein, so daß sich fast automatisch für die deutsche Seite die sehr starke Betonung der Heerestruppen ergab. Für Heerestruppen galt eine Bewaffnung, die bestimmten Beschränkungen unterworfen war. Frankreich hat nun zusätzlich durch diesen Vorschlag eines Rüstungspools deutlich zum Ausdruck gebracht, daß es auch die Rüstung der Heerestruppen im Zuge der sich nun schon praktisch selbstverständlich entwickelnden Arbeitsteilung unter Kontrolle zu bekommen wünschte, während es sich noch immer in einem Stadium befand, in der es selbst von den USA unterstützt werden mußte.

Glauben Sie, daß Frankreich schon damals die Absicht gehabt hat, über eine solche Kontrolle auch der deutschen Kapazität die eigene Atomentwicklung voranzutreiben und zwar auf Kosten Deutschlands?

Blankenhorn: Ich möchte nicht soweit gehen, zu sagen, vielleicht nicht auf Kosten Deutschlands. Der Gedanke der Kontrolle der Bundesregierung ist unbestreitbar.

Fischer: Deutschland hatte seine "Kapazität" eingebracht in das gemeinsame Institut in St. Louis. Könnte man sagen, daß hier relativ eine sehr langfristige Planung Frankreichs vorliegt, um Deutschland mehr oder weniger von der Teilnahme auszuschließen? Schon 1954, oder vielleicht sogar schon früher?

Blankenhorn: Ich glaube nicht, daß damals eindeutige Pläne dieser Art vorlagen. Natürlich sollte dieses Vorfeld Bundesregierung möglich abhängig bleiben von Frankreich. Auch deshalb war der amerikanische Einfluß nicht erwünscht, der später dazu führte, daß uns unter gemeinsamen Verschuß taktisch atomare Waffen gegeben wurden. Das hat natürlich zu unserer Vorseלבständigung erheblich beigetragen. Die Tatsache, daß diese Waffen auf deutschem Boden vorhanden sind, hielt ich für eine ganz wesentliche Verknüpfung der amerikanischen und deutschen Verteidigungsinteressen, die wir unter allen Umständen bewahren sollten. Auf dem militärischen Sektor waren wir bemüht, unsere Beteiligung an der militärischen Führung des Bündnisses mehr und mehr zu verstärken. Nicht nur auf dem Gebiet der konventionellen, sondern auch auf dem der atomaren Waffen.

Ich erinnere nur an die Athener Deklaration. Wir haben damals immer wieder den Amerikanern gesagt, daß sie sich mit uns über die Ziele verständigen müßten, die in einem atomaren Krieg angegriffen werden sollten. So haben wir auf atomarem Gebiet eine Kooperation durchgesetzt, die unseren Interessen, den Interessen der deutschen Bevölkerung auf beiden Seiten des "Eisernen Vorhangs" dient. Daß dieser Einfluß innerhalb der NATO wuchs, verdanken wir der Qualität von Persönlichkeiten wie Heusinger, u.a. die sehr frühzeitig die leitenden Stellungen einnahmen.

Fischer: Würden Sie - damit möchte ich gerne diesen europäischen Bereich abschließen - die Bildung der nuklearen Planungsorgane mit der Annahme des Karmel-Berichts als eine entscheidende Wende hin zur Kooperation auf europäischem Gebiet bezeichnen?

Blankenhorn: Das NATO-Bündnis hat in den langen Jahren seines Bestehens manche Wandlungen durchgemacht. Es hat auch an Krisen nicht gefehlt. So vor allem auf dem Gebiet der Willensbildung, d.h. der gegenseitigen Konsultationen. Die Vereinigten Staaten als Vormacht des Bündnisses haben da manchen Anlaß zur Kritik gegeben und wir Deutsche haben uns auch nicht gescheut dies wenn nötig mit Deutlichkeit zu sagen. Drei Weise haben Grundsätze für Konsultationen entwickelt, die in mancher Hinsicht Theorie geblieben sind. Es bleibt aber, daß das Bündnis seinen Zweck erfüllt hat. Im atlantischen Raum sind Aggressionen der Sowjetunion und ihrer Partner nicht erfolgt. Aber noch mehr: Das Bündnis hat unter den 15 Partnerstaaten in vieler Hinsicht vertrauensbildend gewirkt. Gemeinsamer Oberbefehl integrierter Stäbe und Verbände, gemeinsame Planung, gemeinsame Manöver haben einen Geist der Solidarität geschaffen, den wir nicht gering einschätzen dürfen. Leider ist dies in dem eigenen Volk und jenem der anderen Partnerstaaten viel zu wenig bewußt. Jede deutsche Regierung wird an dieser Solidarität festhalten, sie weiterentwickeln, denn sie ist schließlich das einzige Band, daß die Vereinigten Staaten mit uns und unseren europäischen Kontinent verbündet.

V e r m e r k

über die Befragung von Herrn Botschafter a.D. Herbert Blankenhorn
am 14.6. in Freiburg, MGFA, 10⁰⁰ bis 11³⁰ Uhr

1. Zu: Adenauer-"Gründer der Bw" (Elwein, Regierungssystem, Seite 415)
- Formulierung ohne Zweifel nicht zutreffend, "zu bombastisch". Im Grunde hatte Adenauer, dieser vielseitig interessierte Mann, kein besonderes Interesse für Neugründung einer Wehrmacht bzw. von Streitkräften. Insbesondere interessierte ihn die Form der Verteidigung nicht sonderlich, auch zu den Fragen der Inneren Führung hatte er ein sehr distanziertes Verhältnis.
2. Allgemein zum Verhältnis Adenauers zu Militär und Soldaten: Als "rheinischer Mensch" ("Mann von Köln") entscheidend von der rheinischen Atmosphäre geprägt. Daher wäre es nicht voll zutreffend, von einem "Preussentum" Adenauers zu sprechen, obwohl er "typisch preußische" Eigenschaften durchaus besaß bzw. verkörperte. Andererseits muß aber bei Adenauer mit dem Adjektiv "sparsam" besonders differenziert umgegangen werden; er war sparsam, was persönliche Lebensführung anging, andererseits im Umgang mit Geld. aber alles andere als vorsichtig, er neigte zum Spekulieren ("Bilderhändler") und hatte einen ausgesprochenen Hang zum Geld, ging auch mit öffentlichen Mitteln als Oberbürgermeister von Köln mitunter sehr großzügig um.

Im Familienkreis offensichtlich kein besonderes Verhältnis zum Militär, daß ein Sohn sich als Offizieranwärter beworben hat (siehe Geyr), ist Botschafter Blankenhorn nicht bekannt.

Allgemein sind Adenauers Erfahrungen und seine Einstellung zum Militär und Soldaten wesentlich und entscheidend von Weimarer Zeit geprägt, da völlige Distanzierung vom Dritten Reich. Offiziere und Generale, die in irgendeiner Form politische Ambitionen zeigten oder vermuten ließen, machten ihn mißtrauisch, Männer wie Seeckt oder Schleicher lagen ihm ausgesprochen nicht. Hier stellte sich ihm in Sonderheit die Frage der Verlässlichkeit gegenüber der Republik, und ihm schienen durchaus Zweifel an der Zuverlässigkeit des Militärs in seinem Verhalten gegenüber der Republik angebracht. Diese Zweifel verbanden sich generell mit Zweifeln am politischen Verstand der Generäle, die er pauschal wohl auch nicht für besonders klug hielt. Von Kontakten Adenauers zu höheren militärischen Führern der Weimarer Zeit ist Botschafter Blankenhorn nichts bekannt, mißtrauisch machte ihn zudem das eindeutige Übergewicht des "preußischen Elements" bei der Reichswehr. Zugespißt könnte Adenauers

Verhältnis zu höheren militärischen Führern bezeichnet werden mit: „Spott, gemischt mit Zynismus.“

3. Zu den Notizen über die Unterredung zwischen General Bradley und Colonel Truman Smith vom 11. Oktober 1950: Es ist ohne Zweifel ein "glattes Fehlurteil", Speidel als den bei den Franzosen am höchsten eingeschätzten General zu bezeichnen. Speidel war der erste, der bei Adenauer mit militärischen Denkschriften in Erscheinung trat und hat auch ohne Zweifel selbst alles mögliche von sich aus dazu getan, um als der führende und angesehenste Militär in den Augen der Bonner Politiker zu erscheinen. Hinzu kommt, daß Speidel uneingeschränkt von Wildermuth als Kopf der militärischen Expertengruppe präsentiert wurde. Wenn Heusinger und Speidel von Adenauer nach ihrer Ansicht über Blank gefragt werden, so ist dies allerdings wohl überwiegend als taktisches Vorgehen zu verstehen. Für Adenauer war Ernennung Blanks ausschließlich unter politischen Gesichtspunkten wichtig (Mann der Gewerkschaften, absolut zuverlässig, bot Möglichkeit, über Gewerkschaften Brücke zur SPD zu schlagen). Keinesfalls ist Adenauers Frage an Heusinger und Speidel so zu sehen, daß er Zustimmung der Generale einholen wollte.

FDF generell im Rahmen dieses Gesamtkomplexes für Adenauer wohl nicht so wichtig. Dies gilt auch für Vorbehalte Blüchers gegen Blank. Insbesondere scheint Wildermuth in Adenauers Augen nicht die politische Qualität gehabt zu haben, um das Amt Blanks einzunehmen, nicht zuletzt, weil befürchtet werden mußte, daß Wildermuth gegenüber den Soldaten sich nicht als stark genug erweisen würde. Typisch, wenn Heusinger von „Oberst Wildermuth“ spricht.

Beurteilung Schwerins (siehe Unterredung mit Hohen Kommissaren November 1950) offensichtlich falsch, da Schwerin ohne Zweifel von damals in Bonn hervorgetretenen Generalen mit zu denjenigen gehörte, die am wenigsten politische Ambitionen zeigten (Typisches Beispiel: Beurteilung Gehlens als Obersten Chef deutscher Nachrichtendienste).

Andererseits Adenauers Mißtrauen gegen von Londoner Laborregierung veranlaßte Maßnahmen ("alles, was von Labor kam, machte Adenauer mißtrauisch"). Zudem bekannt, daß Engländer versuchten, ihre Leute in deutsche Dienststellen hineinzulancieren.

4. Zur Polizeilösung: offenbar nie bis zu Ende gedacht. Im Grunde Tarnung der tatsächlichen Absichten, ¹⁹⁵² ~~wohl~~ auf diesem Wege sowohl Leute im Inneren beruhigt, als auch nach außen besänftigt werden konnten. Hier Vermischung

Speidel

der Äußeren und inneren Sicherheit besonders deutlich. Erinnerungen an preußische Landespolizei, bzw. anderen Landespolizeien bei Adenauer sicher gegenwärtig, offiziell aber nie erwähnt.

5. Zum Problem Selbstreinigung der Offiziere: Anstoß kommt mit Sicherheit von der politischen Seite, vermutlich von Adenauer selbst. Wissensträger hier möglicherweise Staatssekretäre Gumbel und Rust. Generelle Erfahrungen aus Aufbau der Dienststelle für auswärtige Angelegenheiten für Sicherheitsberater nicht, Berater Adenauers für Personalfragen zu Spitzenstellen: *Edelke*.

Lösungsgruppen

f. 14.6.77

Institut für Zeitgeschichte

In „CCS 092 Germany (5-9-49) Sect. 5“ ist:
Frage Adenauer an Handy nach Abstellung
eines US-Mil-Beraters

2.11.76 Hürm

Nyl. H6FD, Anfang S 168 n.
begeht in Heide 10

man hat mit Nachschub auf
Adenauer, Nyl. Hürm 1.11.76

Oberst i.G. Fischer

Freiburg, 1. September 1976

zur Befragung von Botschafter a.D. Blankenhorn am 1.9.1976

Vermerk

Betr.: Gespräch mit Botschafter a.D. Blankenhorn über "Memorandum by the Chief of Staff, U.S. Army for the Joint Chiefs of Staff on Possible U.S. Military Advisor to West German Government
References: a. J.C.S. 2116/28 b. J.C.S. 2124 Series
J.C.S. 2124/28, 16. November 1950, Pages 257 - 258, incl.

Botschafter a.D. Blankenhorn ist von Gesprächen Adenauers mit McCloy bzw. höheren amerikanischen Offizieren über einen militärischen Berater nichts bekannt. Er hält es aber für sicher - insbesondere auch aufgrund der Tatsache, daß auch McCloy über einen entsprechenden Wunsch Adenauers berichtet hat - daß Adenauer in diesem Sinne an amerikanische Persönlichkeiten herangetreten ist. Vor allem entspreche die zweite Begründung - he did not want the old Wehrmacht crowd to be running the activity - völlig der Denkweise Adenauers über Generale bzw. höhere Offiziere der früheren Wehrmacht. Dies beinhalte keine Abwertung, sei vielmehr Ausdruck einer Geisteshaltung bzw. Einschätzung, die sich im Speziellen auch in der Beurteilung früherer Botschafter geäußert und die vielfach in Gesprächen mit ausländischen Politikern (Botschafter a.D. Blankenhorn nannte z.B. Eden) generell Ausdruck gefunden habe.

Botschafter a.D. Blankenhorn stimmte zu, daß diese zurückhaltende bis betont skeptische Einstellung Adenauers gegenüber Soldaten höherer Dienstgrade nicht zuletzt auch durch deren Verhalten in den ersten ^{Nach-}Kriegsjahren mitbegründet und im Laufe der Zeit bestärkt worden sei. Eine Äußerung Adenauers gegenüber der Frau von ^{Gew.} Heusinger, ungünstige bzw. abwertende Urteile anderer höherer Offiziere über Heusinger betreffend, ^{bei "Kriegszeiten"} ~~genöre~~ in diesen Zusammenhängen zu sehen.